

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 1,20 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheilene Kolonnen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Das brennende Rußland.

Ein Freund aus der russischen Intelligenz, ein tiefer Kenner der russischen Verhältnisse, schreibt uns:

Als 1834 die Arbeiter der Voge Trade-Union sich auf den Straßen gezeigt hatten, um gegen das Ausnahmegesetz, unter das die Arbeitervereinigungen gestellt waren, zu demonstrieren, marschierte an ihrer Spitze „eine geistliche Person“...

In Frankreich ging es viel schlimmer. Als die Bourgeoisie 1848 während der Junitage beschlossen hatte, das sozialistisch gestimmte Proletariat niederzuzwingen, wurden im Laufe von drei Tagen Zehntausende von Arbeitern niedergeschossen...

In Rußland gab es bis jetzt noch keine bewaffneten Aufstände. Der russische Sozialismus empfahl mit Ausnahme der Terroristenpartei immer friedliche Mittel des sozialen Kampfes, organisierte Streiks, führte eine weitverbreitete Propaganda unter dem Volke und nahm nur in äußersten Fällen zu Massendemonstrationen ohne Waffen, ohne Bomben und Barrikaden Zuflucht...

Die russische Praxis übertraf die englische und französische. In England wurde die Witschrift angenommen und auf das Volk wurde nicht geschossen. In Frankreich wurde auf beiden Seiten gekämpft und die schwächere mußte den Troß des Aufstandes gegen die triumphierende Bourgeoisie mit ihrem Leben, Hab und Gut bezahlen...

Die russische Praxis des Großfürsten Wladimir ließ hinter sich zurück die Summen von Cavaignac und Napoleons III. Sie zeigte der Welt, wie geschickt die proletarischen Aufstände zur Ruhe gebracht werden können, wie vorzüglich die Plüte neuerer Technik gegen unbewaffnete Volksmassen hilft...

würdige Verräter der Volksache, in jämmerliche Abtrünnige des russischen Volkes, die nie und durch nichts sich von dem sie bedeckenden Blute rein waschen werden. Der Absolutismus rechtfertigte in großartiger Weise die Hoffnungen, die auf ihn die gesamte europäische Bourgeoisie setzte...

Diesen Herolden der Stumpfheit und des Verrates wird es nicht gelingen, aus dem Petersburger Blutbade ein warnendes Beispiel für das ungehorsame und unruhige europäische Proletariat zu machen. Sie irren sich, wenn sie glauben, daß die Lehre vom 22. Januar eine vollendete Tatsache einer grauenamen, aber wohlverdienten Strafe für den Pöbel ist...

Das Drama der russischen Geschichte ist noch nicht zu Ende. Das Blutbad in Petersburg war der erste Akt des großen drohenden Kampfes, nur die erste blutige Saat des Absolutismus auf dem Felde der Volksverwirrung!

Das ist der erste Schlag, der aus dem Boden Millionen von Menschen heranstampfen wird und die Flamme des revolutionären Brandes über das ganze Reich verbreitet.

Die Petersburger Arbeiter sind nicht allein. Ihnen folgen Hunderttausende aus dem Fabrikviertel Moskau, aus dem Kohlengebiet am Don und aus dem industriell hochentwickelten Süden. Ihnen gesellen sich Arbeiterbataillone aus Warschau, Lodz, Riga, Libau und Reval zu. Überall, wo Schornsteine der Fabriken emporragen und die Fabrikpfeife gehört wird, wo Docks und Lagerplätze sich befinden, wo das Land Schienen durchzieht, überall, wo industrielle Arbeit geleistet wird, überall dort werden Arbeiterarmeen gebildet und diszipliniert...

Gegenwärtig verstimmen alle Streitigkeiten der Parteien vor der Größe der Ereignisse. Eine neue, stählern strahlende Göttin der Völker, die Revolution, trat nun in ihre Rechte. Vor ihrem flammenden Bilde erstarrten die Feigen und wagen es nicht, sich in ihre jämmerliche Zufluchtsstätte zu verziehen. Vor ihrem heiligen Altar verstimmen die kleinliche Feindschaft und persönliche Zwistigkeiten, für einen Augenblick werden auch die Klassenengstlichkeiten vergessen, die Stimme des wohlgesinnten süßlichen Liberalismus verhallt.

Mit dem Blute der ersten Opfer vom 22. Januar befestigt sie den Bund des sich erhebenden Volkes, auf dem unermesslichen Raum russischer Gefilde entfacht sie das Feuer, den Vorboden der Freiheit. An der Spitze einer Millionenarmee, Entschlossenheit im Blicke und Berachtung gegen den ehrlosen Feind, schreiet sie in unerschütterlicher, schicksalsschwerer Macht daher und auf ihrem Schilde stehen die Worte: „Es lebe der Sozialismus und die Demokratie!“

Mit dem durchgeschossenen Wibe des Zaren, das in den Händen der Petersburger Arbeiter war, fielen die letzten Ueberreste des romantischen Traumes; zu Boden getreten ist das alte russische Ideal eines ursprünglichen Kommunismus und eines gnadenvollen Zaren, zerrissen ist der Bund zwischen dem Zaren und dem Lande, der Bund, in dem die Regierenden und Untertanen zusammenhingen, Befehle machen, Krieg und Frieden erwägen und Steuern sammeln. Einen ungeheuren Preis mußten die Petersburger Arbeiter für den letzten Versuch, die vollstimmlichen christlichen Ideen zu verwirklichen, bezahlen.

Seit Sonntag gibt es in Rußland keine Monarchie mehr!

Im Blute der Arbeiter entstand die russische Demokratie und damit zugleich begann eine neue Epoche nicht nur der russischen, sondern der Weltgeschichte überhaupt. Die schmachvolle Dynastie Romanow wird den Thron und Rußland verlassen müssen. Nach dem 22. Januar hat der russische Adel und die russische Bourgeoisie jede Möglichkeit verloren, der Monarchie neues Leben zuzuführen, der Monarchie, die die Hände des Absolutismus begraben haben. Die russische Revolution wird mit einer Republik enden.

Da wendet sich unwillkürlich der Blick jedes russischen Patrioten unruhig und suchend nach dem Westen. Dort unter dem Schatten der konstitutionellen Verfassung leben und herrschen zahlreiche Verwandte des elenden russischen Tyrannen, von dort drängen nicht nur einmal die romantischen Hymnen an das absolute Regime die Aufforderung, die Prinzipien der Legitimität zu befestigen — gegen den Wunsch der Volksmassen, die einen sozialen und politischen Fortschritt anstreben

— zu uns hinüber, und unwillkürlich drängen sich die Zeilen der heiligen Alliance auf, als die Könige Europas sich im Namen des Evangeliums von Metternich zusammensetzten, um die Rechte des Volkes und der persönlichen Freiheit zu unterdrücken. Es ist wahr, jetzt herrschen nicht nur die Könige allein. Im konstitutionellen Europa gehört die Macht nicht nur der rohen Gewalt des Absolutismus. Wenn die Volkssouveränität dort auch noch nicht anerkannt wird, so ist doch bei ihnen wenigstens die Freiheit der Volksmeinung und der Volksvertretung gesichert. Nun fragt es sich, ob die europäischen Völker genug Macht haben werden, die Versuche ihrer Regierungen, sich zugunsten der zarischen Dynastie hinzuzumischen, zu verhindern. Werden nicht manche Regierungen die russische Revolution dazu benutzen, um unter dem Vorwande, die gesetzliche Ordnung herzustellen, das Unglück eines europäischen Krieges über die russische Grenze zu bringen?

Mit ihrem Golde nährte die europäische Bourgeoisie das morsch gewordene Reich der russischen Tyrannei. Die heilige Pflicht der europäischen Gesellschaft, insbesondere der demokratischen und sozialdemokratischen Parteien Europas ist, die russische Revolution vor dem westeuropäischen Vajonett zu verteidigen. Und wenn sie nicht in der Lage war, die Unterstützung des Zarismus mit Gold zu verhindern, so muß sie wenigstens die Unterstützung mit dem Eisen verhüten!

Der Blutherr von Petersburg.

Seit Montag hat der russische Absolutismus wieder die schwere Tür geschlossen, die am Sonntag in der ersten Erregung ein wenig offen blieb. So sehr die Sensationspresse angefüllt ist mit wilden Nachrichten von der russischen Revolution, so sicher ist es, daß fast alles der Phantasie insbesondere der englischen Sensationspresse entsprossen ist. Der weltgeschichtliche Ernst der russischen Revolution verblet es zur Befriedigung einer niedrigen Neugier alle diese aufregenden Erfindungen wiederzugeben. Die russische Zensur hält offenbar jetzt das russische Reich geradezu luftdicht verschlossen, selbst der Briefverkehr ist zum Teil unterbunden und es scheint, als ob man alles kontrolliere, was irgendwie verdächtig ist, daß es in Westeuropa Aufklärung über die Vorgänge in Rußland verbreiten könnte.

So ist die öffentliche Meinung Westeuropas im wesentlichen auf die Zensurmittelungen angewiesen, die nur darüber Klarheit bringen, daß die gewaltigste Gärung, die Rußland jemals gepackt hat, auch durch den Zensur nicht ganz aus der Welt gestrichen werden kann, und die feiner mit aller Brutalität darüber keinen Zweifel lassen, daß die russischen Gewaltthäter entschlossen sind, wenn es sein muß, die eine Hälfte des Volkes durch die andere hinhinzu zu lassen, um sich in ihrer Schreckensherrschaft zu behaupten.

Die verurteilte Kreatur des Zarismus seit Plehnes Vereitigung, der General Trepow ist, wie wir bereits gestern telegraphisch mitteilten, zum Generalgouverneur von Petersburg ernannt worden, nachdem er eben erst einen Moskauer Attentat entronnen.

Der Name Trepow spielt in der Geschichte der revolutionären Bewegung eine bedeutende Rolle. An ihn knüpft sich jene terroristische Bewegung am Ende der siebziger Jahre an, der Alexander II. zum Opfer fiel. Gegen einen Trepow richtete sich jener erfolglose Schuß, mit dem im Jahre 1878 Wera Sassulitsch die Untat von Anspitzungen politischer Gefangener zu rächen gedachte. Der heutige Trepow gehört zur Familie und zur Klasse des Alten. Er ist ein noch junger Mensch, hervorgegangen aus der Gendarmenrie. Er hat jene schnelle Karriere gemacht, die in Rußland die Ungeheuer zu machen pflegen, die vor keinem Terrorisimus zurückschrecken.

In die Hände dieses Generals Trepow ist eine Machtvollkommenheit gelegt worden, wie sie der Zar selbst nicht hat. Er ist der Diktator von Petersburg, der nach seinem Willen jede Maßnahme ergreifen kann, die sein Gehirn für notwendig hält. Selbst die finstere, blutige Geschichte Rußlands kennt keinen Fall, in dem ein einzelner Mensch mit dieser Machtvollkommenheit ausgestattet ist. Es ist, als ob die grausige Phantasie eines Massenmörders zum höchsten und einzigen Staatsrecht erhoben worden ist.

Der Zar hat nach der Niedermehrung von Tausenden Wehrlofer nunmehr beschlossen, daß auch der letzte Rest von Recht säkular werde. Zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung und der öffentlichen Sicherheit hat er die Diktatur der Anarchie proklamiert, die sich vermischt, ohne jede gesetzliche Garantie mit dem Leben, dem Besitze der Freiheit aller Russen zu spielen. Der Ufas Väterchens lautet:

„Die Ereignisse der letzten Tage in Petersburg haben gezeigt, daß es notwendig ist, außerordentliche, den Zeitumständen entsprechende Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung und der öffentlichen Sicherheit zu ergreifen. Deshalb haben wir für nötig erachtet, das Amt eines Petersburger Generalgouverneurs auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen über die Gouvernementschefs und der nachfolgenden Regeln zu errichten: 1. Dem Petersburger Generalgouverneur werden Stadt und Gouvernement Petersburg untergeordnet. 2. In den Fragen betreffend die Aufrechterhaltung der Staatsordnung und der öffentlichen Sicherheit werden dem General-

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

gouverneur alle lokalen Zivilbehörden und die Lehranstalten aller Ressorts unterstellt.

3. Der Generalgouverneur besitzt das Recht, nach Uebereinkunft mit dem Minister des Innern, die im Artikel 140 des Zensurstatuts angegebenen Maßregeln zu ergreifen.

4. Abgesehen von dem Recht, nach Maßgabe des Gesetzes obligatorische Verfügungen über verschärften Schutz zu treffen, hat der Generalgouverneur das Recht, obligatorische Verfügungen zu treffen über Gegenstände betreffend die öffentliche Ruhe und Ordnung in seinem Amtsgebiete unter Festsetzung der Strafen und des Verfahrens in Fällen von Uebertretungen solcher Verfügungen gemäß dem Artikel 15 und 16 des Gesetzes über den verschärften Schutz, wobei der Generalgouverneur mit der Erledigung dieser Sachen den Gouverneur und den Stadthauptmann von Petersburg, die ihm untergeben sind, beauftragt kann.

5. Der Generalgouverneur hat das Recht, zur Unterstützung der Zivilbehörden Militär herbeizurufen, sobald er es für nötig erachtet, und nach Gutdünken Waffengattung und Anzahl der Heereskräfte zu bestimmen, welche sodann seinen Befehlen unterstehen.

6. Dem Generalgouverneur unterstehen in seinem Amtsbezirk die Petersburger Gendarmerieverwaltung und die Eisenbahngendarmen und in polizeilicher Hinsicht alle Behörden und Amtspersonen in der zu Eisenbahnzwecken expropriierten Zone.

7. Dem Generalgouverneur sind in polizeilicher Hinsicht alle Kronsfabriken und Werkstätten im Amtsbezirk unterstellt.

8. Alle Rechte des Ministers des Innern bezüglich der Bestätigung im Amte von Mitgliedern der Kommunalbehörden und der Semstwo in den Bezirken der Hauptstadt und des Gouvernements gehen an den Generalgouverneur über.

9. Dem Generalgouverneur steht das Recht zu, einzelnen Persönlichkeiten den Aufenthalt im Amtsbezirk zu verbieten.

Laut amtlicher Bekannmachung hat der Kaiser dem neuernannten Petersburger Generalgouverneur General Trepow „für die ausgezeichneten und eifrigen Dienste“, die er auf seinem bisherigen Posten als Oberpolizeiminister von Moskau geleistet habe, seine Dankbarkeit ausgesprochen.

Ein einziger Verbrecher kann also jetzt morden, wen er will. Er kann Beamte einsehen und absehen. Er darf jeden verhaften, den er will. Er schreibt vor, was jeder zu denken hat. Er verbietet Zeitungen nach Willkür. Er schaltet mit den Arbeitsverhältnissen nach Gutdünken. Kein Recht, kein Gericht. Die ganze geschichtliche Tradition ist ausgelöscht. Der Wahnsinn selbst kann keinen radikaleren Umsturz aller Dinge erfinden. Dieser Was des Jansen ist die feierlichste Fanfare der Revolution.

Denn der höchste Herr des Absolutismus verkündet damit selbst, daß die russische Rechtsordnung nicht einen Pfifferling wert ist, so wertlos, daß sie mit einem Federstrich aufgehoben und an ihre Stelle die schrankenlose Begierde eines Ungehens gesetzt wird.

Der Zar hat's befohlen: Die russische Ordnung ist aufgehoben! Es gibt keinen russischen Staat, kein Recht, keine Ordnung mehr, es gibt nur noch einen Menschen namens Trepow, der Petersburg an allen vier Ecken anknüpfen kann, wenn's ihm beliebt.

Es gibt aber auch keine diplomatischen Beziehungen mehr mit den Kulturstaaten. Jemand ein blutiger General, dem die gesamte Regierung untersteht, ist nicht verhandlungsfähig. Der Zar selbst hat aller Welt den Krieg erklärt und die Anarchie des Schreckens verkündet!

Damit wird die Revolution des Volkes zu keiner Frage mehr, über die man debattieren kann. Sie ist eine absolute Notwendigkeit des Lebens. Es gilt, Rußland aus dem Zusammenbruch zu retten, den der Zar beschlossen hat. Nikolaus II. hat verfügt, daß Rußland in die Luft gesprengt werde wie die Panzerschiffe in Port Arthur! Die Revolution des Volkes hat die Ausführung dieses Befehles zu verhindern!

Die russische Geschichte beginnt also ganz von Anfang. Zum ersten Male sieht man, was der „Nihilismus“ ist, mit dem die Ordnungstretter Besteuropas die Kinder sprechen.

Der absolute Nihilismus, das ist der Zarismus! Diese Revolution des Volkes ist der Aufbau, die Ordnung, die Neuschöpfung! Die Dynastie der Romanows, will in ihren Untergang ein ganzes Volk hineinziehen, sie hat sich den General Trepow gebunden, um das Werk der ungeheuren Zerstörung zu vollbringen! Wohl, das russische Volk, das gemordet werden soll, hat nur noch eine Wahl, zu leben, die Revolution!

Die unumschränkte Alleinherrschaft Trepows steht auch nicht etwa auf dem Papier. Bereits verkündet ein Zensur-Telegramm aus Petersburg, daß die Minister ihre Gewalt in die Hände des Generals überliefert haben:

Petersburg, 25. Januar, abends. Der Minister des Innern Fürst Swiatopolk-Mirski empfing heute die Vertreter der Presse, welche ihm eine Witzschrift und die Beschlüsse der Konferenz der Redakteure überreichten. Ein Mitglied der Abordnung wies auf die Notwendigkeit der Freiheit der Presse hin, sowie darauf, daß die Semstwo zu einem Kongreß einberufen werden müßten. Das sei das einzige Mittel, um die Gemüter zu beruhigen.

Der Minister erwiderte, er werde die Petition prüfen, aber er könne nicht allein darüber entscheiden, das gehöre auch in das Ressort Trepows.

Ferner wird gemeldet: Auf Befehl des Generalgouverneurs Trepow werden ununterbrochen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mehrere hundert Personen aller Schichten des Volkes wurden verhaftet und sofort nach der Peter Pauls-Festung gebracht.

Ferner hat Trepow eine Proklamation erlassen, daß die Arbeitswilligen gegen die Ausständigen geschützt werden, und daß alle diejenigen, welche versuchen sollten, Arbeitswillige an der Arbeit zu verhindern, in die Verbannung geschickt würden.

Die Diktatur Trepows — das muß das Ende sein!

## Vom Schanplatz der Revolution.

In Moskau wie in Petersburg!

Eine Nachricht von vielleicht entscheidender Bedeutung kommt aus Moskau. Trotz aller Vertuschungsversuche ist es klar geworden, daß auch das heilige Moskau in hellem Brande der Revolution steht. Von dort, einem Hauptstich der revolutionären Bewegung, weiß das „Bureau Wolff“ vom 25. Januar nur das zu berichten:

Heute früh herrschte hier Ruhe, gestern streikten die Arbeiter in 20 vorzugsweise mittelgroßen Fabriken. Auf der Fabrik Weichelt forderten die Arbeiter den Achtundzestag, Entlassung von vier Meistern wegen Bedrückung der Arbeiter, Befreiung der Strafen, höfliche Behandlung der Arbeiter. Außerdem wünschten die Arbeiter an der Abschaffung der gelieferten Arbeit teilzunehmen. Die Arbeiter der Fabrik Bromley, welche fast gleichzeitig mit jenen die Arbeit einstellten, schlossen sich den Forderungen derselben an unter Ausherrung einiger anderer Wünsche betreffend Schaffung einer Fabrik-Bibliothek und eines Lesesaales; ferner soll das Fabrik-Ambulatorium in ein Krankenhaus umgewandelt werden. In beiden Fabriken fordern die Arbeiter, daß der Lohn für die Zeit des Ausstandes voll gezahlt werde.

Am Nachmittag des Mittwoch hat aber auch in Moskau die Revolte begonnen! Durch alle amtlichen Lügen schlägt das Blut der Gemordeten durch! Es wird von dort vom 25. Januar von Wolff gemeldet:

Heute nachmittag um 4 Uhr hatten sich in der Hadnig-Kajatriße 3000 Arbeiter angeammelt, die vom Führer des Militärs vergeblich aufgefordert wurden, auseinanderzugehen. Die Kosaken erschütterten hierauf das Feuer, mehrere Personen wurden verwundet. Am Abend war die Ruhe wieder hergestellt.

Diese amtliche Meldung fordert zur dringenden Schlussfolgerung heraus, daß die Petersburger Schrecken auch der zweiten russischen Hauptstadt nicht erspart geblieben sind. Erlogen waren die amtlichen Angaben über den Petersburger Sonntag, erlogen sind offenbar auch die Polizeimeldungen vom Moskauer Mittwoch. Nur das eine geht mit Bestimmtheit aus ihnen hervor, daß der Schrecken von Petersburg den Ruf von Moskau nicht gebrochen hat. Die Revolution schreitet fort.

Daß übrigens auch schon am Dienstag Moskau im Aufruhr stand, geht aus folgender Meldung hervor:

In vorgeladener Abendstunde fand gestern eine Versammlung der Beschäftigten der Rechtsanwaltschaft statt, in der beschlossen wurde, die Fährung von Prozessen wegen des Fehlens der nötigen Ruhe einzustellen. — Jenseits der Moskwa durchzogen während der ganzen Nacht Truppen, Polizei, Patrouillen und Arbeiterhaufen die Straßen, doch fanden keine Zusammenstöße statt. — Die heutige Feier des 150-jährigen Jubiläums der Universitätskirche bleibt auf einen Gottesdienst in der Universitätskirche beschränkt.

Eine russische Meldung! Keine Zusammenstöße, keine Unruhen. Aber — die Advokaten wollen „wegen mangelnder Ruhe“ nicht prozessieren!

Auch im Petersburger Stadtteil Wassili-Dstrow, dem Arbeiterviertel, das in der Geschichte der russischen Revolution zu einer besonderen Rolle berufen zu sein scheint, ist auch in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gekämpft worden. Im übrigen Rußland breitet sich die Bewegung aus. Riga und Saratow werden als die nächsten genannt.

Sobiel geht aus den vorliegenden Meldungen mit Gewißheit hervor: das ist aber auch so ziemlich alles. Denn der Zensor steht noch immer. Wie es in den Tagen nach dem Blutsonntag wirklich in Rußland zugegangen ist, davon wird man erst allmählich aus Privatbriefen etwas erfahren können, die dem Spürsinn der russischen Post entgangen sind. Ein erstes Dokument solcher Art, das wir nachsichtig veröffentlichen, datiert noch vom Sonntag.

### Bericht eines Augenzengen.

Einem uns zur Verfügung gestellten Privatbrief eines Petersburger Rechtsanwalts entnehmen wir die folgende Schilderung:

Am 9./22. Januar früh ging ich auf dem Newski-Prospekt in der Richtung nach dem Schloßplatz, wo die Arbeiter persönlich ihre Petition dem Zaren überreichen wollten. Aber ich konnte nicht bis zu dem Plage gelangen. Zuerst stand ich bei dem Hause des Generalstabes, das seine Fassade dem Newski-Prospekt und dem Schloßplatz zuwendet. Was auf dem Plage geschieht, konnte ich nicht sehen, weil vor mir eine Kavallerie-Abteilung stand, welche die Menge auf dem Newski einerseits und diejenige auf dem Admiralsplatz und in dem Alexandergarten andererseits von einander trennte. Zeitweise war von unserer Seite und von der Seite drüben ein lautes Hurra zu hören. Die Menge hat sich aber sonst sehr ruhig und zurückhaltend benommen. Viele protestierten gegen die Hurrarufe, da durch sie irgend welche Gewalttaten provoziert werden könnten. Ich sah dann zweimal, wie von dem Schloßplatz auf die Admiralsplatzstraße zu, Schwadronen mit blanker Waffe vorbeizogen. Allmählich drang zu uns auch die Nachricht, daß die heilige Kreuzprozession der Arbeiter, an deren Spitze der Priester Gapon mit der Petition in seinen Händen auseinandergetrieben und daß auch an allen anderen Stellen die Arbeiter zurückgeschlagen worden seien. Die Arbeiter, die in meiner Nähe standen, sagten: „So, jetzt sieht man, daß wir vom Zaren keine Hilfe bekommen. Wir haben um Brot gebeten, es werden uns keine Äugeln gegeben.“ Vom Schloßplatz her und vom Alexandergarten war kein Geräusch zu vernehmen, aber es war offenbar nur die Stille vor dem Sturm. Plötzlich ertönte auf dem Schloßplatz eine Salve, dann eine zweite, eine dritte und aus der Mitte der Menge, die vor mir stand, wurden Getötete und Verwundete fortgetragen. Ich habe selbst viele Tote und Verwundete gesehen, u. a. auch ein junges getötetes Mädchen und einen getöteten jungen Mann. Die Toten und Verwundeten wurden durch den Newski getragen. Ein Mädchen, wahrscheinlich eine Studentin, trugen wir in den Hof des Nachbarhauses, wo wir sie auf eine Bank legten, die sofort von ihrem unschuldigen Blut bedeckt war. In der Mitte der Stirn hatte die Verletzte eine Wunde, doch mußte sie noch eine andere Wunde am Kopfe gehabt haben, da sie mit dem Gesicht nach oben lag. Man brachte sie in eine Wohnung, reinigte die Wunde, legte einen Verband an, da noch schwache Lebenszeichen zu bemerken waren und schaffte sie fort. Die Erbitterung und Empörung der Menge haben das höchste Maß erreicht. Die Menge hatte buchstäblich alle benachbarten Teile des Newski-Prospektes und der Gogolstraße besetzt und ohne Schonung wurden alle Militärs, die im Schlitzen vorbeizogen, von der Menge geschlagen. So sah ich, wie zwei Gendarmen-Offiziere von der Menge blutig geschlagen wurden, auch zwei Artilleriefährtliche wurden geschlagen. Dem einen wurde der Säbel fortgenommen und die Epauletten abgerissen, während es dem anderen gelang, noch rechtzeitig zu flüchten. Die Menge hat auch auf einen Infanterie- und auf einen Garde-Artillerieoffizier eingeschlagen, welcher letzterem sie auch den Säbel wegnahm. Ein älterer General wurde mit einer Flasche an der Stirn verletzt, die Epauletten wurden ihm abgerissen, seine Mütze fortgenommen und unter Hurraufen in die Luft geworfen. Auch ein Kapitän zur See wurde geprügelt. Das alles spielte sich in der Nähe der Truppen ab, konnte aber von ihnen nicht verhindert werden. Auf dem Newski-Prospekt, nicht weit von der Moroskajastraße, hatte die Menge eine große Volksversammlung improvisiert. Ich habe zwei stammende Reden gehört. Eine endigte mit dem Rufe: „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ und mit Enthusiasmus wurde der Ruf von der Menge wiederholt. Die zweite Rede endigte mit dem Rufe: „Zu den Waffen!“ und fand auch einen großen Widerhall in der Menge. Am erschein zuerst eine und dann noch eine zweite Abteilung der Jäger, welche die ganze Menge in zwei Teile getrennt hielt und wir wurden auf das Moskwa-Ufer verdrängt. Die Jäger besetzten die Polizeibrücke. Ich stand auf der Seite, wo der Ausgang des Adelsklubs ist. Plötzlich ertönte eine Salve von anderen Ufer der Moskwa her, und nach einigen Minuten wurden die Verwundeten, mit Blut besudelten Leute fortgetragen. Auch drüben am andern Ufer stand eine große Volksmenge. Die Leute standen ganz still. Sie hatten anscheinend kein Interesse mehr an irgend welchem Kampfstärke, denn sie waren alle von den erschütternden Eindrücken durcheinander und voll der größten Trauer. Aber diese Leute blieben auch nicht verärgert. Es ertönte wieder eine Salve. Eine von zwei Frauen, die bei der Wand der Apotheke etwas getrennt von einander standen — die Jäger scheinen absichtlich

auf diese Frauen gezielt zu haben — fiel, ohne einen Laut von sich zu geben, um. Die andere aber stieß einen schrecklichen Schrei aus und beugte sich zu der toten Leiche nieder. In der Ecke, wo das Moskwa-Ufer und der Newski zusammenstießen, lagen schon viele Tote. Als ich später an diesem Plage vorbeiging, habe ich alles voll Menschenblut gesehen. Um 5 Uhr abends ging ich weiter durch die Gorochowojstraße, die in ein Feldlager umgewandelt war. Was an anderen Stellen geschehen ist, habe ich nicht gesehen, aber man erzählt, daß noch viel mehr Schreckenstaten in Wassili-Dstrow geschehen sind. Die Arbeiter haben einige Partisanen gebaut. Abends besuchte ich eine Volksversammlung. Maxim Gorki hat mitgeteilt, daß der Priester Gapon nicht getötet, nicht einmal verwundet ist. Er liehe den Arbeitern sagen, daß er sie segne für die Revolution, die jetzt beginnen müsse; jetzt müßten die Arbeiter mit der Revolution beginnen, weil es anders nicht möglich sei, etwas zu erreichen. Ich eile auf die Straße. —

Soweit unser Gewährsmann. Seine Mitteilungen bestätigen alles, was von den Schrecken des Blutsonntags in den ersten Depeschen berichtet worden ist. Er bestätigt auch, daß mit den Szenen des 22. Januar die Revolution in Rußland erst begonnen hat! —

### Petersburg.

Im übrigen ist man noch immer auf das russisch-amtliche Depeschmaterial angewiesen, über dessen Glaubwürdigkeit schon alles Notwendige gesagt wurde. Vom 25. Januar datierte Telegramme besagen folgendes:

Die vergangene Nacht ist ruhig verlaufen; nur in dem Stadtteil Wassili-Dstrow wurden Schüsse gehört. Die Petersburger Stadtteil durchzogen die ganze Nacht hindurch Patrouillen, welche die Passanten aufhielten und ausfragten. Arbeiterhaufen durchzogen bis Mitternacht die Hauptstraßen. Heute sind die Läden geschlossen; eine Anzahl Straßen werden von Patrouillen durchzogen, im allgemeinen zeigt die Stadt ein ruhiges Aussehen. Die Zeitungen erscheinen noch nicht, ausgenommen „Regierungsbote“ und „Invalid“. An den höheren Lehranstalten werden keine Vorlesungen gehalten. Alle Professoren des Polytechnikums wählten mit dem Rektor heute der Beerdigung der am Sonntag getöteten Studenten und Arbeiter bei. Auf der Newskiwert erschienen die Arbeiter, um den Rest ihres Lohnes in Empfang zu nehmen; sie verhalten sich ruhig.

Der Unterricht in den Gymnasien und Realschulen ist heute wieder aufgenommen worden. Der Kurator des Lehrbezirks machte bekannt, daß es als triftiger Grund für die Versäumnis des Schulbesuchs gelten sollte, wenn diese Versäumnis aus Furcht vor dem Unruhen erfolgt sei.

Eine Menge ungläublicher Gerüchte sind hier im Umlauf, die alle zu demotieren unmöglich ist. Unter anderem ist die Meldung von der Abreise der Kaiserin Witwe vollständig unbegründet, auch das Gerücht von der Verhaftung Maxim Gorkis ist nicht wahr. Es geht das Gerücht, daß Kowalow zum Generalgouverneur von Warschau ernannt werden wird; General Tschertkow hat jedoch seine Entlassung noch nicht gegeben.

Aus dem, was die amtlichen Depeschen melden, geht hervor, was sie verschweigen. Und das ist allemal das Wichtigste. Wenn gemeldet wird, daß zwei Tabakfabriken die Arbeit wieder aufgenommen haben, so heißt das: Im übrigen ist der Generalstreik noch immer allgemein!

### Der Ruf nach der Verfassung.

Weiter wird aus Petersburg vom 25. Januar gemeldet: Vierzehn Mitglieder der Semstwo des Gouvernements Simbirsk haben folgenden Beschlusantrag gefaßt:

„Während unseres ganzen Lebens waren wir gezwungen, Stillstehenden zu beobachten und nicht zu sprechen. In allen unseren neuen Gedanken sahen die Behörden rote Geistes, die die Grundlagen des Staates zu zerstören drohten. Dierzig Jahre lang haben wir bestätigt, daß alles gut sei; dermaßen sind wir an den Gedanken gewöhnt, daß jede andere Äußerung ein Staatsverbrechen wäre. Diese Haltung des zum Sklaven erniedrigten Volkes hat Rußland eine Krise gebracht. Aus dieser kann man nicht durch palliative halbe Maßnahmen herausgelangen. Rußland ist auf dem Wege zum vollständigen Untergang. Die Gefahr für das Vaterland ist ungeheuer, nicht allein von seiten der auswärtigen Feinde, mit denen wir jetzt im Kampfe liegen, sondern auch seitens der inneren Feinde, für welche die Bureaucratie so lange in dem Vaterlande säkularerweise gekämpft hat. Die Gefahr liegt in dem durch die Bureaucratie geschaffenen tiefen Darniederliegen der allgemeinen Entwicklung. Die russische Nation ist künstlich in ihrer natürlichen Entwicklung aufgehalten. Jeder Organismus gerät dem Tode nahe, wenn das Leben sich nicht mehr regen kann; auch das Darniederliegen des Landes bringt eine unentrinnbare Gefahr herbei. Vertreter der Semstwo haben Gelegenheit gesucht, frei und offen über Mißstände in Rußland zu sprechen. Die Bureaucratie haben jedoch Maßnahmen ergriffen, um diese Möglichkeit auszuschließen. Der Präsident des Simbirsker Semstwo hat beantragt, eine Adresse abzuschicken, gegen die inneren Feinde anzukämpfen, was nicht zur Zuständigkeit der Semstwo gehört und hat in keiner Weise von den Mißständen in Rußland gesprochen. Unsere Pflicht gegenüber dem Vaterlande und dem Throne zwingt uns, dieser Adresse unsere Zustimmung zu versagen und zu erklären, was uns das Gewissen heißt. Der Präsident läßt dies jedoch nicht zu. Es ist verbrecherisch, die Augen gegenüber der das Land bedrohenden Gefahr zu verschließen. Nur gewählte freie Vertreter des Volkes würden Rußland aus der gegenwärtigen Lage befreien können. Diese Vertreter müßten stets an der Gesetzgebung, der Budgetgebarung und der Kontrolle über die Behörden teilnehmen; sie würden Rußland und seinem Kaiser eine neue, friedliche und ruhmreiche Bahn weisen.“

### Untertänige aber entschiedene Bitte.

Aus Simferopol wird vom 25. Januar telegraphiert: Das Semstwo von Taurien hat folgende einstimmig angenommene Adresse an den Kaiser gefaßt:

Majestät! Das Semstwo von Taurien beglückwünscht Ew. Majestät und die Kaiserin zur Geburt des Thronfolgers; er ist in einem schrecklichen Jahre eines grausamen und blutigen Krieges und einem Jahre schwerer Unruhen im Innern geboren. Daß der Friede im Innern Rußlands und an seinen Grenzen kommen möge, das sind die besten Wünsche, welche alle russischen Untertanen für den russischen Thronfolger aussprechen können. Der Kas Erer Majestät vom 25. Dezember gibt uns die Hoffnung, auf den inneren Frieden, der überall beruht auf der Sicherheit des Gesetzes, Gleichheit aller Bürger, Freiheit des Wortes, der Presse, der Vereine und Versammlungen. Majestät! Wir sind überzeugt, daß die Erfüllung Ihrer Absichten und Ihre Unverletzlichkeit nur möglich sind, wenn freigewählte Vertreter an der Gesetzgebung teilnehmen. Wir glauben aufrichtig, daß die Einheit des Staates und der Nation ein Untergrund für die kräftige Entwicklung der produktiven Kräfte des Landes gibt. Wenn die Vertreter der Nation berufen, um an der Gesetzgebung der Budgetaufstellung,

der Kontrolle über die Behörden und der Ueberwachung der Durchführung der Gesetze und den Absichten Czarers Majestät teilzunehmen, werden Sie aus Russland eine Nacht schaffen, unbefiehlbar nach außen und im Innern blühend unter dem Lichte des Rechts und der Wahrheit.

### Die Verhafteten von Petersburg.

Die Nachricht, die im Laufe des Mittwochs die ganze Kulturwelt mit neuem Abscheu vor den Henkersnichten des Zaren erfüllte, die Nachricht, daß sich die Schreckensherrschaft an dem geweihten Haupt eines weltberühmten Dichters vergriffen habe, wird amtlich demontiert. Die russische Polizei erklärt, daß Maxim Gorki frei sei. Sie hat Respekt vor großen Namen, weil sie in Barbareieitelkeit nicht für barbarisch gelten möchte, sie hat aber keinen Respekt vor der Sache der Kultur. Die Professoren und Schriftsteller, von deren Verhaftung wir gestern berichteten, sind angefehene und zum Teil bedeutende Männer. Die „Bosfische Zeitung“ erzählt von ihnen:

Die Herren Kareew und Hesse sind Gelehrte, der erstere ein Historiker von europäischem Ruf. Früher war er lange Jahre hindurch Professor an der Petersburger Universität, vor etwa drei Jahren mußte er jedoch wegen seiner unabhängigen Haltung das Lehramt niederlegen. Er ist mit einer ganzen Anzahl von umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten hervorgetreten, darunter mit einem vielbändigen Werk über die neuere Geschichte des westlichen Europa, mit einem zweibändigen Traktat über Geschichtsphilosophie wie mit einer Arbeit über die Lage der Bauern in Frankreich im XVIII. Jahrhundert. In der letzten Zeit wurde er zum Stadtverordneten ernannt und ist als solcher wie auch in den Versammlungen, die von der Intelligenz in Petersburg veranstaltet wurden, sicher für die Aenderung der bestehenden Staatsform eingetreten. Sonst aber nahm er kaum einen besonderen aktiven Anteil an der Bewegung. Was den Herrn Hesse anbetrifft, so ist er Jurist, Herausgeber der fachjuristischen Wochenschrift „Das Recht“ („Pravo“), die in der letzten Zeit durch ihre freimütigen, aber in der Form stets maßvoll gehaltenen Artikel über die brennenden Fragen der aktuellen Politik sehr oft von sich reden machte. In seiner Person wollte man sicher auch seine Wochenschrift treffen. Das nämliche muß auch von den Verhaftungen Amewits und Peshchonows gesagt werden: Beide sind ständige Mitarbeiter der Monatschrift „Nusloje Bogatstos“ und der Zeitschrift „Raski Dni“, die die Stelle des verbotenen „Sun Dschefstwa“ eingenommen hat. Herr Amewits ist ein älterer, in liberalen Kreisen sehr beliebter Herr. In den oppositionellen Versammlungen wurde er oft zum Präsidenten gewählt. Er war schon einmal in Sibirien. Unter Plehwe wurde er aus Petersburg ausgewiesen. Erst im vorigen Herbst wurde es ihm gestattet, nach Petersburg zurückzukehren. Sein Kollege Peshchonow ist bedeutend jünger. Von Haus aus Statistiker, ging er in den letzten Jahren zur Publizistik über und erwarb sich als Journalist einen sehr bekannten Namen. Die beiden in dem Telegramm zuletzt genannten Herren Redrin und Schmitnikow sind Rechtsanwält und Stadtverordnete. Den Stolz der Regierung hoben sie anscheinend in ihrer letzteren Eigenschaft auf sich herausbeschworen. Herr Redrin war vor der Reform des städtischen Wahlrechts in Petersburg Führer der „neuen“ (liberalen) Partei. Seit der Reform spielt er eine weniger hervorragende Rolle. Er ist eine in weiten Kreisen der Petersburger Gesellschaft sehr bekannte Persönlichkeit. Seine Verhaftung wird sicher auch in den Kreisen Aufsehen erregen, die der Politik fern stehen.

### Saratow.

Aus Saratow wird vom 25. Januar gemeldet: Die Arbeiter in den Werksstätten der Eisenbahn sind in den Ausstand getreten.

### Kowno.

Eine Bekannmachung des Gouverneurs besagt, der Ausstand sei durch Drohungen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Arbeitern herbeigeführt, welche wahrscheinlich auf diese Weise einige Abänderungen der in den Fabriken bestehenden Hausordnungen (!) und eine Lohnerhöhung (!) zu erreichen glaubten. Solches Mittel führe erfahrungsgemäß nicht zum Ziel. Bei der gegenwärtigen allgemeinen Beschränkung der Produktion in den Fabriken riskierten viele Arbeiter nach Beendigung des Ausstandes ihre Stelle zu verlieren. Die Bekannmachung fordert dann im Interesse der Arbeiterklasse (!) und der übrigen Bevölkerung die Ausständigen auf, den Einküffierungen Uebelgesinnten nicht Gehör zu schenken und die Arbeit wieder aufzunehmen. Zum Schluß verspricht der Gouverneur volle gesetzliche Unterstützung sowie Prüfung der Arbeiterforderungen und Erfüllung derselben nach Maßgabe der Möglichkeit, kündigt aber zugleich an, daß er im Falle von Straßenunruhen energische Maßnahmen ergreifen und nötigenfalls Waffengewalt anwenden werde.

Ja es geht um die „Hausordnung“! Aber um die von ganz Russland!

### Deutsche Wordypaffen.

Wir haben gestern die naive Meinung ausgesprochen, daß die „Kreuz-Zeitung“ das einzige „christliche“ Blatt der Welt sein würde, das mit der Heiterkeit der Petersburger Garde von Dingen zufrieden ist. Wir hatten dabei vergessen, daß es außer geachteten Verkündern der Menschenliebe auch geschorene gibt. Die Verletzung der Parität läßt sich aber die „Germania“ nicht gefallen; sie meldet sich selbst, indem sie schreibt:

Nachdem der in revolutionären Tostoffischen Ideen herangebildete Pope Gapon in der gestern bereits mitgeteilten Erklärung mit den Worten „Das Volk hat keinen Kaiser mehr. Es lebe der Beginn der Volkserhebung für die Freiheit!“ offen die Revolution verkündet hat, kam die Verhängung der Militärkassatur über Petersburg nicht mehr wundernehmen. Allerdings ist Gapon, auch wenn er Arbeiterführer ist, nur ein einzelner Mann. Aber die Entscheidung darüber, ob es wirklich zu einer allgemeinen Erhebung des Proletariats kommen oder bei vereinzelt Arbeiterrevallen sein Bewenden haben wird, wie sie auch sonst schon hin und wieder vorgekommen sind, liegt nicht an dem Willen eines mehr oder minder einflussreichen Mannes, sondern an einem objektiven Moment, nämlich an der Zuverlässigkeit des Heeres und diese Zuverlässigkeit hat am Sonntag die Probe bestanden. Es ist anzuerkennen, daß die russischen Soldaten wenigstens in Petersburg ihrer militärischen Pflicht auch im Falle einer dura necessitas (harten Notwendigkeit) bei dem Stragenkampfe dem Befehle ihrer Vorgesetzten gemäß getreu geblieben sind. Aber ob das Blutbad am Sonntag notwendig und zweckentsprechend war, darüber dürften die Meinungen wohl auseinandergehen.

Eine ruhige Prozession mit dem Kreuze an der Spitze wird von den wilden Horden des Zaren niedergemacht. Und die „Germania“ lobt die Mörder!

### Eine Demonstration der Advokaten.

Montag abend versammelten sich die Advokaten des Petersburger Appellhofes und deren Gehülften, im ganzen etwa 350 Personen, zu einer Beratung im Gerichtsgebäude. Es wurde beschlossen, sich mit der Arbeiterbewegung solidarisch zu erklären und Protest gegen das gegenwärtige System mit seinem verhängnisvollen Untervergehen zu erheben. Ferner wurde beschlossen, dem Gericht mitzuteilen, daß unter den gegenwärtigen Umständen für die Advokaten keine Möglichkeit

vorhanden sei, Prozesse mit Ruhe zu führen, und daß die Advokaten es daher ablehnen, vor Gericht aufzutreten. Schließlich wurde noch beschlossen, Versammlungen zu veranstalten zum Besten der Arbeiterpropaganda.

### Ueber die Persönlichkeit des Priesters Gapon

bringt die maßgebende Petersburger Zeitung „Koboski“ folgende Einzelheiten. Georgij Gapon ist Geistesführer des Transportierungs-Gewerkschafts. Er ist tief überzeugt, daß die Arbeiterklasse imstande ist, den größten Grad des materiellen und kulturellen Wohlstandes zu erzielen. Er ist ungefähr 35 Jahre alt, mittelgroß. Infolge der unaufhörlichen Arbeit und der schlaflosen Nächte sieht er sehr angegriffen aus. Das Aeußere des Priesters Gapon trägt das edle Gepräge der selbstverleugnenden Idee des Kampfes für den Nächsten. Ein wenig erregt im Gespräch mit den Genossen, mit welchen er den Tag und die Nacht verbringt — er gönnt sich im Tage nur 3 bis 4 Stunden Ruhe —, erscheint Priester Gapon im Verkehr mit anderen Leuten als ein Mensch von fastbütigem Charakter, einer eisernen Energie und eines tiefen Glaubens, welche sich in seinen lebhaften und durchdringenden Augen wiedergeben.

Sohn eines einfachen Bauern aus dem Gouvernement Poltawa (Südrußland), hatte dieser „Demagoge“ in dem edelsten Sinne des Wortes in seiner Jugend Gänse und Schweine gehalten. In der Dorfschule hat Georgij seine glänzenden Fähigkeiten bewiesen und kam dann ins theologische Seminar. Wegen politischer Propaganda hat man Gapon schon aus der 4. Klasse des Seminars ausgeschlossen und nach Hause geschickt, aber nur auf einige Zeit. Er wurde wieder aufgenommen und führte seine Studien zu Ende mit einer „begeisterten“ Note für „Führung“. Schuld daran war wieder sein Interesse an der Politik.

In die Universität, wohin er sehr gern wollte, kam Gapon nicht. Er wurde Semstwo-Statistiker — eine Stellung, welche ihn sehr nahe zu den Bauern bringen mußte. Eine Bekannmachung mit einem Jünger von Tolstoi hatte seine Laufbahn auf immer bestimmt und er widmete sich dem Kampfe für Rechtsfreiheit und für die Hebung der materiellen Lage der unteren Schichten des Volkes und besonders der Arbeiter.

Dann machte Gapon eine Bekannmachung mit einem Mädchen, welche ihn bewegte, in den Priesterstand einzutreten. Nach ihrer Ueberzeugung kann man in der Priesterkutane viel mehr dem Volke Nutzen bringen als in der Uniform eines Tschinowitsch oder in dem Brad eines Advokaten.

Gapon kommt nach Petersburg und tritt in die theologische Akademie ein. Das vierjährige Verbleiben in der Akademie überzeugte Gapon, daß es in Russland keine Freiheit der Wissenschaft und des Gedankens gibt. Er erprobte das an eigenen Leibe. Seine Abhandlung über die Lage der Arbeiterklasse in Russland und von der Notwendigkeit eines Zusammengehens der Kirche mit dem Volke wurde von der Akademie-Konferenz verworfen, und der Verfasser bekam eine harte Rüge.

Trotz aller Hindernisse und Widerwärtigkeiten blieb Gapon in der Akademie, führte sein Studium zu Ende und bekam das für seine Ziele notwendige Attest.

### Deutschland in Rußland voran?

In der ganzen Welt, soweit sie auf den Ruf der Befreiung einigen Anspruch macht, erhebt sich der Schrei des Entsetzens und der Empörung über die Verbrechen des Zaren. In der Schweiz, in Frankreich bereiten sich große, vornehmlich von sozialdemokratischer Seite eingeleitete Kundgebungen vor. In den Vereinigten Staaten herrscht gewaltige Aufregung, besonders in New York, wo die Zahl der Russen sehr groß ist. Alle Gemüter sind in Spannung versetzt durch den Gedanken an den Beginn einer wirklichen Revolution gegen den russischen Absolutismus. — Die offizielle russische Presse hat sich so oft beklagt über den „Mangel an Sympathie“ in Amerika, der seit Ausbruch des Krieges mit Japan sich deutlich kundgab. Statt „Mangel an Sympathie“ könnte diese Presse jetzt „Verachtung“ lesen, denn die amerikanischen Zeitungen halten nicht zurück mit Ausdrücken des Abscheus über das Blutvergießen von Unbeschnittenen. Man zieht Vergleiche zwischen Nikolai II. und Ludwig XVI. Man hofft im Volke auf den Zusammenstoß im Innern und freut sich über die Niederlagen nach außen, trotz aller offiziell gepflegten Freundschaft von Washington aus. In der „Humanität“ erklärt Jean Jaurès einen Ausruf, der mit folgenden Worten schließt:

Liberalen, konstitutionellen Demokraten, Sozialisten, Revolutionäre, wie Ihr Euch auch nennt, welchen Parteinamen Ihr auch führt, welches Sonderideal Euch auch bewegen mag: macht es, daß die Feinde des Jazismus die Soldaten Westeuropas sind, ausgehantet wider die asiatisch-byzantinische Barbarei, die sich seit einem halben Jahrhundert streckt und redt, das zivilisierte Europa bedrohend. Das zivilisierte Europa hat die Pflicht, sie anzufeuern und ihnen zu helfen.

Wenn Genosse Jaurès diesen Kuruf auch an die Regierungen Europas gerichtet haben sollte, so überschäufte er sie. Das italienische Ministerium hat erklärt, keine Intervention annehmen zu wollen, die sich auf die Vorgänge in Rußland bezieht. Und die preussisch-deutsche? „Tua res agitur!“ — Um ihre eigene Sache handelt es sich, hat ja der preussische Justizminister gesagt. Unter solchen Umständen muß einen eine Nachricht höchst stutzig machen, die aus Breslau kommt.

Der „Oberjäger“ Grenzzytt“ zufolge wurde in den letzten Tagen das in Preußen garnisonierende dritte Bataillon des 22. Infanterie-Regiments wiederholt alarmiert, um zu militärischen Übungen an der russischen Grenze auszurücken. Zum Teil wurden die Übungen bei Nacht abgehalten, als Vorübung für eine Grenzbesetzung, die sofort eintritt, sobald der Aufruhr in Rußland-Polen größere Dimensionen annehmen sollte.

Welchen Zweck diese Vorbereitungen haben sollen, ist unersichtlich. Wenn es in Rußland-Polen zu Kämpfen kommt, so geschieht das doch nicht auf offenem Schlachtfelde wie im Kriege, wo der Uebertritt der einen oder anderen Partei über die Grenze möglich ist, sondern in festumgrenzten Ortschaften, an denen das deutsche Militär glücklicherweise nichts zu tun hat. Es läte auf alle Fälle gut, der Mißdeutung leicht unterliegende Grenzmandöver zu unterlassen.

Eine Hilfsaktion Deutschlands zugunsten des Zaren muß trotz allem wohl für ausgeschlossen gelten.

### Reichs-Vergesetz.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, auf dem Wege eines Initiativtrages die von den freilebenden Bergarbeitern aufgestellten Forderungen nach reichsgesetzlicher Regelung zur möglichst schleunigen Behandlung vor den Reichstag zu bringen, und zwar soll dieser Antrag einschließen die Frage der täglichen Schichtzeit, der Sonntagsarbeit und der Ueberschichten, der Beseitigung des Wagnisverlusts, der Schaffung von Arbeiterausstufungen, sowie von Wagen- und Grubenkontrollanten aus den Reihen der Arbeiter.

Die Schaffung eines Reichs-Vergesetzes ist somit von der Sozialdemokratie in die Wege geleitet. Es ist nun an den bürgerlichen Parteien, ihre Sympathien mit den Bergarbeitern auf die einfachste Art zu beweisen; denn wie wir schon gestern ausführten, irgend welche Schwierigkeiten kann ein solches Vergesetz nicht haben.

Es sind alles nur selbstverständliche Forderungen, die in wenigen Tagen Gesetzeskraft haben könnten.

Gerade weil der Weg so einfach und mühelos ist, um den Arbeitern zu ihren elementarsten Rechten zu verhelfen und den Uebermut des Kohlenhändlars zu brechen, rasen die von dem Unternehmertum ausgehaltenen Organe über diesen Vorschlag, der doch eigentlich den Herren äußerst angenehm sein müßte, weil er doch so gar nichts von der verhassten „Massenverheugung“ enthält, sondern ein Appell zum Frieden, gerichtet an die Reichsregierung, ist. Schweineburg muß wie folgt toben:

Der „Vorwärts“, der sich täglich in Gegereien überbietet und die Ernte für die Sozialdemokratie einheimen möchte, zu der auch zum guten Teile von anderen politischen Parteien im Ruhrrevier gesäet worden ist, verlangt ein sofortiges Einschreiten der Reichsregierung. Das sozialdemokratische Organ forderte... Ueber die Frage der Reichstagskompetenz in diesen Dingen wollen wir uns gar nicht mit dem „Vorwärts“ in eine Auseinandersetzung einlassen. Wenn aber das Hauptorgan der Sozialdemokratie „nationale“ Interessen auf seine Fahne schreibt, das Organ, welches alles, was nationale Ehre, nationale Pflicht und nationales Bewußtsein betrifft, beschimpft und in den Kot tritt, so gibt das vielleicht denen, die mit der Sozialdemokratie so gern mitlaufen, doch einiges zu denken.

Gedacht hat sich Schweineburg natürlich nichts bei dieser blödsinnigen Verurteilung auf die nationalen Interessen des Kohlenhändlars, dessen Offener Organ, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, aus Zeichenkreisen sich folgende Scharfmacherei schreiben läßt:

„Die Sympathie-Erklärungen, die politischem Stimmensang oder urteillosem Mitgefühl entspringen, verlängern nur den Streik und häufen die Not. Die Zeichenbesitzer werden lieber jetzt bis zum Ende aushalten, denn sie wissen, daß die unaufrichtigen Streiks und damit ihre Beamten und ihre besten und tüchtigsten Leute unaufrichtigen Gewalttätigkeiten ausgesetzt sind.“

Gerade deshalb wird die Reichsgesetzgebung notwendig sein, um die Herren von ihren Gewaltphantasien abzubringen, die doch nur die Widerspiegelung ihrer eigenen Gewalttätigkeit ist, mit der sie das ganze deutsche Volk terrorisieren und obendrein verhöhnen.

Wir hoffen, daß auch das Zentrum sich unserer Aktion des Friedens anschließt. Seine Vertreter haben ja die gleichen Auffassungen bekant. Doch scheint es uns bedenklich und zwecklos, wenn sie ihre Aktion in den preussischen Landtag verlegen. Zentrums-Abgeordnete haben nämlich folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sofort eine Kommission, unter Zuziehung von mindestens 7 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse im Kohlenbergbau einzusetzen, und auf Grund der Ergebnisse einen Gesetzentwurf zur Beseitigung der festgestellten Mißstände schleunigst einzubringen.

Das bedeutet also die Forderung eines preussischen Vergesetzes. Wenn auch gegen die Untersuchungskommission nichts einzuwenden ist, so ist doch in der jetzigen Lage mit „Untersuchungen“ nichts getan, bei denen doch außer einer verhängnisvollen Verschleppung nichts herauskommen kann, als Feststellung von Tatsachen, die längst bekant sind.

Jetzt gilt es unverzüglich zu handeln! Die Forderungen, die in dem sozialdemokratischen Antrag formuliert werden, sind ohne weiteres klar und begründet. Wir haben nichts gegen die Aktion des Zentrums in Preußen, nur darf durch sie die zunächst dringende Aktion im Reich nicht aufgehoben oder beeinträchtigt werden. Hat das Reich einmal Grundlinien eines deutschen Vergesetzes festgesetzt, so bleibt für preussische Ausführarbeit auf dem Gebiete des Vergesetzes noch immer sehr viel zu tun übrig.

### Neue Verhandlungen.

Aus Essen wird telegraphiert: Die Siebenerkommission der Bergarbeiter ist auf Sonnabend vormittag 10 Uhr in das Oberbergamt zum Zweck der Prüfung des Beschwerdematerials geladen.

Der „Reichsanzeiger“ berichtet über diese neuen Verhandlungen: Nachdem die Vertretung der ausständigen Ruhrbergleute, die sogenannte Siebenerkommission, bei ihrer Vernehmung durch die Ministerialkommission am 17. und 19. d. M. zugehört hatte, die Unterlagen für ihre Beschwerden mit tüchtigster Beschleunigung zu beschaffen, wird die Ministerialkommission am nächsten Freitag, den 27. d. M., wiederum nach Dortmund reisen, um am folgenden Tage nach Anhörung der Siebenerkommission endgültig einen Plan für die Vornahme der Untersuchungen der Beschwerden aufzustellen. Die Untersuchungen sollen alldann Anfang nächster Woche beginnen.

### Der Streik steht!

Nach dem „Reichs-Anzeiger“ haben in den vom Ausstande betroffenen Zechen in der Morgenschicht am 24. d. M. insgesamt 49 484 Mann an, also 1340 mehr als in der Morgenschicht des vorhergegangenen Tages. Zur Mittagschicht kamen 207 Mann, mithin 11 Mann mehr als am Tage vorher.

Der Streik ist demnach unverändert.

### Eine offizielle Anerkennung der Ordnung.

Gegenüber der wilden Scharfmacherei der Zeichenpresse sieht sich sogar der „Reichs-Anzeiger“ zu folgender Anerkennung gezwungen:

„Größere Aufhebungen seitens der Streikenden kamen nicht vor, dagegen werden fortgesetzt Fälle von Belästigungen und Mißhandlungen einzelner Arbeitwilligen auf ihrem Wege zu und von der Grube gemeldet. Es scheint, daß die Streikleitung ernstlich darauf bedacht ist, Störungen der öffentlichen Ordnung zu vermeiden, wie aus einer Bekannmachung des Streikkomitees in Beck, Kreis Ahrweiler, hervorgeht, welche Teilnehmer an Anlässen mit Verlust der Unterstützung und der Organisationsrechte bedroht. Für die Lohnzahlung wurden alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Zeichenverwaltungen suchten meist durch Verletzung der Ein- und Ausfahrzeiten zu verhüten, daß die Arbeitwilligen mit den zum Lohnempfang kommenden Ausständigen zusammenstießen.“

Die Behörden könnten sich ein Verdienst erwerben, wenn sie alle „Vorsichtsmaßregeln“ vermeiden und die Aufrechterhaltung der Ordnung den Streikenden selbst überlassen. Es ist ganz offenbar, daß noch niemals im Ruhrrevier so wenig Ausschreitungen vorgekommen sind, wie gerade jetzt während des Streiks.

### Die Zursicht des Sieges.

Aus Köln wird telegraphiert: In einer stark besuchten Volksversammlung berichtete der Führer der christlichen Bergarbeiter, Efferts, aus Essen über den gegenwärtigen Stand des Bergarbeiterstreiks. Er sei auf einem toten Punkt angelangt, werde in dessen nicht beendet werden, bis die hauptsächlichsten Forderungen der Bergleute betwilligt seien, selbst wenn der Ausstand noch zwei bis drei Wochen andauere.

### Die Kohlenmonarchie.

Aus Essen wird dem „Tag“ telegraphiert: Das Syndikat plant die Verteilung eines Flugblattes zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im gesamten Reich. In welchem Sinne dies geschehen soll, läßt sich aus einer Unterhaltung erraten, welche der Korrespondent der „Chicago Daily News“ mit dem Vertreter des Syndikats Bergmeister Engel hatte, als dieser ihm die obige Mitteilung machte. Der Amerikaner gibt das Gespräch heute als Kabeldepeche an sein Blatt. Wir erwähnen daraus folgende Worte des Bergmeisters: „Wir kämpfen für Gesetz, Ordnung und die Sache der Monarchie gegen jene der Anarchie“, und ferner: „Wir werden durch den Streik Geld verlieren; das können wir verschmerzen und wieder einbringen. Aber eine Einbuße an Autorität, welche die Folge eines Eingehens auf die Forderungen der Arbeiter sein würde, können wir nie wieder einbringen, und darum werden wir nie nachgeben!“ Wenn das der Inhalt der „Aufklärung“ sein sollte, so würde es doch genügen, das Flugblatt bloß in einem einzigen Exemplar zu verbreiten; denn die Tiraden können doch nur auf eine Person berechnet sein, der man wahrhaft majestätsbeleidigende Vorstellungen unterfährt.

### Der Mitmenschen Stimmes

Schreibt uns abermals, „daß die Arbeiterkommission vom „Bruchstraße“ überhaupt keinen Brief von mir erhalten hat. Da meinerseits kein Brief geschrieben worden ist, ist Ihre Bemerkung, daß möglicherweise der Brief etwas anderes enthalten habe, unverständlich.“

Der Mitmenschen bittet uns, „den Mut zu haben“, unumwunden öffentlich zuzugeben, daß uns „etwas vorgemacht“ sei.

Wir sehen keinen Mut darin, die Wahrheit zu bekennen, wenn sie eine Wahrheit ist. Der edle Eifer des Mitmenschen aber rührt uns doch einigermaßen. Es will uns scheinen, als ob er den Brief wirklich nicht geschrieben hat und daß hier ein Mißverständnis vorliegt, das wir nicht aufzuklären vermögen!

### Solidaritäts-Kandgebungen.

Der Zentralverband der Maurer hat beschlossen, die Streikenden wöchentlich mit 20 000 M. zu unterstützen.

Eine Anzahl Zentrumsmitglieder und christlicher Arbeiterführer von Rheinland-Westfalen erlassen einen Aufruf zugunsten der Bergarbeiter.

Das Komitee der schottischen Bergleute wünscht in einem Telegramm den deutschen Bergleuten Erfolg und will, wie schon berichtet, die Geldunterstützung organisieren.

Dresden, 24. Januar. In acht überfüllten Volksversammlungen behandeln die Dresdener Arbeiter den streikenden Bergarbeitern im Ruhrrevier ihre Sympathie. Etwa 7000 Arbeiter hatten sich eingefunden. Eine Resolution, in der materielle Unterstützung zugesagt wurde, wurde angenommen.

### Zur Wirtschaftslage im niederrheinischen Industriegebiet.

Gezungen durch den Kohlenmangel haben im rheinischen Industriegebiet in den letzten beiden Tagen noch einige weitere Werke zu Betriebsbeschränkungen gezwungen. So wird aus Düsseldorf gemeldet, daß das Oberbiller Medialwerk sowie das Blechwalzwerk der Firma Capito u. Klein, die schon vor einigen Tagen die Arbeitszeit verkürzt hatten, nun den Betrieb ganz eingestellt haben. Ferner haben die Maschinenbauwerken Hartort in Duisburg und Hender in Venroth die Arbeitszeit eingeschränkt, während das Baroper Walzwerk und das Coesler Eisenwerk von Gabriel u. Bergenthal einen Teil ihrer Betriebe stillgelegt haben, in den anderen aber vorläufig noch weiter arbeiten lassen. Auch einige Maschinenfabriken, Spinnereien und Webereien im Gladbacher Bezirk sollen Arbeiter entlassen und entlassen haben. Dagegen wird die Meldung, daß die Müsburger Zementwerke ebenfalls ihren Betrieb eingestellt hätten, widerrufen. Wie der „Köln. Ztg.“ aus Hannover geschrieben wird, ist die Meldung in diesem Umfange nicht zutreffend, denn noch am 20. d. M. waren fast alle bedeutenden Müsburger Zementfabriken in vollem Betrieb. Daß bei längerer Dauer des Ausstandes im Ruhrgebiet nicht allein die Zementindustrie Westfalens, sondern auch die des benachbarten hannoverschen Bezirks in Mitleidenschaft gezogen werden dürfte, ist freilich mit Sicherheit zu erwarten. Vorläufig sind jedoch die meisten Fabriken noch mit Vorräten an Kohlen versorgt und soweit diese nicht ausreichen sollten, könnte die Wehrzahl der Fabriken ihren Bedarf durch englische Kohlen decken, die über Bremen und Hamburg in genügender Menge bezogen werden können.

Das Kohlen Syndikat hält mit seinen Vorräten möglichst zurück. Es weigert sich, wie der „Köln. Volksz.“ geschrieben wird, den Werken, die mit der Abnahme der von ihnen in Auftrag gegebenen Mengen zurückgeblieben sind, jetzt die rückständigen Posten nachzuliefern; höchstens läßt es sich zur Abgabe homöopathischer Dosen herbei, ein Beweis dafür, daß das Syndikat die von ihm in die Welt gesandte Mitteilung, daß die Bergarbeiter bald zum Wiederaufahren gezwungen sein würden, selbst nicht glaubt, denn wenn es auf einen so schnellen Sieg rechnete, hätte es keinen Zweck, mit den Vorräten nicht aufzuräumen.

Der Bergarbeiterstreik und die Werften. Der Streik im Ruhrrevier läßt, wie der „Köln. Volksz.“ mitgeteilt wird, bereits auf die Kieler Werften eine Wirkung aus. Die Kontrakte, welche die Werften mit dem Kohlen Syndikat über die Lieferung von Kohlen abgeschlossen haben, können nach einer Mitteilung des Syndikats an die Werften, darunter auch die Reichswerke, nicht imgegeben werden. Wenn es nicht gelingt, genügenden Ertrag in englischer Kohle zu beschaffen, so dürfte man bei längerer Dauer des Streiks nach Meinung der maßgebenden Personen mit einer teilweisen Einschränkung des Betriebes zu rechnen haben.

Aus London wird telegraphiert: Infolge des Ausstandes im Ruhrkohlenrevier haben die schottischen Bergwerksbesitzer große Aufträge für nach Deutschland bestimmte Kohlen erhalten. Die Exportpreise sind seit Beginn des Ausstandes um einen ganzen Schilling für die Tonne gestiegen.

E. Dortmund, 25. Januar. (Privat-Depeche des „Vortwärts“.) Die Zahl der Streikenden hat heute etwas nachgelassen.

Der Siebener-Ausschuß hat einen Rechtsanwalt beauftragt, gegen alle Forderungen, welche Abzüge machten, wegen Kontraktbruchs Klage anzustrengen, weil ungesetzlich.

Heute abend fanden in Dortmund zwei großartig verlaufene Volksversammlungen statt, in denen Sache und Wömelburg sprachen. Das Lokal war bereits um 7 Uhr wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen.

Es wurden Resolutionen angenommen, in denen gefordert wird, daß die Regierung in einer Vorlage gesetzgeberisch die Forderungen der Bergleute festlegt.

Ferner wurde Oberbürgermeister Schmieding aufgefordert, im Interesse der Bürgerschaft auf seinen Posten als Oberbürgermeister zu verzichten.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet heute wieder von Streiklegessen. In Oberhausen soll ein Streikbrecher erschossen worden sein. Der Erschossene ist kein Streiker, auch kein Streikbrecher, sondern ein Italiener, der seit einigen Tagen erst in Oberhausen wohnt.

Der Italiener hat mit den streikenden Bergarbeitern nichts zu tun. Die Polizei konstatiert vielmehr, daß Ausschreitungen während des Streiks abgenommen haben.

Die Schachmaderpresse signalisiert jetzt jede Ausschreitung als Streikvergehen.

### Bergarbeiterstreik in Belgien.

Im Borinage ist der Streik ausgebrochen, der sich auszuweiten scheint.

Sowohl in Wasmes als in Flému Product haben die Kohlenarbeiter den Ausstand erklärt. Die Zahl der Feiernden beträgt jetzt etwa 2000, für heute wird der Ausstand in Anaregnon erwartet, wodurch sich die Zahl auf etwa 6000 heben wird. Ueberall herrscht größte Ruhe.

Charleroi, 25. Januar. Die Direktion einer Kohlengrube in Gosselies hatte die Verkürzung der Löhne angekündigt; daraufhin weigerten sich die Arbeiter, die Arbeit fortzusetzen. Bisher ist die Ruhe nicht gestört worden. Doch befürchtet man eine Ausdehnung des Ausstandes.

### Die Revolution in Rußland.

#### Saratoff, Reval und Riga im Ausstand.

Saratoff, 25. Januar. (B. Z. V.) Der Gouverneur hat jede Ansammlung in den Straßen verboten und gegebenenfalls das Eingreifen der bewaffneten Macht angekündigt.

Reval, 25. Januar. (B. Z. V.) Hier herrscht allgemeiner Ausstand.

Riga, 25. Januar. (B. Z. V.) Der allgemeine Ausstand ist hier proklamiert worden. Alle Arbeiter haben sich mit denen in Petersburg solidarisch erklärt. Die zu den Fahnen einberufenen Soldaten zertrümmerten Scheiben und Laternen, die Polizei machte von der Waffe Gebrauch und zerstreute die Aufreuer. Nach allen Richtungen sind Patrouillen entsandt.

#### Das Polytechnikum ehrt die Märtyrer der Revolution.

Petersburg, 25. Januar. (B. Z. V.) Der Rat des polytechnischen Instituts hat folgenden Beschluß gefaßt:

Ein Angehöriger der Gemeinschaft des Petersburger polytechnischen Instituts, der Studierende Sawinik, ist eines gewaltsamen Todes gestorben; er ist am 22. Januar im Alexandergarten erschossen worden. Sawinik ist eines der Opfer der gegen eine unbewaffnete friedliche Menge begangenen Schänderei. Der Rat des Instituts ist entrüstet und niedergedrückt ob der Ereignisse vom 22. Januar, die beweisen haben, daß in Rußland das Leben selbst friedlicher Bürger nicht sicher ist, und spricht seine tiefe Entrüstung über die Massenerschießung aus, von deren Opfern der Student Sawinik einer ist. Der Rat ist der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Fortführung des Unterrichtes durchaus unmöglich ist und beschließt, den Finanzminister von seiner Aufsicht zu unterrichten. Die Verteidigung Sawiniks soll auf Kosten des Instituts erfolgen. Die Professoren und Studenten des polytechnischen Instituts sind bis zum September beurlaubt, da die Vorlesungen eingestellt sind. Die Professoren und Studenten des polytechnischen Instituts haben dem Direktor Vertreter gesandt und ihre Solidarität mit dem von dem Rat gefaßten Beschluß erklärt.

Der Rat des Ingenieur- und Mineninstituts hat an der Bahre zweier Studierender dieses Instituts, die ebenfalls am 22. Januar getötet wurden, Kränze niedergelegt.

Petersburg, 25. Januar. (B. Z. V.) Der heutigen Veranstaltung des am Sonntag am Kaiser Alexandergarten durch fünf Angeler getöteten Studenten des polytechnischen Instituts Sawinik wohnten der Direktor des Instituts, Fürst Gagarin, alle Professoren und Studenten und eine etwa 2000 Personen starke Menschenmenge bei. Der Sarg wurde von Studenten getragen. Ein Student der Universität sprach am Grabe. Er sagte: „Wir begraben unseren Kommilitonen, dessen unschuldiges Blut durch einen Gewaltakt der autokratischen Regierung vergossen wurde. Er ist tot, aber sein Geist lebt unter uns und fordert uns auf, unansöhnlich zu kämpfen für das Recht, frei zu leben und zu denken.“ Viele Kränze wurden auf dem Grabe niedergelegt.

#### Ausdehnung des Ausstandes.

Moskau, 25. Januar. (B. Z. V.) Die Gesellen kleiner Werkstätten im hiesigen Bezirk, welche gestern schriftlich versprochen hatten, weiterzuarbeiten, sind wieder in den Ausstand getreten. Ruhestörer Arbeiterhaufen wurden mit blanker Waffe auseinandergetrieben.

Moskau, 25. Januar. (B. Z. V.) Eine Versammlung hiesiger Fabrikanten beschloß, an die Regierung ein Telegramm zu senden, in welchem es heißt, die zur Beratung der gegenwärtigen Lage versammelten Vertreter der Moskauer Industrie bitten, daß die Truppen nicht die Waffen gegen die Arbeiter anwenden, so lange letztere nicht Gewalttätigkeiten verüben, oder plündern.

#### Die Arbeitsruhe in Moskau.

Moskau, 25. Januar. (B. Z. V.) Die Arbeit ruhte hier heute in 50 Fabriken es eigentlichen Fabriken-Stadtteils mit im ganzen 30 000 Arbeitern, in den übrigen Fabriken wurde weiter gearbeitet; das wurde dadurch erreicht, daß die Ausschüßigen verhindert wurden, sich nach diesen Fabriken zu begeben und dort einen Druck auszuüben. Von größeren Fabriken ist die Metallfabrik Hübner heute vom Streik betroffen worden; in den Druckereien herrscht Unruhe, in einigen derselben wurde die Arbeit niedergelegt. Die Ausschüßigen Arbeiter gingen heute truppweise durch die Straßen, doch kam es außer in der Pjatnizkojstraße, wo hundert Mann Militär die Arbeiter auseinandertrieben, nicht zu Zusammenstößen mit den Truppen.

#### Die Rechtsanwältin fordern Aussetzung der Gerichtsverhandlung.

Moskau, 25. Januar. (B. Z. V.) Eine Gruppe hiesiger Rechtsanwältin stellte heute bei Gericht den Antrag, die Sitzung wegen nicht genügender Ruhe abzubrechen. Der Antrag wurde abgelehnt.

### Verfammlungen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 22. Januar, in den Industriezäunen, Deutschstr. 20, seine Generalversammlung ab. Vorecht sprachen die Anwesenden den verstorbenen Kameraden Gustav Ohnesorge in der üblichen Weise. Hierzu gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Einer Einnahme von 722,03 M. stand eine Ausgabe von 10 622,57 M. entgegen. Der Vermögenbestand zum ersten Quartal 1905 ist 41 284,60 M. Den Bericht des Vorstandes gab Juppelich. Die Gewerbedeputierten kurz fassend, schilderte er die Situation des Jahres 1904. Trotz des Friedens sei das Vereinsleben ein reges gewesen. Es haben 31 Vorstandssitzungen stattgefunden und vier Sitzungen mit auf den Arbeitsstellen gewählten Delegierten. Ver-

sammlungen tagten: 4 General-, 4 außerordentliche, 1 öffentliche, 7 Monatsversammlungen und eine am 1. Mai; außerdem 3 Versammlungen in Lichterfelde und 2 in Badmannslust. Ferner fanden 3 Bezirksversammlungen mit Frauen statt. Die Zahlstelle Teltow ist seit dem 1. Juli aus dem Verein ausgeschlossen und bildet eine selbständige Organisation; ebenso haben die Kameraden von Hermsdorf am 1. Januar 1905 eine eigene Organisation begründet. Der Arbeitsnachweis ist in 1904 von den Unternehmern mehr in Anspruch genommen worden, wie in allen anderen Jahren vorher. Es wurden verlangt 938 Personen. Davon in den Monaten Juli, August und September 480. In Arbeit gebracht sind von 522 eingeschriebenen 379 Kameraden. Arbeitslose Wochen wurden gezählt 1941, im Jahre vorher 3242; durch Krankheit verloren wurden 1446 Wochen. Für den Streik im eigenen Beruf wurden ausgegeben 1880,84 M., für andere Zwecke 10 429,80 M.; zusammen 12 310,64 M. Auf jedes Mitglied kommt die Summe von 7,30 M. Die Gesamteinnahme betrug 33 423,88 M. Dazu der Bestand von 1903 mit 35 000,74 M., macht die Summe von 68 424,62 M. Die Ausgabe betrug 27 139,98 M. Es bleibt mithin ein Bestand für 1905 von 41 284,60 M. Am Schlusse des Jahres zählte der Verein 1723 Mitglieder. Den Bericht der Rechtschutzkommission gab Th. Fischer. Er wies darauf hin, daß derselben 70 Sachen vorgelegt haben, und in Zukunft alle diesbezüglichen Angelegenheiten nur noch im Bureau geregelt werden. Ringer gab den Bericht der Bibliothekare und bemerkte, daß, nachdem die Bibliothek nach dem Bureau überführt worden sei, die Frequenz eine bessere ist. Den Bericht der Schlichterkommission erstattete Fischer. Es sei heute nicht angebracht, näher auf die Verhandlungen einzugehen. In kürzester Zeit müsse eine Versammlung einberufen werden, die sich nur mit diesem Thema zu beschäftigen habe. Die nun folgende Wahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes: 1. Vorsitzender Albert Juppelich, 2. Vorsitzender Wilhelm Schmidt, 1. Kassierer Gottlieb Wegner, 2. Kassierer Franz Schimmelpfennig, 1. Schriftführer Ferdinand Labiße, 2. Schriftführer Paul Kerber, Revisor Wilhelm Martens, Kontrollreue Rudolf Wislawski und August Plantikow, Kartelldelegierte Th. Fischer und Wilhelm Schmidt, Rechtschutzkommission Juppelich, Fischer und Franz Gzeminell, Bibliothekare Juppelich und Ernst Gutz, Agitationskommission Juppelich, Schmidt, Labiße. In den Ausschüß wurde Wilhelm Dahms gewählt. Ein Antrag Schäffer, die Agitation betreffend, wurde dem Vorstande überwiesen. Nach einigen anfechtenden Worten des Vorsitzenden schloß derselbe die gutbesuchte Versammlung.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Österreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 25. Januar. (B. Z. V.) Das Abgeordnetenhaus lehnte die Dringlichkeit des hiesig-radikalen Antrages betreffend die Verrückung eines Patagraphen des Verfassungsgesetzes ab und sodann die Dringlichkeit eines zweiten hiesig-radikalen Antrages betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts. Als der Präsident um 6 1/2 Uhr zum Abbruch der Verhandlungen schreiben will, werden lebhafteste Proteste seitens der Deutschen laut: Nicht abbrechen! Fortarbeiten! Der Präsident ersucht, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Vom Abg. Glöckner wird darauf ein Antrag auf Weiterberatung gestellt, der mit überwiegender Mehrheit angenommen wird. Das Haus schreitet nunmehr zur Verhandlung des dritten hiesig-radikalen Dringlichkeitsantrages betreffend die Gewalttaten gegenüber den böhmischen Minderheiten in Böhmen. Dr. Paga begründet eingehend den Antrag.

#### Ans der Gull-Kommission.

Paris, 25. Januar. (B. Z. V.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Vertreter einer Duller Fischereifirma, Heers, vernommen. Derselbe sagte aus, daß die Boote seines Hauses vorn ein deutliches Hitzengleichen tragen und die vorgeschriebenen Lichter hätten. Er habe die Besatzung der Boote mit Vorräten überwacht, es seien weder Kriegswerkzeuge noch Kriegsmaterial an Bord gelangt; ebensowenig habe sich irgend ein Japaneer dort befunden.

Hierauf wurde der zweite Führer der Fischerflotte vernommen. Er erklärte, daß er gerade den Booten das Signal gegeben habe, die Reihe anzuwerfen, als er in nördlicher Richtung grünes Licht bemerkt habe. Bald darauf habe er Scheinwerfer und Signale wahrgenommen, die von Kriegsschiffen kamen, welche, 4 bis 6 an der Zahl, auf die Flotte los fuhrten und den Kurs nach Südwesten hatten. Die Schiffe hätten Fahrt gemacht, ihre Scheinwerfer aber weiter spielen lassen. Plötzlich hätten sie gefeuert. Er habe hierauf eine grüne Rakete steigen lassen, um anzuzeigen, daß die Fischerboote ihre Fahrt nach Osten fortsetzten. Granaten und Kugeln schlugen rings um das Boot ein, auf welchem er sich befand, das Deck wurde durchlöchert. Die Fischer flüchteten erschreckt in die Kabinen. Jege fuhr damit fort, grüne Raketen steigen zu lassen, um zu zeigen, daß die Schiffe Fischerboote waren.

In der Radmittagsitzung sagte der Zeuge Beeching, Vertreter der Fischerflotte, aus, daß während der Nacht der Fischerboote die Signale durch rote oder grüne Raketen gegeben worden seien; er setzte auch die Bauart der Boote auseinander. Auf die Frage nach der Zahl der in der Nacht zum 21. Oktober an der Doggerbank anwesenden Fischerboote erwiderte der Zeuge: 46. Auf eine andere Frage sagte er, daß man an Bord weder Torpedos, noch sonstiges Kriegsmaterial hatte. Auch habe er niemals davon gehört, daß Japaneer sich auf den Booten befänden, und noch viel weniger, daß in den dortigen Gewässern Kriegsschiffe seien. Der russische Vertreter Wandelstein fragte hierauf, ob es möglich sei, Torpedoboote mit Fischerbooten, die keine Segel hätten, zu verwechseln. Der Zeuge erwiderte: nein, das sei unmöglich. Baron Taube fragte sodann, ob nicht irgend ein anderes Schiff zu der Fischerflotte geflohen sei. Der Zeuge antwortete, nicht ein einziges. Hierauf fand eine Pause statt.

Der zweite Führer der Fischerflotte erklärte weiter, es hätte Nebel geherrscht. Das Meer sei stark bewegt gewesen. Alle Lichter waren angezündet. Die Laternen brannten. Alle Fischer arbeiteten auf Deck, die Segel waren beigelegt. Nachdem das Feuer fünf Minuten gedauert, änderten die Fischerboote ihren Kurs und entfernnten sich in nordöstlicher Richtung. Von den Kriegsschiffen wurde mit Gewehren und Kanonen geschossen, die Beschießung dauerte etwa zwanzig Minuten. Auf die Vermutung eines russischen Vertreters, daß zu Beginn des Schießens kein Schreien der Fischer bemerkt worden sei, erwiderte der Zeuge, man habe zuerst geglaubt, daß von den Kriegsschiffen blind geschossen werde. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

#### Kohlenarbeiter-Ausstand in Belgien.

Charleroi, 25. Januar. (B. Z. V.) Auf Jede „Grand Chonth“ in Gosselies sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Es waren mit den Arbeitern Verhandlungen geführt worden, die zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt worden waren, trotzdem ist ein großer Teil wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten und weil die Direktoren große Mengen von Kohlen, die für die Arbeiter bestimmt waren, nach Deutschland gesandt haben.

Charleroi, 25. Januar. (B. Z. V.) In verschiedenen Gruben sind die Arbeiter zu einem Ausstand geneigt. Man befürchtet, daß derselbe große Ausdehnung annehmen werde.

#### Schneestürme in Amerika.

New York, 25. Januar. (B. Z. V.) In den östlichen Staaten herrscht kaltes Wetter mit blizzardartigen Schneestürmen, die den Verkehr hindern. An der atlantischen Küste von Jacksonville bis Eastport, ferner in New Orleans und Galveston sind Sturmzeichen aufgeflusst worden. Mehrere Dampfer von Europa sind hier überfällig; man nimmt an, daß sie bei Sandy Hook warten, bis der die Einfahrt erschwermende Schneesturm vorüber ist.

Reichstag.

127. Sitzung vom Mittwoch, den 25. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kräfte.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Postetats. Hierzu liegen vor:

1. Resolution Heye-Herold (B.) auf Gewährung einer Ermäßigung der Fernsprech-Gebühren für gemeinnützige Arbeitsnachweise.

2. Resolution Gröber-Heye (B.) auf Vermehrung der Sonntagsruhe, weitere Beschränkung der wöchentlichen Maximalarbeitszeit für Postbeamte und auf statistische Aufnahme über die Lage der Postbeamten in den Kolonien.

3. Resolution Eichhoff-Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), die verlangt, daß in der zweiten Resolution statt „Kolonien“ gesagt wird: in den „deutschen Schutzgebieten und im Ausland“.

Abg. v. Chlapowski (Pol.): Die Post ist ein wirtschaftliches Institut und darf nicht politischen Zwecken dienen. Politische Zwecke aber liegen vor, wenn Briefe mit politischen Adressen nicht befördert werden. Auch diejenigen Beamten, welche etwas Politisches verüben, werden maßlos gezwungen, wider besseres Wissen und Gewissen Briefe zurückzusenden. Ein Verwalter einer Post-Agentur, der Druckschreiber war, mußte die Briefe, die für einen nur zwei Stunden entfernten Ort bestimmt waren, zurücksenden, so daß sie von der Oberpostdirektion geöffnet wurden, also daß in der Verfassung garantierte Briefgeheimnis direkt verletzt wurde. — Die Umfassung der Rahmen führt zu Unzulänglichkeiten. Sollen denn die Polen die ganze preussische Anabaptisten-Politik mitmachen? Ein mit „Nowrazlaw“ adressierter Brief kam in dieser Stadt wirklich an, ging aber als unbeschriftet zurück mit dem Vermerk, daß eine Stadt dieses Namens in dieser Provinz nicht existiert! Der Poststempel des Briefes trug aber noch den Namen: Nowrazlaw. (Weiterleit.) Jemand schrieb an den Organisten Genler, schrieb aber aus Versehen Genler; der Brief kam zurück. Nun schrieb er zum zweitenmal, im Uebereifer aber diesmal: Jünler; der Brief kam wieder zurück. Jetzt schrieb der verzweifelte Mann: „An Herrn Organist Genler oder Jünler oder Zinke, ganz nach Wahl der Recherchen der Post.“ Jetzt war die Post befriedigt und beförderte den Brief. (Weiterleit.) Alle diese Verhältnisse sollten ihren Schriftsteller finden, einmal einen Stettener, der darüber plaudert, und dann einen Gorki, der eine Anklage-schrift daraus macht.

Zum Schluß des Kapitels Postschliffe eine Anfrage an den Staatssekretär: Durchaus vorschlagsmäßige Postkarten sind in der Provinz Posen mit Strafporto belegt worden. Etwa deshalb, weil sie auf der Rückseite Bilder aus der polnischen Geschichte und Literatur trugen? Ich möchte den beleidigenden Veracht einer derartigen an orientalische Zustände erinnernden Willkür gegen die Postbehörde nicht aufkommen lassen.

Der Redner erhebt dann noch namens seiner Fraktion Protest gegen die schon im vorigen Jahre abgelehnte Ostmarken-Zulage, die jetzt in der leicht veränderten Form „einmaliger Unterhaltungen“ im Betrage von 120 000 Mark verlangt würden. (Weisfall bei den Polen.)

Staatssekretär Kräfte: Wenn man's so hört, könnt's lieblich scheinen — möchte ich dem Herrn Vorredner erwidern. Ich möchte ihm doch raten, alle solche Sachen, die sich hier etwas humoristisch ausnehmen, den zuständigen Behörden zur Kenntnis zu bringen, damit sie beurteilen, was dahinter ist. (Lachen bei den Polen.) So ganz wörtlich möchte ich die Ausführungen nicht nehmen. Er sagte, Tausende von Briefen seien in den letzten Tagen an die Uebersetzungsstelle gegangen. Nun, in der Tat gehen in Posen von ungefähr 250 000 täglich eingehenden Briefen noch nicht 200, in Bromberg von 220 000 noch nicht 20 an die Uebersetzungsstelle. (Hört! hört! rechts.) Die Phantasie des Herrn Vorredners muß also recht lebhaft sein. (Lachen bei den Polen.)

Wenn der Herr Vorredner hier in humoristischer Weise von Nowrazlaw gesprochen hat, so ist der Fall so überaus lächerlich, daß er unmöglich so vorgekommen sein kann. Ueber den Fall war auch in der „Germania“ berichtet, wir haben uns erkundigt und es hat sich herausgestellt, daß in der Tat täglich Tausende von Sendungen mit der Adresse Nowrazlaw befördert werden. Es handelt sich also wohl um eines der beliebtesten Sensationsstücken der polnischen Propaganda. Wahrscheinlich hat aus dem Umschlag nicht gefanden „Nowrazlaw in Posen unbekannt“, sondern „In Nowrazlaw in Posen unbekannt“. Der betreffende polnische Redakteur hat erklärt, das Kubert nicht mehr auffinden zu können, es ist also keine Aufklärung des Falles möglich und mit der Behauptung von der Verletzung des Briefgeheimnisses werden Sie keinen Eindruck machen. (Lachen bei den Polen.)

Abg. v. Kardorff: Ruhe! Still! Die Beamten sind auf das Briefgeheimnis vereidigt; nur sind sie verpflichtet, sie auch an den Adressaten zu befördern. Darum müssen sie unter allen Umständen den Sinn der Adresse ermitteln.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Dr. Fischer (B.) Titel I des Post-Etats, Einnahmen aus Porto- und Telegraphengebühren, der Budgetkommission sofort zu überweisen, da der Post-Etat morgen in ihr zur Verhandlung kommen und dieser Titel bei der Wenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der postalischen Einnahmen einer Revision bedürfe.

Das Haus beschließt debattelos nach dem Antrage.

Abg. Noeren (B.): Wenn von der Oberpostdirektion Posen so verfahren worden, wie es hier durch den Abg. Chlapowski behauptet und durch Vorlegen von Karten bewiesen ist, so ist es höchste Zeit, daß die Postverwaltung mit dieser Art von Germanisierungsbestrebungen ein Ende macht. (Hört! hört! bei den Polen.) Als ich vor drei Jahren auf einer Informationsreise durch die Provinz Posen meinen Bekannten, den Reichshof v. Stabrowski, auf seinem Landsitze zu Kröten, einem Orte von etwa 1000 Einwohnern, besuchte, fragte ich ihn u. a. auch über die postalischen Verhältnisse. Da wies er auf seinen Papierkorb, und ich fand in diesem nicht weniger als 15 Briefschiffe, die erst an die Uebersetzungsbehörde gegangen waren aus dem einzigen Grunde, weil auf ihnen das Wort für „Reichshof“ polnisch gegeben war; im übrigen lautete die Adresse: „Dr. v. Stabrowski in Kröten!“ (Hört! hört! im Zentrum und bei den Polen.) Und sonst kam die Post doch so findig sein! Ich kenne Fälle, wo Briefe angekommen sind, die überhaupt keine Adresse trugen, sondern nur die Beschreibung der körperlichen Eigentümlichkeit des Adressaten. (Weiterleit.) Tatsächlich weiß ich von einem Fall, daß ein Brief mit völlig hebräischer Adresse angekommen ist; dieser Brief war vorher polnisch geschrieben gewesen und war in dieser Sprache nicht angekommen. (Große Weiterleit.) Der jetzige Staatssekretär würde ja das Uebersetzungssystem auch wohl nicht eingeführt haben, aber da er jetzt gehört hat, wozu es führt, möchte er es abschaffen. (Sehr richtig! bei den Polen und im Zentrum.)

Die Ostmarken-Zulage für die Postbeamten werden meine politischen Freunde auch in diesem Jahre ablehnen und zwar aus denselben Gründen, wie im Vorjahre. — Nun will ich noch einiges über unsere Resolutionen sprechen. Die Arbeitsverhältnisse der Postbeamten und Postunterbeamten sind im allgemeinen wirklich besser geworden, trotzdem der Abg. Singer meinte, der Kollege Trimborn habe sie zu rosig dargestellt. Der Herr Staatssekretär hat verschiedene Bedenken gegen unsere Resolution geäußert. Ich hoffe, er geht bei näherer Prüfung unserer Forderung zurück. Ich hoffe, er geben. 75 Proz. der Geldsendungen an Sonntagen gehen an Firmen, die ihr Geschäft geschlossen haben (Hört! hört! im Zentrum) Sonntagsbeförderung von Geldsendungen würde durch das Verbot der Paketbeförderung der Post am Sonntagvormittagen nicht eintreten. — Die ärgernisbringend. (Sehr richtig! im Zentrum.) Leicht verderbliche

Sendungen müssen so früh befördert werden, daß sie noch am Sonnabendabend eintreffen. Ganz notwendige Sendungen müßten als Eilsendungen deklarieren werden, für welche das Sonntagsverbot nicht gelten soll.

Koch ein Wort zu den gehobenen Stellen.

Leute, die da denselben Dienst tun, bekommen verschiedene Besoldung. Ganz unzweifelhaft ist die Beförderung in gehobene Stellen von dem Wohlwollen des zuständigen Amtsvorstehers abhängig. — Das richtige ist, daß die Unterbeamten in einem bestimmten Dienstalter in „gehobene Stellen“ ausnahmslos einrücken. — Für die Verteilung der Alterszulagen soll das „dienstliche und auferdienstliche Verhalten“ maßgebend sein. — Das ist wirklich ein zu beherrschender Begriff; außerdem aber haben disziplinarische Strafen unter diesen Umständen eine dauernde Benachteiligung zur Folge. (Weisfall im Zentrum.)

Staatssekretär Kräfte: Ich bin selbst kein Freund der Bestellungen zur Kürzezeit und werde für die Einschränkung des Bestelldienstes tun, was irgend möglich. Eine Einschränkung aber, wie sie die Herren Antragsteller wünschen, scheint mir doch etwas zu weit zu gehen. Das Austragen der gewöhnlichen Briefe wird sich kaum je entbehren lassen, und wenn der Briefträger hierbei zugleich die Drucksachen bestellen kann, so bedeutet das einerseits schon eine Erleichterung und verhindert auf der anderen Seite eine zu starke Belastung des Montags. — Aufrechterhalten muß ich meine Behauptung, daß die Paketfrist 24 Stunden am Sonntag gerade im Interesse des „Meinen Mannes“ aufrechtzuerhalten sind: Jeden Sonntag können Sie Dienstmänner und Dienstmädchen an den Schaltern sehen. — Daß die Beförderung in gehobene Stellen von dem Wohlwollen des Amtsvorstehers abhängt, kann nicht gelagt werden, da der Postdirektor doch durch ständige Organe eine fortwährende Kontrolle übt. Und wenn gelagt wird, daß jetzt eine Zahl von Unterbeamten das Gefühl der Zurücksetzung haben müßte, so gilt daselbe auch für die vielen Beamten, denn alle können doch nicht abanzieren!

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Auf die Frage der polnischen Briefe will ich nicht näher eingehen. Ich kann dem Abg. Noeren nur zustimmen. — Ich will nur die Stellung meiner politischen Freunde zum eigentlichen Postetat bezeichnen. Die Postverwaltung verspricht für das kommende Jahr einen Ueberschuß von 60 Millionen Mark (wohlgemerkt nach Abzug der einmaligen Ausgaben). Das ist ein Ueberschuß, wie er noch nie gewesen ist. Das ist ja aber auch kein Wunder, da das wirtschaftliche Leben immer schneller pulsiert. Hierin also kann ich den Worten des Kollegen Pappig vom vorigen Sonnabend zustimmen, nicht aber dem, daß er es beklagt hat, daß die Postverwaltung zur Kostgängerin der Reichsschuldverwaltung geworden ist. Es handelt sich bei den fünf Millionen doch um produktive Anlagen, zumal der Staatssekretär uns sagen konnte, daß auch das Fernsprechwesen jetzt anfängt, Ueberschüsse abzuwerfen. Auch ist zu bedenken, daß die Postverwaltung 15—16 Millionen Ueberschüsse infolge der Postfreiheit für den amtlichen Verkehr hat und 5—6 Millionen sozialpolitischer Belastung. So sieht die Postverwaltung nach außen hin im günstigsten Lichte da. Aber wie sieht es mit der inneren Verwaltung? Wird der Staatssekretär seinen am 18. Februar 1904 gemachten Versprechen, jeder Verschlechterung in der Stellung der Beamten vorzubeugen, immer nachkommen können? Neue Stellen sind in diesem Jahre geschaffen worden, aber werden sie sich auch in den folgenden Jahren neu schaffen lassen? Ich glaube, mit der Stellenvermehrung allein wird man nicht dauernde Abhilfe schaffen können. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Aus der Profiküre des Oberpostdirektors Hildebrand würde der Staatssekretär manchen guten Rat entnehmen können. Es fehlt an gleichmäßigen Grundlügen über die Besoldungsverhältnisse. Wir werden der Resolution Trimborn zustimmen, die eine Statistik über die Verhältnisse der Postbeamten in den Kolonien verlangt und bitten auch unser Amendement anzunehmen, das diese Statistik auf die Postbeamten im ganzen Auslande ausdehnen will. Redner wünscht des weiteren, daß geprägte Sekretäre zu Vorstellern von Postämtern dritter Klasse ernannt würden. Die Stellenzulagen müssen an besten überhaupt befestigt, jedenfalls müssen sie gleichmäßiger verteilt werden. Besonders die Postassistenten kommen bei diesen Stellenzulagen sehr schlecht weg. (Sehr richtig! links.) Das ist auch im neuesten Etat nicht anders geworden. (Sehr richtig! links.)

Wir sind der Meinung, daß sobald die Finanzlage es irgend gestattet, zunächst die Gehälter der Unterbeamten aufgebessert werden müssen. Wir wollen es nicht anfangen wie der Landtag, der zunächst die Dienstgehälter erhöht hat. Die Landbriefträger müßten den Stadtbriefträgern gleichgestellt werden und man sollte dazu übergehen, einen Teil Telegraphenarbeiter zu Beamten zu machen. Was die Ostmarkenzulage anlangt, so bin ich weit davon entfernt, mir die Ausführungen des Abg. Singer zu eigen zu machen, in der Sache selbst stehen wir auf demselben Standpunkt wie im Vorjahre. Die Erklärung des preussischen Finanzministers über die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten haben wir mit Freuden begrüßt, meinen allerdings, daß auch große Schichten der mittleren Beamten einer Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses bedürfen. (Sehr richtig! links.) Auch die Sonntagsruhe wollen wir den Beamten im weitesten Umfange sichern. Aber unsere Will steht einmal im Zeichen des Verkehrs und er kann auch am Sonntag nicht ruhen. Weite Kreise von Handel und Industrie würden durch das völlige Stillliegen des Verkehrs am Sonntag schweren Schaden leiden. Die Handelskreise wünschen auch eine bessere direkte Briefbeförderung nach den in Hamburg, Bremen usw. liegenden Schiffen. In Hamburg ist für diesen Zweck schon eine Postkassette zur Verfügung gestellt worden. Die Handelskreise wünschen ferner eine Verneuerung der Wertzeichen-Automaten und fragen sodann den Herrn Staatssekretär, ob er nicht eine elektrische Kohrpost mit den Vororten einrichten will. Er möge sodann erklären, wie er zu der Anregung steht, den Briefverkehr durch Postauftrag zu erleichtern. Der Staatssekretär Nieberding hat erklärt, es sei bereits mit der Reichsbank und mit Herrn Kräfte darüber gesprochen. Vor allem aber möchte ich die deutschen Postoffiziere fürs Ausland hier einmal besprechen. Die Normalsätze im Weltpostverein für Briefe, Postkarten und Drucksachen betragen 25, 10 und 5 Centimes, das sind also im deutschen Währung 20,25, 8,10 und 4,05 Pfennig. Eine augenscheinlich sehr sachkundige Feder in der „Frankfurter Zeitung“ hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Abrechnung für die übrigen Weltpostsätze ungerecht sind. 3,10 Pf. müßte doch auf 8 und 4,05 auf 4 Pf. abgerundet werden. (Sehr richtig! bei den Reichstägigen.) Es mag ja für die Schalterbeamten ganz bequemer sein, aber diese müssen ja auch jetzt schon sehr viel Kupfer heransuchen. Geben Sie uns auch die Herabsetzung des Weltpostports für Postkarten, Drucksachen und Warenproben. Dadurch würden auch die sehr wünschenswerten Post-Unionen erleichtert werden. Die Parole für die deutsche Post muß bleiben: „Alzeit voran!“ (Lebhafter Weisfall bei den Reichstägigen.)

Abg. Böcker (Antik.) schließt sich im wesentlichen den Zentrumrednern an. — Die relativ ungünstige Gesundheitsziffer für die Postbeamten läßt die Vermutung nahe liegen, daß die Diensträume einen Teil der Schuld tragen. Eine der wichtigsten Fragen ist die Wohnungsfrage. Daß diese in den Kolonien sehr schlecht sind, hat ja der Herr Staatssekretär selbst zugegeben, aber wozu in die Ferne ja der Herr Staatssekretär liegt bei uns sehr nah. Der Bau von Beamtenwohnungen ist kein genügendes Hilfsmittel. So manche Beamte haben auch eine große Antipathie gegen solche Maß-saßnahmen. Die Hauptsache ist, daß der Wohnungsgeldzuschuß erhöht wird. Ebenso ist dringend notwendig, daß die Gehälter der Unterbeamten erhöht werden. — Der Staatssekretär sollte persönlich kontrollieren. Schon der Gedanke, der Staatssekretär geht um (Weiterleit.) würde viel helfen. — In Betreff der Agentenbriefe hat das Reichsgericht

eine prinzipielle Entscheidung vermieden. Wenn die Briefe alle zum Familien an die Firma geschickt werden, kann doch von Porto-Unterziehung gar keine Rede sein. Für die mittleren Beamten ist viel gefahren, weniger für die Unterbeamten. Vor allem aber sollten weniger nicht-etatmäßige Angestellte bei der Post sein. Da sollte einmal ein großer Schuß vorgenommen werden. (Weiterleit bei den Antikemiten.) Sodann sollte das Höchstgehalt früher erreicht werden, früher, ehe die volle Lebenskraft des Betroffenen verbraucht ist. Eine Aufbesserung der Postbeamten von unten herauf, würde das ganze deutsche Verkehrsweisen fördern. (Weisfall bei den Antikemiten.)

Staatssekretär Kräfte: Was der Herr Vorredner gegen die weiblichen Postbeamten gesagt hat, kann ich nicht zugeben. Wirkliche Beamte weiblichen Geschlechts sind überhaupt nur im Fernsprechwesen. Hier haben sie sich aber besser bewährt als die männlichen. Sie werden weniger leicht nervös, weniger leicht groß (Große Weiterleit), höchstens, daß sie leicht „schuppig“ werden. (Weiterleit.) — Für die Landbriefträger ist im Interesse ihrer Gesundheit der Drillschlagung nicht zu empfehlen. Mit der Verfüzung der Dienstzeit wird vorgegriffen werden. Eine Minimalziffer von 8 Stunden, wie sie der Herr Vorredner wünschte, ist nicht durchführbar, weil die Verhältnisse ja nach der Größe der Postämter sehr verschieden sind. Der Forderung eines Einheitspostos für Pakete bis 10 Kilogramm stehen wir nach wie vor ablehnend gegenüber. So lange wir im Inlande keinen Einheitspost haben, können wir ihn auch dem Auslande nicht gewähren.

Abg. Erzberger (B.): Ich habe meinen Antrag zu begründen, der den Reichskanzler ersucht, den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in bestimmten (Morgen-) Stunden die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen gegen ermäßigte Vergütung zu ermöglichen.

In den frühesten Morgenstunden, die hier hauptsächlich in Betracht kommen, ist das Telefon von der Geschäftswelt nicht so in Anspruch genommen. In Württemberg hat diese Einrichtung sich sehr gut bewährt, ebenso in Baden. Hier sind Summen für diesen Zweck in den Etat eingestellt. Das Reich sollte dahin wirken, daß dies auch in den anderen Bundesstaaten geschieht. Industrie wie Landwirtschaft könnten davon nur Vorteile haben. — Sehr erwünscht wäre eine Ermäßigung der Telefongebühren auf dem Lande sowie eine Herabsetzung der Postgebühren für Pakete. — Redner wünscht, daß die Bekanntmachungen der Postdirektionen an alle größeren Blätter gehe. Jedenfalls dürfte die politische Stellung der Zeitung nicht ausschlaggebend sein. Weiter sollten die Postdirektionen angewiesen werden, daß bei Postbeamten, die durch das Vertrauen ihrer Mitbürger zu Stadtverordneten gewählt werden, die Festsetzung der Dienststunden unter möglicher Berücksichtigung dieser Tatsache erfolgt. Hat man doch bestimmt, daß unteren Postbeamten und Arbeitern in solchen Fällen für den Besuch der Stadtverordneten-Sitzungen kein Lohnabzug gemacht werden darf. Zum Schluß erörtert der Redner die Fragen der Sonntagsruhe, der Innehaltung der örtlichen Feiertage usw. in demselben Sinne, wie mehrere Redner seiner Partei vor ihm.

Staatssekretär Kräfte stellt sich den einzelnen Wünschen des Vorredners wohlwollend gegenüber.

Unterstaatssekretär v. Sydow: Die Regierung steht dem Wunsche nach Ermäßigung der Telefongebühren für Abonnements der Arbeitsnachweise durchaus wohlwollend gegenüber. Auch den Bau von Dienstwohnungen wird die Regierung gern weiter fördern.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags

konnte am Mittwoch ihre Sitzung nicht um 10 Uhr pünktlich eröffnen, da die Zentrumsabgeordneten sich im Nebenraume zunächst zu einer Spezialberatung versammelten — um die Rettung der Forderung für die Diabi-Gesellschaft zu präparieren. Abg. Erzberger übernahm die Motivierung der Bewilligungsbereitschaft des Zentrums, das lediglich den Antrag stellt, die Diabi-Gesellschaft solle das ihr etwa zuviel gezahlte Geld zurückzahlen; einstweilen müsse man aber die Forderung genehmigen. Abg. Dr. Müller-Sagan stellte nochmals die programmatischen Fragen in den Vordergrund der Diskussion. Der Hinweis des Kolonialdirektors auf die Denkschrift des Dr. Rohrbach könne den Mangel eines Programms nicht erlegen. Es scheint, als ob neuerdings wieder impulsive Eingriffe in die Kolonialpolitik stattgefunden hätten. Abg. Dr. Arendt wunderte sich über die „Ereuchtung“, die dem Zentrum über Nacht gekommen sei. Die Meinung des Zentrums, der Rechnungshof des Reiches könne die Rechnungen nachprüfen, sei ganz falsch, denn die Firma Koppel könne gar nicht zur Rechnungslegung gezwungen werden. Der Zentrumsantrag sei also wertlos. Aber es frage sich, ob die Firma nicht schon jetzt Strafzinsen zahlen müsse oder gezahlt habe. Da er keinen anderen Ausweg wisse, so sei er allerdings auch gezwungen, für den Posten zu stimmen. Kolonialdirektor Dr. Stäbel wünschte die programmatischen Auseinandersetzungen bis zur Behandlung der Landfrage zurückgestellt zu sehen. Was die Konventionalstrafen anlangt, so seien darüber jetzt Untersuchungen im Gange. Abg. Dr. Südekum fragte den Kolonialdirektor, ob es wahr sei, daß die Firma Koppel Ingenieur von dem Bau der Diabi-Bahn zurückgezogen habe, um die Vorarbeiten für die Bahn Windhut-Neuhof auszuführen; wenn sie dieses getan habe, ohne ihr Personal entsprechend zu verstärken, dann habe sie dolos gehandelt, da sie die Verpflichtung solchen Baues gehabt habe. Geheimrat Seyditz konnte keine genaue Auskunft geben und versprach genaue Untersuchungen einzuleiten; jedenfalls sei die Verantwortung der Frage Dr. Südekums von erheblicher Bedeutung für die Beurteilung des Vertrags. Abg. Gröber polemisierte gegen Arendt und suchte die Haltung des Zentrums zu rechtfertigen.

Da Abg. Storz anfragte, wie es mit der Konzeption der Diabi-Bahn stehe, so legte der Kolonialdirektor dar, die Gesellschaft habe einfach um die Erlaubnis zu einem Bahnbau gebeten und diese sei ihr erteilt worden. Dagegen wandte Abg. Dr. Arendt ein, daß das ganz irrig sei. Die Diabi-Gesellschaft habe Aktien-Konzeptionen erhalten und daran sei die Bedingung des Bahnbaues geknüpft worden. Später sei ihr dann der Bau einer anderen Linie gestattet worden. Der Zentrumsantrag sei ganz wertlos, weil der Rechnungshof des Deutschen Reiches kein Mittel habe, um die Firma Koppel zur Rechnungslegung zu zwingen. Abg. Ledebour sagte, es sei früher behauptet worden, man wolle zugunsten der Diabi-Bahn die Staatsbahn aufgeben. Kolonialdirektor Dr. Stäbel bestritt, daß eine solche Absicht bestanden habe; aber immerhin sei die Frage theoretisch erörtert worden.

Der Antrag des Zentrums wurde ebenso wie die Position selbst angenommen. Die Diabi-Gesellschaft bekommt also 1 1/2 Millionen Mark.

Auch der Antrag zum Reichs-Haupt-Etat mit dem Indemnitätsparagrafen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen bewilligt. Markt: 76 655 320 M.

Sodann wurde der Etat für den Herakrieg begonnen. Die für die Verfüzung der Schütztruppe und Wiederherstellung der Eisenbahn geforderten Beträge von 45 1/2 Millionen Mark wurden genehmigt. — Für die Wiederherstellung der Hafenanlagen in Windhut werden 300 000 M. gefordert; die Referenten beantragten 200 000 M. abzustreichen. Abg. Pöbel sagte, daß die Gelder für kleine Vaggen geradezu weggeworfen würden. Damit doet etwas gutes geschaffen werden könne, müsse ein Vaggen erster Klasse dorthin geschickt werden. Bewilligt wurden 300 000 M.

Bei dem Etat für die Expedition nach Südwestafrika er-  
klärte Geheimrat Zwele, daß das Marinebataillon vor dem  
1. April zurückgezogen werden solle; deshalb könne man 1 480 000  
Mark hier streichen. (Sie tauchen entsprechend in einem Nachtrags-  
etat wieder auf, für andere Truppenteile.)

Die Summe der Ausgaben für Südwestafrika im Jahre 1905 ist  
mit 12 1/2 Millionen in den ordentlichen Etat eingeschlagen worden. Für  
Jahresgehälter an Eingeborenenhelfer sind circa 15 000 M. in  
den Etat eingeschlagen worden; dagegen wird gefragt, ob denn über-  
haupt noch solche Jahresgehälter gezahlt würden, da ja ziemlich alle  
Stämme im Aufstande seien. Abg. Arendt meinte auch die  
Diamantminen Hereros (Große Heiterkeit) und befanden sich im Auf-  
stand. Auf Anfrage des Abg. Ledebour gab der Kolonialdirektor  
an, die Postards und noch ein kleiner Stamm stellten auch jetzt noch  
zuverlässige Hilfskräfte.

Bei dem Posten für Gefängnisse wurden die schrecklichen Miß-  
handlungen der farbigen Gefangenen zur Sprache gebracht. Ge-  
heimer Rat Colinelli erkannte an, daß die Gefängnisse nicht den  
üblichen hygienischen Ansprüchen genügen. Man bemisse sich jetzt  
Verbesserung herbeizuführen. Abgeordneter Erzberger behauptete,  
daß man in den Kolonien nicht ohne Prügelstrafe auskommen könne,  
aber in Südwestafrika werde zuviel geprügelt. Dem Veruche des Geheimen Rat Colinelli, den  
Reichstag für die Mißstände im Gefängniswesen in Südwest-  
afrika verantwortlich zu machen — er behauptete aus freier Faust,  
das Parlament habe früher nicht genug Geld bewilligt — traten die  
Abgeordneten Dr. Südekum und Müller-Sagan energisch  
entgegen.

Am Donnerstag soll zunächst der Postetat bearbeitet werden.

**Wahlprüfungs-Kommission.** Gegen die Wahl des Abgeordneten  
Kallin im Wahlkreis Pflanz-Bezirk, Reg.-Bez. Opper, ist  
von polnischer Seite Protest eingelegt worden, der besonders die  
mißbräuchliche Agitation der katholischen Geistlichen rügt und eine  
Anzahl Plakate mit Namen benennt, die während des Gottesdienstes  
von den Kanzeln für Kallin agitiert haben. In Stunde legte sogar  
der Pfarrer Zentrums-Flugblätter zum Verteilen vor dem  
Altar aus. Die Kommission hielt an den früheren Be-  
schlüssen fest, daß die geistliche Agitation nicht als amtliche  
Wahlbeeinflussung zu betrachten, also unerheblich in  
bezug auf die Gültigkeit der Wahl sei. Die anderen im  
Wahlproteste bezeichneten Verstöße wurden wohl von der Kommission  
für beachtlich befunden, allein da selbst bei Kassierung der betreffenden  
Wahlakte resp. der Stimmen eine erhebliche Mehrheit für Kallin  
noch bestehen bliebe, so wurde die Wahl des Abg. Kallin  
für gültig erklärt.

Dann gelangte die Wahl des Abg. v. Hohenberg (Welfe),  
hannoverscher Wahlkreis Celle-Verden-Gifhorn, zur Prüfung.  
Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Nationalliberale 7524, Welfe  
7113, Sozialdemokraten 6996, Bund der Landwirte 4288, Zentrum  
475; bei der Stichwahl: Welfe 12 003, Nationalliberale 11 947. Gegen  
die Wahl ist von nationalliberaler Seite Protest eingelegt worden.  
Der Protest behauptet, in den Wahlbezirk Diepholz, Dammensbüttel,  
Wilsde, Neubodel, Stedeborf sei im Wahllokal kein Stimmzettel ein-  
gerichtet gewesen. Da, falls sich dies bewahrheitete, die Wahlakte  
in diesen Orten laßig werden müßten und falls die Mehr-  
heit des Herrn v. Hohenberg verschwände, so beschließt die Kom-  
mission Erhebungen über betreffende Protestbehauptungen veranlassen  
zu lassen. Ferner beschloß die Kommission Erhebungen über den  
Wahlakt in D. Herg, wo auf dem Tisch im Wahllokal Stimmzettel  
für v. Hohenberg ausgelegt haben sollen. Sollten die Erhebungen  
die Protestangaben bestätigen, würde die Wahl für ungültig erklärt  
werden müssen.

**Die Petitionskommission des Reichstages** verhandelte am Mit-  
woch über eine Petition der Tarifkommission der Militärereffekten-  
Sattler Deutschlands in Berlin. Petenten fordern: 1. daß die Ver-  
gebung von Arbeiten an Zwischenmeister untersagt, 2. die Heimarbeit  
in der Militärereffekten-Industrie befristet werde. Der anwesende  
Regierungskommissar suchte nachzuweisen, daß eine völlige Befristung  
der Heimarbeit nicht so leicht durchführbar sei, da ein beträchtlicher  
Teil von Arbeitern, zum Beispiel Strümpfer, welche in den Fabriken  
keine Arbeit fänden, mit der Heimarbeit noch beschäftigt werden  
könnten. Auch verdienten die Heimarbeiter ebensoviel wie die in  
Fabriken beschäftigten Arbeiter. — Abg. Weisenhagen (Z.) als  
Referent wies u. a. auf die oft sehr beschränkten Arbeitsräume der  
Heimarbeiter hin, so daß schon aus hygienischen Rücksichten Ver-  
anlassung vorliege, den Wünschen der Petenten Rechnung zu tragen.  
— Abg. Peus (Soz.) hob hervor, daß die Heimarbeiter von den  
anderen Arbeitern mit Recht als Lohnbrüder betrachtet würden,  
da sie, um Sobiel zu verdienen, wie die in Fabriken beschäftigten Ar-  
beiter, viel länger arbeiten müßten als letztere. — Von anderer  
Seite wurde daran erinnert, daß die Befristung des Zwischenmeister-  
systems (soweit Berlin in Frage kommt) schon beim letzten großen  
Sattlerstreik vor dem Berliner Gewerbegericht als Einigungsamt  
vereinbart worden sei. — Die Kommission beschloß, die Petition dem  
Reichsanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit die  
Befristung der Zwischenmeister in Frage kommt, den übrigen  
Teil der Petition: „Befristung der Heimarbeit“, dem Reichsanzler  
zur Erwägung zu überweisen.

Eine Petition des Bundes deutscher Eisenbahnhandwerker in  
Erlangen wünscht die Anstellung (als pensionsberechtigter Beamte) der  
über zehn Jahre im Eisenbahndienst beschäftigten Handwerker und  
Arbeiter. Die Kommission beschloß, diese Petition dem Reichsanzler  
als Material zu überweisen.

Eine Petition betreffend Abänderung der Bestimmungen über  
die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker, desgleichen eine andere  
betreffend Einschränkung des gewerblichen Nutzens der Militär-  
müster sollen dem Reichsanzler als Material überweisen werden.

Eine Petition aus Göttingen, die Abänderung des Krankenversiche-  
rungs-Gesetzes betreffend, protestiert gegen die freie Arztwahl, eine  
andere, von Dresdener Ärzten ausgehend, empfiehlt deren Ein-  
führung bei den Krankenkassen. Eine dritte Petition bittet um  
gesetzliche Regelung der Anstellungsverhältnisse der Pensionen und  
sonstigen Angestellten der Krankenkassen. Alle diese Petitionen sollen  
dem Reichsanzler als Material überweisen werden, desgleichen ein  
Protest aus Leipzig gegen die Verkürzung des Selbstverwaltungs-  
rechtes der dortigen Krankenkasse.

Eine Petition aus Halle (Westfalen) wünscht Abänderung des  
Fleischschau-Gesetzes durch Aufhebung der Untersuchung des lebenden  
Scheins vor der Schlachtung und Aufhebung der Trichinenschau. Die  
Kommission erklärte diese Wünsche für ungeeignet zur Erörterung im  
Plenum. Weiter verlangen dieselben Petenten Abänderung der  
Gebührensätze, die Fleischschau betreffend. In Hessen würden für  
die Untersuchung eines Stüdes Rindvieh 60 Pf., in anderen Teilen  
Teilen Deutschlands 1 M., 1,50 M. bis 3 M. erhoben. Es werden  
gleiche Gebührensätze gefordert. Dieser Teil der Petition soll nach  
dem Beschlusse der Kommission dem Reichsanzler als Material  
überweisen werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Januar.

### Postetat.

In ermüdender Breite sprachen heute im Reichstag eine  
ganze Anzahl bürgerlicher Redner in der Generaldebatte über  
allerhand Einzelheiten des Postetats. Am erträglichsten war  
noch der Pole von Chlapowski mit seinen komisch-  
traurigen Beispielen aus der Germanisierungspolitik der Post-  
verwaltung, die ganz im Geiste Hammersteins, des „Kriegs-  
ministers des Innern“, geleitet wird. Zwangsweise werden  
die Beamten zu polnischen Analphabeten gemacht, damit  
alle polnischen Briefaufschriften erst nach einer Uebersetzungs-  
stelle gehen und den Empfängern mit einer beträchtlichen  
Verspätung in die Hände gelangen müssen.

Der Staatssekretär im Reichspostamt, Krätke, suchte  
nach allerlei schwächlichen Entschuldigungen für diese unsinnige  
Praxis. Wenn er die Ausführungen des polnischen Redners  
allzu sehr entstellte, verurteilte ihn die Polen durch Jurise zu  
belehren, aber die Rechte zwang sie zur Ruhe. Die Polen  
haben eben im Reichstag eine unglückliche Stellung, sie sitzen  
zu weit nach rechts, zwischen dem Zentrum und den  
Konservativen, und täten gut daran, sich möglichst weit nach  
links hinüberzuschieben. Herr Kören vom Zentrum schloß  
sich in der Kritik kleinlicher Polenquälerei durch die Reichs-  
post dem polnischen Redner an. Wie lächerlich diese Schikanen  
sind, beweist der Umstand, daß Briefe mit hebräischer Adresse ohne  
Schwierigkeit bestellt werden — nur solche mit polnischer nicht.  
Als bestes Mittel gegen die Kinderreien mancher polnischer  
Chambullisten, die absichtlich durch polnische Adressen den Post-  
beamten die Arbeit erschweren, empfiehlt er, sie zu — ignorieren.  
Im übrigen brachte er, wie sein Fraktionskollege Erzberger  
und der Freisinnige Eichhoff, allerlei Kleinigkeiten über  
Stellensulagen, Sonntagruhe, Paketbeförderung, Telephon-  
gebühren, Postpaketadressen usw. In dem vollen Bufe winziger  
Reformvorschlüsse sucht man vergeblich einen allgemeinen, zu-  
sammenfassenden Gedanken, vergeblich die Forderung endlich  
einmal durch eine gründlichere Aenderung der Verwaltungs-  
praxis die Arbeitszeit und Bezahlung der Beamten und Ar-  
beiter der Post nach den Anforderungen einer vorgeschrittenen  
Sozialpolitik zu gestalten. Nachdem noch der Antisemit  
Böcker seine Scherze über das Benehmen der „Juden-  
jüngels“ vor den Postfachaltern und über die Frauenarbeit im  
Telephondienst an den Mann gebracht hatte — der Ausdruck  
ist fast wörtlich zu nehmen, da die Befragung des Reichstages  
nicht stärker war —, wurde die weitere Beratung des Post-  
etats auf morgen 1 Uhr vertagt.

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch das  
Ordinarium des Etats der landwirtschaftlichen Ver-  
waltung in zweiter Lesung zu Ende beraten. Die Debatte  
bot das gewöhnliche Bild: über die nebensächlichsten Dinge  
von der Welt wurde stundenlang geredet, und wenn nicht der  
brave Pod Mittelde empfunden und von Zeit zu Zeit durch  
seine bekannten Sprachverrentungen das Haus erheitert hätte,  
so wären zweifellos die braven Volksvertreter in einen ebenso  
tiefen Schlaf verfallen, wie die drei sonderbaren Schwärmer  
auf der Zuschauertribüne, die es über sich gewannen, der  
Sitzung beizuwohnen. Natürlich wurden sämtliche Forderungen  
der Regierung bewilligt, darunter auch die halbe Million zur  
extraordinären Verstärkung des Fonds für Pferde-  
rennen. Von den sonstigen Etatspositionen seien nur noch  
erwähnt die auf das ländliche Fortbildungsschulwesen bezüg-  
lichen, deren Beratung einigen frommen Zentrumsleuten, wie  
alljährlich, den Anlaß gab, die Einführung des Religions-  
unterrichts in die ländlichen Fortbildungsschulen zu verlangen.  
Donnerstag: Extraordinarium des Etats der land-  
wirtschaftlichen Verwaltung, Westtatsat, Fortetat.

### Der Sieg in Kalbe-Ashersleben.

Die reaktionäre Presse stellt mit großer Betrübniß fest,  
daß die Sozialdemokratie den stark bedrohten Wahlkreis  
Kalbe-Ashersleben nicht mehr mit Ehren, sondern mit  
fast überraschend großem Erfolg behauptet hat. Die bürger-  
lichen Parteien wetterten darin, gegenseitig sich zu be-  
schuldigen, daß sie die Kandidatur des nationalliberalen  
Blade nicht genügend unterstützt hätten. Die „Post“ aber  
sieht selbst in dieser falschen Begründung unserer Stichwahl-  
sieges seinen ausreichenden Trost. Wenn auch Parteihader und  
Erbitterung in den Gemütern einzelner bürgerlichen Elemente  
den Weg zum Erfolg gebnet hätten, so sei doch eine solche  
gequälte Tröstung praktisch ohne Wert. Die Sozialdemokratie  
habe den Triumph und ihr komme unbeschränkt der moralische  
Eindruck eines Sieges zu gute. Die „Post“ grämt sich darüber,  
daß es nicht gelungen sei, der Sozialdemokratie noch einen  
weiteren Sitz seit dem Dreimillionsiege zu entreißen.

Wir glauben nicht, daß der Sieg der Sozialdemokratie  
auf die kleinen Fankereien zwischen Nationalliberalen,  
Agrariern, Mittelständlern zurückzuführen sei. Wir sind über-  
zeugt, daß auch diesmal die reaktionäre Masse zusammen-  
gehalten hat. Wenn trotzdem die Sozialdemokratie, die in  
den letzten Stichwahlen nicht durch besondere Erfolge verdöhnt  
worden ist, diesmal wieder in ihrer ganzen Kraft sich bewährt  
hat, so führen wir diesen erfreulichen Sieg darauf zurück, daß  
der politische Wutdruck der Zeit sich verstärkt hat, daß  
das politische Interesse durch die Vorgänge im Ruhrrevier und  
in Rußland eine starke Anspannung im ganzen Volke er-  
weckt hat.

Die Sozialdemokratie als die einzige Partei der geschicht-  
lichen Fortentwicklung und der politischen Aufklärung hat  
naturgemäß von einer Steigerung des politischen Interesses  
den größten Nutzen zu erwarten. Wenn die Masse politisch  
regiam und erregt wird, so wird das Auge der Wähler  
schärfer und man erkennt, daß die Sozialdemokratie der  
zuverlässigste und einzige Träger der Kultur ist. Die Stagnation  
in den sozialistischen Wählerfolgen, die wir in den letzten Nach-  
wahlen beobachteten, war wesentlich darauf zurückzuführen, daß  
das politische Gesamtinteresse einer gewissen Erschlaffung nach dem  
Siege vom 16. Juni 1903 verfallen war, ohne daß die  
sozialistische Agitation imstande war, das Interesse wieder zu  
ganzigen Höhe zu heben. Die inneren Streitigkeiten in der  
Partei waren überdies auch nicht geeignet, die Begeisterung  
der Masse anzufachen. Seit dem prächtig verkauften Preus-  
entage und seit den neuesten entscheidenden Ereignissen der all-  
gemeinen Politik ist wieder der Aufschwung der politischen  
Teilnahme und Anspannung und damit auch der Aufschwung  
der sozialistischen Werbestraft erreicht! —

### Der neue deutsch-österreichische Handelsvertrag.

Der neue Tarifvertrag mit Oesterreich-Ungarn ist zum Abschluß  
gelangt. Die Paraphierung des Textes des neuen Vertrages  
nebst Annexen durch die deutschen und die österreichisch-ungarischen  
Vertragskommissare ist noch gestern abend hier in Berlin erfolgt und  
gegen Mitternacht zu Ende geführt worden. Es ist also nun auch  
der letzte der noch ausstehenden Tarifverträge abgeschlossen, und  
werden wahrscheinlich in den nächsten Tagen sämtliche sieben Ver-  
träge dem Reichstage zugehen.

Ueber die Bestimmungen des neuen Vertrages schweigt sich die  
offizielle Meldung aus; ein Wiener Telegramm der „Frankfurter  
Zeitung“, das uns soeben zugeht, gibt jedoch an, daß der Ver-  
trag bis 1918 gilt, indes sei mit Rücksicht auf das  
österreichisch-ungarische Zollbündnis es beiden Mächten gestattet,  
ihn schon 1916 aufzulösen. Für zolltarifische Streitigkeiten  
wie auch für Streitfragen, die sich aus der Handhabung der Be-  
stimmungen des gegenseitigen Veterinär-Abkommens ergeben, wird  
ein Schiedsgericht ernannt werden, zu welchem beide Staaten Sach-

verständige ernennen, während der Vorzug mit „neutralen“ Schieds-  
richtern besetzt werden soll. Außerdem enthält der neue Vertrag  
Abmachungen über den Eisenbahnverkehr.

Von Zugeständnissen Oesterreich-Ungarns wird nur erwähnt,  
daß der österreichische Einfuhrzoll für deutsches Hoheisen nur geringe  
Herabsetzung erfahren hat, und ferner sich die österreichischen Unter-  
händler zu ansehnlichen Ermäßigungen des prozentualen Wertzollens  
und des maximalen Zollbetrages für Teerfarbstoffe verstanden  
haben. Dagegen hat Oesterreich-Ungarn die deutschen Getreide-  
Mindestzölle, und zwar auch den Malzgerstenzoll, alzeptiert. Es  
beträgt also künftig der neue deutsche Vertragszoll für österreichisches  
Getreide:

	Neuer Vertragszoll	Alter Vertragszoll
	pro 100 kg	pro 100 kg
Roggen . . . . .	5,00 M.	3,50 M.
Weizen . . . . .	5,50 „	3,50 „
Malzgerste . . . . .	4,00 „	2,00 „
Hafer . . . . .	5,00 „	2,50 „

Ob und inwieweit die deutsche Regierung in bezug auf Futter-  
gerste unter den obigen Zollfuß von 4 M. heruntergegangen ist, wird  
nicht mitgeteilt. Für Malz ist hingegen nach dem Telegramm der  
deutsche Vertragszoll auf 5,75, für Mehl auf 10,20 und für Hopfen auf  
20 M. pro 100 Kilogramm festgesetzt worden. Die allgemeinen Zölle des  
neuen Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 betragen für diese drei  
Artikel 10,25 M., 18,75 M. und 70 M. Gegen die bisherigen  
weisen die neuen Vertragszölle jedoch immerhin noch recht beträch-  
tliche Erhöhungen auf; denn bisher wurde für Malz  
nur 3,00 M., für Mehl 7,80 M. und für Hopfen 14 M.  
an Zoll erhoben. Weisen die neuen Vertragszölle für  
die übrigen landwirtschaftlichen Produkte ähnliche enorme Er-  
höhungen auf, dann rechtfertigt er die schmerzlichen Erwartungen,  
dann können tatsächlich sich die Junker zu ihrem auf Kosten der  
breiten Volksmasse erzielten Erfolg Glück wünschen. Der Bucher siegt.

### Freisinn und Bergarbeiterstreik.

Wiederholt haben wir die Haltung des Freisinn zum Berg-  
arbeiterstreik unserer Kritik unterzogen, wiederholt haben wir darauf  
hingewiesen, daß platonische Sympathie-Erklärungen  
für das gewaltige Heer der Streikenden absolut nichts bedeuteten,  
sondern daß es die Pflicht des Freisinn sei, auch von Partei  
wegen Sammlungen zu veranstalten. Der Frei-  
sinn lehnt eine solche Aktion für die Streikenden gleich  
der Zentrumspresse mit der lächerlichen Motivierung ab, daß  
der Streik „keinen politischen Charakter“ tragen dürfe, sondern  
daß das ganze Bürgertum, das ganze Volk für die Streikenden  
eintreten müsse. Diese phrasenhaften Erklärungen wurden auch  
gestern wieder in einer Versammlung der Hirsch-  
Dunderschen Gewerksvereine abgegeben. Man versicherte  
die Streikenden der Sympathie der ganzen Nation, betonte aber,  
daß es geradezu ein Verbrechen gegenüber den Streikenden sei,  
wenn sich einzelne Parteien offiziell an den Sammlungen beteiligen  
würden. Namentlich wurde diese Stellungnahme von dem Redakteur  
des „Gewerksverein“, dem freisinnigen Landtags-Abgeordneten  
Goldschmidt vertreten. Da bereits in der „Volks-Zeitung“  
in der vorigen Woche angekündigt worden war, daß diese Ver-  
sammlung dazu dienen solle, die Angriffe des „Vorwärts“  
gegen den Freisinn zu brandmarken, war auch ein Mitglied der  
„Vorwärts“-Redaktion in der Versammlung erschienen, um den  
beabsichtigten verwirrenden Darstellungen der freisinnigen Redner  
entgegenzutreten. Herr Goldschmidt, aber auch der Vorsitzende der  
Versammlung und der Referent des Abends, der Bergmann Schiller,  
erklärten, daß es Uneinigkeit in die Reihen der Streikenden hinein-  
tragen hieße, wenn jetzt der „Vorwärts“ die freisinnige Partei aus-  
gegriffen habe, weil sie nicht offiziell zu Sammlungen auffordere.  
Unser Genosse vom „Vorwärts“ trat diesen Kuriosen und entstellenden  
Behauptungen energisch entgegen. Wenn eine Partei, wie die frei-  
sinnige, durch ihre Mitglieder im Reichstag die Forderungen  
der streikenden Bergarbeiter für berechtigt erklärt, so sei  
es ein zwingendes Gebot der Logik und der politischen  
Konsequenz, daß durch Sammlungen, die von Partei wegen arrangiert  
werden müssen, den Streikenden werktätiger Beistand geleistet wird. Die  
Zahl der Streikenden betrage über 200 000, so daß bei einer Unter-  
stützung von 10 M. pro Kopf in einer Woche 2 Millionen erforder-  
lich seien. Diese Riesensumme könnten unmöglich von den Gewerks-  
schaften allein aufgebracht werden. Es müßten deshalb die außer-  
ordentlichen Anstrengungen gemacht werden, um den Streikfonds  
der Bergarbeiter zu stärken, zumal das Unternehmertum ja erst in  
letzter Stunde wieder die Erklärung abgegeben habe, daß  
es sich auf keinerlei Konzessionen einlassen werde. Auch  
optimistische Hoffnungen auf das Eingreifen der Regierung  
zugunsten der Arbeiter seien durchaus nicht am Platze.  
Einerlei, was vielleicht auf gesetzgeberischem Wege früher oder später  
für die Bergarbeiter zu erreichen sei: zurzeit komme es darauf an,  
den Bergarbeitern die Mittel zur Verfügung zu stellen, den Streik  
möglichst lange durchzuführen. Die sozialdemokratische Partei habe  
denn auch sofort zu Sammlungen aufgefordert. Dasselbe hätte jede  
andere Partei tun müssen, die den Streik für gerechtfertigt hält.  
Geschehe dies nicht, so sei auf alle Sympathie-Erklärungen nichts zu  
geben. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner und der Freisinn  
sollten dem „Vorwärts“ doch dankbar dafür sein, daß er dem  
Freisinn die Selgenheit gegeben habe, durch die Laten den  
Veweis zu führen, daß er es ebenso ehrlich mit den  
Streikenden meine, wie die Sozialdemokratie. Man verweise  
auf private Sammlungen. Es werde sich ja zeigen, welche Summen  
durch diese privaten Sammlungen aufgebracht werden. Spätere  
Abrechnungen würden ja offenbaren, wie weit die werktätige Hilfe  
der bürgerlichen Kreise gegangen sei. Dann würden auch bei  
ruhigem Nachdenken diejenigen Gewerksvereinskreise, die sich jetzt  
in eine Erbitterung gegen den „Vorwärts“ hätten hineinziehen lassen,  
ein richtiges Urteil über den Grad der Arbeiterfreundlichkeit der  
verschiedenen Parteien gewinnen.

Die folgenden freisinnigen Redner beharrten bei ihrem  
Standpunkt, „die Partei habe mit dem Streik nichts zu tun“,  
wobei man sorgfältig vermied, eine Unterscheidung zu machen zwischen  
einer Beeinflussung der Streikenden und dem bloßen  
Aufbringen von Geldern für dieselben! Auch  
erklärte man noch wiederholt, daß der Freisinn im Gegensatz zur  
Sozialdemokratie streng bemüht sei, aus der Gewerksvereinspolitik  
jeden politischen Einfluß fern zu halten. Die gegenteiligen Be-  
hauptungen der Sozialdemokratie seien aus der Luft gegriffen.  
Dabei hatte der Referent des Abends, der Bergmann Schiller, in  
seinem Vortrage erzählt, daß die Zentrumsparlei zu den christlichen  
Gewerksvereinen in den engsten Beziehungen stehe, eine Behauptung,  
die bekanntlich von der Zentrumspresse mit der nämlichen Entrüstung  
zurückgewiesen worden ist, wie die den Tatsachen entsprechende Be-  
hauptung der Sozialdemokratie, daß die Gewerksvereine in dem-  
selben Verhältnis zum Freisinn ständen, wie die freien Gewerks-  
schaften zur Sozialdemokratie und die christlichen Gewerksvereine  
zum Zentrum.

Die Behauptung, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine mit  
dem Freisinn absolut nichts zu tun hätten, wurde ja schon wieder-  
legt durch das Auftreten der freisinnigen Abgeordneten Max Hirsch,  
Goldschmidt und Mugdan, die (namentlich Herr Mugdan!) in ihrer

Weise durch Aufzählung der Verdienste des Freiwilts für die Hebung der sozialen Lage der Arbeiter, speziell der Bergarbeiter, parteipolitischen Kapital aus der Versammlung zu schlagen suchen; ganz abgesehen von der absolut überflüssigen, durchaus parteipolitischen Anrempelung der Sozialdemokratie durch den freiwiltnigen Abgeordneten Goldschmidt.

Einen besonderen Knackpunkt suchte man dadurch zu erzielen, daß man einen Brief vorlas, durch den Herr Rudolf Mosse dem Verbandsleiter der Gewerkschaften den Betrag von 10 000 M. für die Streikenden überwie. Hieraus könne man ersehen, daß die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften des Welches der Sozialdemokratie, was doch der „Vorwärts“ behauptet habe, absolut nicht bedürften, beiläufig eine Deutung der „Vorwärts“-Auslassungen, die unser Genosse ebenfalls als demagogische Entstellung zurückgewiesen hatte. Ein anderer sozialdemokratischer Redner nahm Veranlassung, die Gabe des Herrn Mosse dadurch in die gebührende Beleuchtung zu rücken, daß er darauf hinwies, daß die „Vollzeitung“ durch Herrn Mosse zum Zentralorgan für Streikbrecher-Inserate gemacht worden sei!

Herr Mosse hat übrigens bereits versprochen, seine Spende zu Reklamezwecken gebührend auszunutzen. Hat er doch, wie wir hören, von der heutigen Morgennummer der „Vollzeitung“, in der von seiner Spende gebührend als genommen wurde, 36 000 Exemplare mehr zu Propagandazwecken herstellen lassen. Das Geschäftsgenie dieses biederen Arbeiterfreundes Mosse zeigt sich aber auch darin, daß in dieser Reklamenummer die üblichen Streikbrecher-Inserate dadurch sorgfältig maskiert worden sind, daß der Vermerk der gesperrten Unternehmer, daß „unorganisierte“ Arbeiter gesucht werden, diesmal fortgeblieben ist.

## Deutsches Reich.

### Reichskanzler-Verantwortlichkeit.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat am Mittwoch beschlossen, zum Etat des Reichskanzlers nachstehende Resolution einzubringen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in Vöde den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers festgesetzt wird.

### Vollschuldebatten in Württemberg.

Stuttgart, 25. Januar. (Privattelegramm.)

Auch die heutige Sitzung galt der Beratung der Vollschuldebatten. Gegen den gestern von der Volkspartei gestellten Antrag auf Uebernahme der Gehaltsaufbesserung auch für die unständigen Lehrer auf den Staat wendete sich der Zentrum-Abgeordnete Kiene. Er erklärte namens seiner Partei sich gegen jeden Schritt, der eine Verstaatlichung der Schule anbahne, weil durch eine solche das Band zwischen Familie und Gemeinde zerrissen werde. In Wahrheit ist, wie der Volksparteiler Hartmann hervorhob, diese Stellungnahme nur aus der Furcht des Zentrums zu erklären, die Grundlege seines bisherigen Widerstandes gegen jede Verbesserung der Volksschule, die demagogische Aufhebung der armen Landgemeinden gegen die Kosten jeder Hebung des Volksschulwesens und damit die Volksbedeutung zu verlieren. Dieser Demagogie entspreche auch die von Kiene geäußerte Befürchtung, daß bei einer Uebernahme der Schullasten auf den Staat eine Erhöhung der Staatssteuer eintritt, welche für die Gemeinden nicht zu ertragen sein werde.

Abg. Hauptmann (Sp.) trat den gestrigen Ausführungen Hildenbrands vollständig bei und wies auf den in Württemberg eingetretenen Lehrermangel hin, der zu vorzeitiger Entlassung des Lehrenachwuchses aus dem Seminar zwingt, um die frei werdenden Stellen zur Not zu besetzen.

Am Mittelpunkt der Debatte stand die scharfe Abrechnung, die Genosse Hildenbrand mit dem Kultusminister wegen seiner anmaßlichen Sprache in der gestrigen Sitzung vornahm. Vom Kammerpräsidenten wiederholt zur Mäßigung aufgefordert, hielt er dem Minister vor, daß dessen Rede den Anschein erwecke, als ob er es unter seiner Würde habe, auf die Ausführungen eines Sozialisten sachlich zu erwidern, aber es werde die Zeit kommen, wo er sich dazu veranlaßt fühlen werde. Hildenbrand konnte darauf verweisen, daß eine heute eingelaufene Petition der katholischen Volksschullehrer zu dem gleichen Schlusse über die Bezahlung der Lehrer komme, wie er und daß im Württemberg-Bericht der Regierungsvorlage nicht nur von einem, sondern von mehreren Hungerjahren gesprochen werde, die der junge Lehrer durchzumachen hat.

Hildenbrands überaus temperamentvoll vorgetragene Ausführungen machten starken Eindruck und der Minister sah sich zu einer ziemlich kleinlauten Entschuldigung veranlaßt, in der er sich darauf berief, daß Hildenbrand seine Schärfe durch scharfe Angriffe provoziert habe. Was insbesondere die Bemerkung betrifft, daß die Anforderungen des Reiches vom württembergischen Finanzminister ohne Widerspruch hingenommen werden, müsse er, um Mißverständnisse nicht aufkommen zu lassen, doch bemerken, daß dies der Abgeordnete Hildenbrand nicht wissen könne. Es scheint also, daß Hildenbrands treffendes Wort, es sei notwendig, die Württemberger zu kultivieren als die Herren, auf den Minister nicht ohne Eindruck geblieben ist. Die Vorlage wurde schließlich zur Uebernahme einiger Meinungsäußerungen an die Kommission zurückverwiesen.

Die zur Befestigung der Kritik Hildenbrands an der Benachteiligung der Lehrer zugunsten der Pfarrer begründet der heute der Kammer zugegangene Etat des Kultusministeriums die Forderung von 300 000 Mark zur Aufbesserung der evangelischen und 150 000 Mark zur Aufbesserung der katholischen Geistlichen mit der Notwendigkeit einer „standesgemäßen Lebensführung“ dieser Beamtenkategorie. Das Mindestgehalt der Pfarrer beträgt zurzeit 2200 M., das der unständigen Lehrer 720 M. Das Höchstgehalt der Pfarrer soll nach der Vorlage 4300 M. betragen und nach 21 Dienstjahren erreicht werden. Dem Lehrer sind nach 32 Dienstjahren 2200 M. zugesprochen. Den unständigen Geistlichen, die bis jetzt mit 1500 M. entlohnt wurden, soll aus dem Staatsfiskus eine Aufbesserung von 100 M. gewährt werden und den unständigen Lehrern wird man den Betrag von jährlich 50 M. hin und überträgt die Zahlungsverpflichtung auf die Gemeinde.

### Südwestafrika.

Berlin, 25. Januar. Nach einem Telegramm aus Windhuk ist der Gefreite Ernst Hentschel, geb. 9. 5. 1882 zu Jedity, früher im Leib-Casaren-Regiment Nr. 2, am 23. Januar 1905 in Klein-Windhuk an Typhus gestorben.

### Husland.

#### Frankreich.

Paris, 25. Januar. Der „Matin“ will wissen, daß in der internationalen Kommission zur Untersuchung der Null-Angelegenheit wiederholt ernste Schwierigkeiten aufgetaucht seien. Nur dem geschickten Eingreifen des Vorsitzenden der Kommission, des französischen Admirals Jouanier, sei es zu danken, daß die Kommission sich auf unbestimmte Zeit vertagt habe. Das Blatt behauptet ferner, daß die russischen Mitglieder der Kommission die für die Presse zur Verfügung gestellten Eintragsarten zumeist an Geheim-Polizisten abgegeben hätten.

Paris, 25. Januar. In parlamentarischen Kreisen verläutet, der Lösung der Erklärung der Regierung in der Deputiertenkammer mitteilend, daß er die eingebrachte Interpellation über die allgemeine Politik des neuen Kabinetts sofort beantworten wolle; er werde dann erklären, daß er zunächst die Erledigung des Budgets für die wichtigste Aufgabe der Regierung halte und daß sodann die Erörterung des Einkommensteuer-Gesetzes fortgesetzt werden solle. Im übrigen halte er das von der Kammer am 14. Januar gebilligte Programm der Regierung aufrecht.

## Niederlande.

Eine liberale Allianz gegen das liberale Regime. Die „Liberale Union“ und der „Freiwillig-demokratische Bund“ haben sich auf ein gemeinsames Wahlprogramm geeinigt, mit dem sie gegen die liberalen Parteien in den Kampf ziehen wollen, um durch die im Juni stattfindenden Kammerwahlen das Ministerium Amper unmöglich zu machen. In dem Programm wird u. a. verlangt: Förderung des öffentlichen Volksschulwesens und Hebung des Unterrichts, soziale Reformen wie Zubehalten und Altersversicherung mit Staatsbeitrag und Revision des Armengesetzes und Reform des Militärwesens in der Richtung eines Volksschulwesens. Zur Wahlrechtsfrage begnügt sich das Programm damit, zu verlangen, daß die Verfassung in dem Sinne abgeändert werde, daß das Wahlrecht durch ein besonderes Gesetz und somit durch die allgemeinen gesetzgebenden Faktoren geregelt werden kann. Diese Verfassungsänderung soll so vorbereitet werden, daß vor Ablauf der vierjährigen Legislaturperiode der erste Beschluß darüber vorliegt.

Auf Grund dieses Plans zur Wahlrechtsreform hegt man, namentlich auf freiwiltnig-demokratischer Seite, die Hoffnung, daß auch die Sozialdemokratie sich der neuen Einlenkaltung gewissermaßen anschließen werde.

Unser Bruderorgan „Het Volk“ bemerkt hierzu: Es sei wohl möglich, daß unsere Parteigenossen für jene Verfassungsänderung stimmen würden. Das aber könne für die Partei kein Grund sein, ihre prinzipielle Forderung des allgemeinen Wahlrechts aufzugeben und sich mit Parteien zu verbinden, die ebenso Gegner der Sozialdemokratie seien wie die Liberalen.

## Amerika.

### Die Lage in Colorado.

Der demokratische Gouverneur Alva Adams ist in sein Amt eingesetzt worden trotz des wütenden Widerstandes von Peabody und dessen Anhängern. Peabody ernannte kurz vor Niederlegung seiner Amtstätigkeit zwei Mitglieder zum obersten Gerichtshof des Staates, deren Stellen neu zu besetzen waren, und er veranlaßte den Staatssenat, dazu die nötige Bestätigung zu geben. Diese Ernennungen sind sehr wichtig für die Kapitalisten, denn es handelt sich darum, wie weit man sich bei Streitigkeiten mit den Arbeitern auf die obersten gerichtlichen Entscheidungen im Staate verlassen kann, die unter allen Umständen respektiert werden müssen. Die allgemeine Annahme war, daß dem neuen Gouverneur diese Ernennungen zu stehen, und Adams erklärte daher auch diesen letzten Akt seines Vorgängers für ungültig. Er wird selbst Ernennungen vornehmen. In Peabody verliefen die Bergwerksbesitzer ihr gefügiges Werkzeug, und es schien fast, als sollte ein Bürgerkrieg ausbrechen, ehe dieser Arbeiterfeind dem bei der Wahl ausgeprochenen Willen des Volkes gehorchte. Man wollte ihn mit Gewalt im Amte halten; da kam ein scharfer Wind von Washington und man verlor den Mut. Die herrschende republikanische Partei wollte sich nicht vor dem ganzen Lande kompromittieren, indem sie Peabody dazu beiführte, die unverantwortlichen, verfassungswidrigen Zustände in Colorado durch einen Staatsstreich zu krönen. Die Erbitterung der organisierten Arbeiter war durch Peabodys Niederlage etwas gemildert worden, die Streiksituation klärte sich in Colorado; es war gefährlich, neue Konflikte heraufzubeschwören, man hätte die Verwaltung in Washington verantwortlich gemacht. In Colorado selbst gab es viele Republikaner, die einem Gewaltstreich abgeneigt waren, aber Peabody hatte die Legislative und die Gerichte auf seiner Seite. — Adams ist einer von den drei Gouverneuren, die von den Demokraten in solchen Staaten gewählt wurden, die starke Majoritäten für Roosevelt abgaben. Auch die beiden anderen, Foss in Missouri und Douglas in Massachusetts, haben vor kurzem ihr Amt angetreten.

## Der Krieg in Ostasien.

London, 25. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Shanghai vom 24. d. Mts.: In den Hospitälern von Port Arthur befinden sich noch 15 000 Kranke, 500 starben seit der Kapitulation.

Die von den Vereinigten Staaten an die Mächte gerichtete Note über die territoriale Integrität Chinas, die von den amerikanischen Votschastern den Staatssekretären der verschiedenen fremden Mächte überreicht und bereits von allen Mächten in zustimmendem Sinne beantwortet wurde, lautet folgendermaßen: „Meine Regierung erfährt, daß die Möglichkeit besteht, es könnten bei etwaigen Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan Fragen wegen Abtretung chinesischen Gebietes an neutrale Mächte entstehen. Ich bin beauftragt, Ew. Excellenz mitzuteilen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten es sehr bedauern würde, wenn er diese Befürchtungen zu teilen hätte, da er überzeugt ist, daß die Hineinbringung von Fragen, die den zur Erörterung stehenden fremd sind, in derartige Verhandlungen den Friedensschluß noch weiter verzögern würde, der so sehr zu wünschen ist.“ Nach Bezugnahme auf die Bemühungen Amerikas zugunsten der Integrität Chinas und des Grundgedanges der „offenen Tür“ fährt die Note fort: „Meine Regierung widersteht sich jedem Gedanken einer Reservierung territorialer Rechte oder einer in chinesischen Reiches auszuübenden Oberaufsicht und glaubt, ihre Absichten in dieser Beziehung offen mitteilen zu sollen, um jedes Mißverständnis bezüglich der Politik der Nation zu vermeiden, die so große Interessen im Stillen Ozean und in China hat und deren Besitzungen in dem Gebiete, das zu dem großen chinesischen Reich den Zugang bildet, so wichtig sind.“ Die Note schließt mit dem Ersuchen um Mitteilungen der Ansichten über die angeführten Punkte.

## Partei-Nachrichten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein neues Kuriosum auf dem Gebiete der Versammlungsverbote wird wieder einmal aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar gemeldet:

Am Sonntag sollte in Reunhofen bei Reustadt eine Versammlung stattfinden, in welcher der Völkerverein Genosse Holz aus Reustadt über das Thema: „Welches Recht hat der Arbeiter in Staat und Gemeinde?“ sprechen sollte. Jedoch am Vormittag wurde dem Einberufer folgendes interessante Schriftstück zugestellt, das wörtlich lautet:

Herrn Oberhardt

hier

Die auf heute anberaumte öffentliche Volksversammlung wird, wie hiermit geschied, unterlag, da deren Abhaltung und die Verhandlung durch Sozialistische Agitation des Themas, gerade an dem heutigen Tage, an welchem Reichlich der so früh heimgegangenen Landesherren gedacht wird, den Gefühlen der Ortsbevölkerung geradezu ins Gesicht schlagen, und daher hiermit ein dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, und Ordnung in sich schließen würde.

Reunhofen, den 22. Januar 1905.

Der Gemeindevorstand.

Werther.

Neben allgemeiner Heiterkeit wird dieses bürgermeisterliche Dokument die verstockte Empörung über ein vorfindliches Vereinsgesetz und seine Handhabung hervorgerufen. Uebrigens verkennt der Herr Gemeindevorsteher die Gefühle der Ortsbevölkerung ebenso, wie die Regeln der Orthographie und der Grammatik.

## Aus Industrie und Handel.

Die Zufuhr belgischer Kohlen in das niederheinische Industriegebiet hatte Ende letzter Woche eine derartige Ausdehnung angenommen, daß an der Grenze vielfach Stauungen im Eisenbahnverkehr stattfanden, welche die belgische Eisenbahnverwaltung zu vorläufiger Aufhebung des Kohlenverkehrs über die Stationen

Verbesihal und Blohberg veranlaßten. Auf Einspruch der Kölner Eisenbahndirektion hat die belgische Verwaltung jedoch vorgestern ihren Dienstbefehl zurückgezogen, so daß jetzt wieder die Abfertigung der Rüge an der Grenze ohne längere Verzögerung erfolgt.

Neben England und Belgien sucht auch die böhmische Kohlenindustrie ihren Absatz nach Deutschland zu vergrößern. Wie der „Böhmischen Zeitung“ aus Prag gemeldet wird, ist der Kohlenverkehr auf der Buschtiehrader Bahn nach Bayern und Württemberg infolge des Kohlenpreises derart gestiegen, daß auf der Linie Jallanau-Eger fünf und auf der Linie Komotau-Eger zwei bis drei Kohlen-separatzüge täglich eingelegt wurden. Das Mladnoer Steinoblenrevier weist ebenfalls einen Mehrverbrauch auf. Die bayrischen Staatsbahnen helfen der Buschtiehrader Bahn mit Kohlenwagen aus.

Während aber in diesen Gegenden die Bahnverwaltungen den Anforderungen kaum zu genügen vermögen, hat der Frachtverkehr im Ruhrgebiet stark abgenommen. Auf den großen Rangier- und Sammelbahnhöfen mit ihrem sonst so riesigen Verkehr herrscht eine unheimliche Ruhe, die weitans größere Restzahl der Güterzüge im Ruhr- sowie im Fernverkehr verkehren nicht mehr, weil keine Frachten vorhanden sind. Kohlenzüge fahren schon seit einigen Tagen überhaupt nicht mehr, Holzzüge verkehren vereinzelt. Erwägt man, daß in Zeiten des flotten Verkehrs täglich rund 20 000 Kohlen- und Holzwagen auf den Strecken rollen, so kann man sich einen Begriff davon machen, in welcher ungeheurer Menge die Wagen auf den Sammelbahnhöfen stehen. Der Frachtausfall für den Staat beziffert sich täglich auf Hunderttausende.

Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, rechnet die Bahnverwaltung anscheinend auf eine starke Verzehrung ober-schlesischer Kohle nach dem rheinischen Industriegebiet, denn eine Anzahl Lokomotiven sind nach Schlesien dirigiert; am Sonnabend ging ein Ertragslokomotiven dorthin ab, um den Anforderungen, die in den schlesischen Bezirken an den Eisenbahnverkehr gestellt werden, Rechnung tragen zu können. Die Dortmunder Union bezieht gegenwärtig auch schlesische Kohle, um wenigstens in einigen Abteilungen des Betriebes wieder den Betrieb aufnehmen zu können. Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch liegt in dessen noch still, da die Kohlenzufuhr eine ungenügende ist.

Auf einzelnen Stationen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hat die Eisenbahn ihre Kohlenvorräte bereits nahezu aufgebraucht. So wird dem „Köln-Anzeiger“ aus Essen berichtet, daß in Oberhausen und auf anderen Stationen die Eisenbahn die dort lagernden Kohlen verbraucht hatte, so daß der sogenannte Kriegsbestand in Angriff genommen werden mußte. Die Firma Krupp, die bisher Hausbrandkohlen an die Werksangehörigen abgab, hat dies jetzt wegen Kohlenknappheit eingestellt. Der Güterverkehr auf den Bahnen des Ruhrreviers hat dem auch seit gestern eine weitere beträchtliche Einschränkung erfahren; d. h. es fallen seit gestern eine ganze Reihe fahrplanmäßiger Frachtzüge aus.

Englands unterirdische Kohlenvorräte. Die in England zur Untersuchung der abbaufähigen Kohlenvorräte in den englischen, schottischen und irischen Gruben eingesetzte Kommission hat gestern ihren Bericht erstattet. Sie gibt folgende Schätzung ab: Die gegenwärtige jährliche Ausbeute beträgt rund 230 Millionen Tonnen, und es wird angenommen, daß die zu Gebote stehenden Mittel der unterirdischen Kohlenlager rund 100 000 Millionen Tonnen betragen. Es ist allgemeine Ansicht der Direktorkommission, daß aus physikalischen Gründen die gegenwärtige Steigerung der Kohlenförderung nicht mehr lange anhalten kann. Die königliche Kommission sieht daher voraus, daß eine Zeit kommen wird, wo die Steigerung der Förderung langsamer werden wird, darauf eine Zeit gleichbleibender Förderung und dann eine allmähliche Abnahme. Während die Ausbeute in England seit 1870 sich wenig mehr als verdoppelt hat, habe der Ertrag in Deutschland sich mehr als verdreifacht, in Amerika nicht weniger als verzehnfacht. In allen übrigen Teilen der Erde habe sich der Ertrag ebenso bedeutend erhöht.

Kokerei Wilhelmshurg. Wie die „Neue Hamburgische Börsenhalle“ meldet, beruft die Kokerei Wilhelmshurg, Aktiengesellschaft in Hamburg, eine Generalversammlung ein zur Beschlußfassung über einen Vorschlag des Rheinisch-Westfälischen Kohlenjundlats für die Stilllegung des Werks. Die Offerte des Syndikats entsprecht nach dem genannten Blatt so wenig den Forderungen der Gesellschaft, daß die Verwaltung ihre Annahme den Aktionären nicht empfehlen kann; sie beantragt daher Beschaffung neuer Mittel für eine Erweiterung der Anlagen durch Ausgabe von 600 000 M. Vorkausgalt. Wie das Blatt weiter berichtet, ist sowohl bei dieser Gesellschaft wie bei den Norddeutschen Kohlen- und Kokswerken der Geschäftsgang zurzeit infolge des Streiks sehr lebhaft.

Rechnungsabluß und Kapitalerhöhung der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft. In der vorgestern abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft legte, wie die Gesellschaft offiziell mitteilt, die Direktion den Abschluß für 1904 vor. Bei einer Gesamtbetriebsaufnahme von 5 376 566 M. (im Vorjahre 3 796 696 M.) ergibt sich ein Bruttogewinn von 1 890 637 M. (744 319 M.), der sich zuzüglich des Vortrages aus 1903 mit 612 653 M. auf 2 503 290 M. erhöht, von welchen zu Abschreibungen 616 037 M., davon auf Verbetkonto allein 438 146 M., verwendet werden sollen. Nach Abzug der Gewinnbeteiligung an die Angestellten der Gesellschaft in Höhe von 95 000 M., nach Berücksichtigung der Lantieme des Aufsichtsrats, Dotierung des Dispositions- und Pensionsfonds verbleiben einschließlich des Vortrages 1 887 253 M. Reingewinn, von welchem 630 000 M. zur Verteilung einer Dividende von 15 Proz. benutzt und 616 035 M. (612 653 M.) auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Ferner teilt die Verwaltung mit, daß — vorbehaltlich der Genehmigung beider Generalversammlungen — ein Abkommen zwischen der Verwaltung beider Gesellschaften geschlossen worden ist, wonach die Viktoria-Speicher-Aktiengesellschaft als Ganzes ohne Liquidation in den Besitz der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft mit allen Rechten und Pflichten vom 1. Januar 1905 ab übergeht. Als Abfindung gewährt die Omnibus-Gesellschaft auf das Aktienkapital der Viktoria-Speicher-Aktiengesellschaft in Höhe von 2 Millionen Mark 800 000 M. in jungen Omnibus-Aktien, denen außerdem ein Bezugsrecht auf weitere 200 000 M. junge Omnibus-Aktien zum Kurse von 210 Proz. eingeräumt wird. Um ferner die noch brach liegenden Vorderterrains der Omnibus-Gesellschaft in der Prominenten-, Wedom-, Rigaerstraße und Frankfurter Allee anzunutzen, sollen dieselben mit der Gegend entsprechenden Mietshäusern mit kleinen Wohnungen bebaut werden. Zur Aufbringung der hierfür nötigen Mittel sowie zur Vornahme der zur Erweiterung des Betriebes erforderlichen baulichen Veränderungen auf dem Viktoria-Speicher und anderen Depots der Gesellschaft wird beabsichtigt, das Aktienkapital um weitere 1 100 000 M., also inklusive obiger einer Million junger Aktien das Kapital der Omnibus-Gesellschaft auf insgesamt 6 300 000 M. zu erhöhen. Auch diese jungen Aktien sollen den alten Aktionären der Gesellschaft zum Kurse von 210 Proz. hergestellt offeriert werden, daß auf je 4000 M. alte Aktien eine junge Aktie von 1200 M. entfällt.

Zwischendeckerverkehr zwischen deutschen Häfen und New York. Nach Angabe des amerikanischen Ladungsagenten Wm. C. Moore auf Ellis Island haben die deutschen Schiffahrtsgesellschaften im Jahre 1904 wiederum die meisten Zwischendeckspassagiere von allen an diesem Geschäft beteiligten europäischen Reedereien nach New York geführt. Die Hamburg-Amerika-Linie benutzten auf 84 Dampfern von Hamburg aus 82 364 Personen, den Norddeutschen Lloyd auf 80 Schiffen von Bremen aus 75 547. Außerdem beförderte die Hamburg-Amerika-Linie von Genua, Neapel und Palermo aus weitere 13 776 und ferner von Stettin mit dem Norddeutschen Lloyd zusammen 1 577 Zwischendeckere. Außerdem fuhren mit Schiffen des Lloyd 22 902 Zwischendeckspassagiere vom Mittelmeer nach New York.

Oberschlesische Eisenbahnbedarfsgesellschaft. Die außerordentliche Generalversammlung der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsgesellschaft genehmigte mit allen gegen 5 Stimmen den Fuhrplanvertrag mit den Huldshimmschen Werken, ferner einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 Millionen und einige hierdurch bedingte Statutenänderungen.

Die Gründung der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft, von der wir vor kurzem berichteten, hat gestern in Mannheim stattgefunden. Das Aktienkapital beträgt 20 Millionen Mark; die Aktien sind von den Inhabern der Firma W. L. Adenburger u. Söhne in Mannheim und von der Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin übernommen worden. Den Vorstand bilden die Herren Eduard Adenburger, Dr. Paul Adenburger, Dr. Richard Adenburger und W. Lindel. Stellvertretendes Vorstandsmitglied ist Herr Theodor Frank. Der erste Aufsichtsrat besteht aus den Herren Geh. Kommerzienrat Karl Adenburger in Mannheim als Vorsitzenden, Franz Urdig, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft in Berlin als stellvertretenden Vorsitzenden, Ernst Adenburger in Frankfurt a. M., August Adenburger in Frankfurt a. M., Rechtsanwalt Ernst Wassermann in Mannheim, Otto Ulrich, Direktor der Diskonto-Gesellschaft in Frankfurt a. M., Hermann Waller, Direktor der Diskonto-Gesellschaft in Berlin.

Die Gründung ist als ein Schachzug der Berliner Diskonto-Gesellschaft gegen die Deutsche Bank zu betrachten.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die generalorganisierten Zimmerer Berlins und der Umgegend!

Wie Euch durch die Presse bekannt sein dürfte, tobt gegenwärtig ein gewaltiger Kampf im Ruhrrevier. Gegen 240 000 Bergarbeiter sind am 17. Januar in den Generalstreik eingetreten, um die Anerkennung ihrer Rechte zu erzwingen.

Die Besenbesitzer und Kohlenbarone lehnen jedes Entgegenkommen in der schroffsten Weise nicht nur ab, sondern sie weisen auch jede Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiter weit von sich. Das Grundkapital verlangt also, daß die Bergarbeiter sich bedingungslos unterwerfen sollen. Das darf unter keinen Umständen geschehen. Im Interesse der gesamten Arbeiterkraft muß dies unbedingt verhindert werden. Deshalb, Kameraden, sind auch wir verpflichtet, die streikenden Bergarbeiter in ihrem Kampfe beizustehen. Unsere Solidarität verlangt es, nicht abseits zu stehen. Reiz! Wir müssen als organisierte Männer die Hand mit anlegen, um den geplanten Gewaltstreik der Kapitalisten abzuwehren. Große finanzielle Opfer sind hierzu notwendig, wozu ein jeder von uns sein Scherlein beitragen muß.

Von Seiten unserer Organisation nahm am Sonnabend, den 21. d. Mts., eine Konferenz des Vorstandes, der Bezirksführer und Bezirkskassierer zu dem Streik der Bergarbeiter Stellung und einmütig war die Meinung vorhanden, daß unsererseits den Streikenden gegenüber getan werden muß, was irgend möglich ist.

Um jedoch die Sammlung der Gelder einheitlich und korrekt durchzuführen, wurde der Beschluß gefaßt, wie bisher unter unserer Organisationsgenossen keine Listen zirkulieren zu lassen, sondern Extramarken a 25 Pf. mit der Aufschrift „Für die streikenden Bergarbeiter“ herauszugeben. Diese Marken sind vom Freitag, den 27. d. Mts., ab bei allen Bezirkskassierern und in unserem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 32, in Empfang zu nehmen. An diesen Stellen sind auch alle gesammelten Gelder für verkaufte Marken sofort abzuliefern. Zwecks Ausweis für geleistete Unterstützung wird es sich empfehlen, diese Extramarken, deren Kauf ein freiwilliger ist, auf der Innenseite des Deckels im Mitgliedsbuch einzuliefern.

Kameraden! Verbandsmitglieder! Tut in diesem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat Eure Schuldigkeit. Befundet auch diesmal Eure Solidarität durch regen Kauf der Extra-Marken und sorgt gleichzeitig für den weitesten Vertrieb derselben, damit wir Mitglieder des Zimmerer-Verbandes und späterhin darauf berufen können, daß wir die streikenden Bergarbeiter nach Kräften unterstützen und unsere volle Pflicht erfüllt haben.

Die Verbandsleitung.  
J. K.: W. L. Witt.

Der Streik in der Selbstmetallindustrie dauert fort. Die Unternehmer haben bekanntlich den Aussperrungsbeschluss aufgehoben, verlangen aber von den Arbeitern, daß diese ihren Antritt der Arbeit einen Revers unterschreiben, in dem sie ihren Austritt aus dem Verbande erklären. In Anbetracht dieser Sachlage und der langen Dauer des Streiks glaubte die Leitung desselben von den Streikenden selbst ein zweifelsfreies Votum hören zu müssen, wie sich diese zur Fortsetzung des Streiks stellen. Die Versammlung war sich nun völlig darüber einig, daß eine Aufhebung des Streiks als Antwort auf die Aufhebung der Aussperrung deswegen überflüssig sei, weil ja niemand den vorgelegten Revers unterschreiben wolle. Der formell aufgehobene Streik würde unter diesen Umständen tatsächlich seinen Fortgang nehmen. Die Versammlung der Streikenden, die ungewöhnlich stark besucht war, beschloß schließlich mit 2020 gegen 81 Stimmen die Fortführung des Streiks. Das Resultat wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Schließlich nahm die Versammlung noch eine Resolution an, in der den Bergarbeitern sowie auch den russischen Arbeitern die Sympathie und Anerkennung der streikenden Metallarbeiter ausgesprochen wurde.

**Achtung, Parteigenossen und Gewerkschaftler!** In mehreren Versammlungen wurden am Dienstag den Besuchern Listen vorgelegt, die weder von der Gewerkschaftskommission noch von der Partei abgestempelt waren. Da der Verbleib der Gelder aus solchen Sammlungen ungewiß ist, werden die Genossen gut tun, alle Listen vor dem Zeichnen daraufhin anzusehen, ob dieselben an zuständiger Stelle abgestempelt sind.

### Deutsches Reich.

Die diesjährigen Bauarbeiter-Aussperrungen scheinen von den Unternehmern im Süden und Südwesten Deutschlands vorbereitet zu werden, nachdem im vergangenen Jahre die nord- und mittel-deutschen Unternehmer der Baubranche auf diesem Gebiete „bahnbrechend“ vorgegangen sind. Kürzlich meldeten wir, daß die Stuttgarter Bauunternehmer „Streik“ in der Baubranche als bevorstehend ankündigten. Jetzt ist der „Wälzische Post“ folgendes vertrauliche Zirkular auf den Redaktionsstisch gestallert:

Kreisverband Wälzischer Baugewerke.

Vertraulich!

Kaiserslautern, 20. Dezember 1904.

Die Zeichen der Zeit lassen für das Frühjahr eine Demonstration der Arbeitnehmer-Organisationen, welche in letzter Zeit durch zahlreiche Zugänge gestärkt wurden, in Form einer Lohnbewegung erwarten.

Diesbezügliche Forderungen liegen bereits vor in Firma Jenseitens der Steinbauer, in Kaiserslautern seitens der Maurerorganisationen, welchem sich, dem Vernehmen nach, alle übrigen Organisationen des Baugewerbes anschließen wollen. Diesem festgeschlossenen Block der Arbeitnehmer ist es nötig, eine ebenso gute und tüchtige Organisation der Arbeitgeber gegenüber zu stellen, wenn wir nicht im Frühjahr überrascht und in unseren Interessen schwer geschädigt werden wollen.

Bereits haben wir Fühlung mit den Arbeitgeberverbänden der Raabengebiete genommen, um ein gemeinsames, solidarisches Vorgehen zu erzielen. Um mit Erfolg die Vorlichtsmaßregeln frühzeitig einleiten zu können, ist es nötig, daß sich alle Bauhandwerksmeister im Kreisverband zusammenschließen und solidarisch vorgehen. Wir ersuchen Sie deshalb höflich, alsbald durch Einsendung des Jahresbeitrages von M. 2.00 per Postanweisung Ihre Mitgliedschaft zu erklären, damit wir Ihnen

alsbald die Einladungen zu den Versammlungen und die Ergebnisse derselben zukommen lassen können.

Die Lage ist ernst und Einigkeit dringend nötig.

Hochachtungsvoll  
Kreisverband Wälzischer Baugewerke.  
Im Auftrag:  
A. Heil, 1. Vorstand.

Termin 25. Januar 1905.

Anbei 1 Postanweisung.

Auch in diesem Schriftstück wird also scheinbar von einer Bewegung der Arbeiter gesprochen, derweilen man selbst einen Kampf vorbereitet.

## Soziales.

Eine Versammlung in einer Scheune. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung fand am 19. Juni vorigen Jahres in einer Scheune zu Rüdenberg bei Lauchhammer (Regierungsbezirk Merseburg) statt, in welcher der erste Bevollmächtigte der Reichsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Adolf Cohen referierte. Das Scheunentor stand offen, um Licht herein zu lassen, und so dem überwachenden Beamten Gelegenheit zu geben, sich Notizen zu machen. Es war am Nachmittag eines Sonntags. Bei Beginn der Versammlung befanden sich alle bis dahin anwesenden Teilnehmer in der Scheune. Nachdem Cohen dreiviertel Stunden gesprochen hatte, löste der überwachende Beamte die ordnungsgemäß angemeldete Versammlung auf, weil sich auf dem Hof vor der Scheune noch etwa 30 Personen nach und nach eingefunden hatten, die dort hörten, was von Cohen in der Scheune gesprochen wurde. Die von Cohen beim Amtsvorsteher, Landrat und Regierungspräsidenten eingeleitete Beschwerde hatte keinen Erfolg. Der Regierungspräsident zu Merseburg betonte in seinem ablehnenden Bescheid gleich den anderen Instanzen, daß die Versammlung durch die Anwesenheit der Leute auf dem Hofe vor der geöffneten Scheune zu einer solchen unter freiem Himmel geworden sei, die einer polizeilichen Genehmigung nach dem preussischen Vereinsgesetz bedürftig hätte, und für welche die bloße Anmeldung nicht genüge.

Cohen beruhigte sich trotz der drei ablehnenden Bescheide bei denselben nicht, sondern erhob gegen den Regierungspräsidenten zu Merseburg durch seinen Vertreter, den Rechtsanwalt Dr. Heinemann, Klage vor dem Oberverwaltungsgericht. Die Klage geht davon aus, daß selbst eine Versammlung in einer oben gedeckten, nach drei Seiten geschlossen und nach einer Seite offenen Halle als Versammlung in einem geschlossenen Raume nach der Rechtsprechung des Kammergerichts anzusehen ist. Unrechtlich wäre, wenn sich hier während der Versammlung noch Leute einfänden und auf dem Hof verblieben, während in der Scheune die meisten Hörer, vor allem das Bureau und der Redner, sich aufhielten.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt und erklärte die Auflösung mit folgender Begründung für nicht berechtigt: Eine Versammlung in einer Scheune bleibe eine solche im geschlossenen Raum, wenn auch die Türen offen ständen. Inwiefern sich diese Versammlung durch Zutritt von Teilnehmern, die sich außerhalb der Scheune und vor derselben befinden, zu einer solchen unter freiem Himmel wird, sei Teilfrage. Möglich sei eine solche Verwandelung. Sie trete sofort ein, wenn auch nur eine einzelne der außerhalb des geschlossenen Raumes stehenden Personen sich aktiv an den Verhandlungen beteilige. Aber diese Umwandlung könne auch vorkommen, wenn sich die außerhalb des geschlossenen Raumes befindlichen Personen auch nur durch Zuhören beteiligten, z. B. dann, wenn der Redner seine Rede ausdrücklich an sie richte, wenn er durch eine Öffnung zu ihnen spreche. Deshalb könne das Gericht sich auch nicht der Meinung des Klägers und seines Vertreters anschließen, daß eine Versammlung immer dann eine solche im geschlossenen Raum bleibe, wenn sich der Redner, das Bureau, der überwachende Beamte und die meisten Hörer im geschlossenen Raum befänden. Im vorliegenden Falle, unter den hier obwaltenden Umständen nehme indessen das Gericht an, daß hier die Versammlung durch die hinzugekommenen, draußen stehenden Teilnehmer nicht zu einer unter freiem Himmel stattfindenden geworden sei. Deshalb sei die Klage begründet und die Auflösung der Versammlung zu Unrecht erfolgt.

Arbeitslosen-Zählungen. Die von den Gewerkschaften in Gotha am 15. Januar vorgenommene Arbeitslosen-Zählung ergab 253 ganz Arbeitslose, darunter 24 weibliche; ferner wurden 70 nicht voll Beschäftigte gezählt. In Ludwigschafen unternahm das Gewerkschaftsamt eine Arbeitslosen-Zählung am 22. Januar. Das Ergebnis war folgendes: 670 völlig Arbeitslose und 178 nicht voll Beschäftigte. Von ersteren sind 321 verheiratet und beträgt die Zahl der Kinder zusammen 747. 234 ganz Arbeitslose sind organisiert, 436 gehören keiner Organisation an.

Professor Abbe Vermächtnis. Bald nachdem Professor Ernst Abbe gestorben war, wußte die bürgerliche Presse zu berichten, daß er „nahezu eine Million Mark zur Förderung künstlerischer und wissenschaftlicher Anstalten Thüringens hinterlassen habe“. Diese Nachricht erweckte den Anschein, als ob Abbe noch am Ende seiner Tage über ein fassliches Vermögen verfügte, von dem er einen Teil für gemeinnützige Zwecke aussetzte. Dem ist aber nicht so. Professor Abbe hat sein Privatvermögen in die Karl Zeiß-Stiftung umgewandelt und, wie der Stiftungskommisariat bei der Trauerfeier für Abbe in seiner Gedächtnisrede sagte, sich an seinem Lebensabend mit einem bescheidenen Beamtengehalt begnügt, während er über Millionen frei verfügen konnte, wenn er weniger Selbstentäußerung bewiesen hätte. Es dürfte indessen angebracht sein, einige Zahlen darüber anzugeben, was Professor Abbe direkt und durch die Karl Zeiß-Stiftung für wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke aufgewendet hat. Nach zuverlässiger Auskunft handelt es sich dabei um mehrere Millionen Mark. Der größte Teil entfällt auf die Förderung wissenschaftlicher Zwecke, speziell die Universität Jena, die Abbe nicht nur die Errichtung neuer Lehrstühle und die Durchführung einer Beförderungsreform, sondern auch mehrere Institute und schließlich auch das neue Universitätsgebäude verdankt. Denn ohne die Karl Zeiß-Stiftung hätte das letztgenannte Projekt auf viele Jahre hinaus praktische Gestalt nicht gewonnen. Für Zwecke gemeinnütziger Art, von denen besonders die Stadt Jena und die Raabergemeinde Benignjena den Vorteil haben, wie Volkshaus, Velehalle, Schäffer-Museum, Kinderheim usw. wurden 3,3 Millionen Mark aufgewendet. Rechnet man zu diesen Summen noch die jährlich sich wiederholenden außerordentlichen Wohlfahrtsausgaben für die Angestellten der optischen Werkstätte von Karl Zeiß, so gewinnt man ein ungefähres Bild von der Hochberzigkeit dieses Mannes.

Eine Arbeitslosen-Deputation vor dem norwegischen Storting. In Kristiania herrscht gegenwärtig wieder außerordentlich große Arbeitslosigkeit, die nur durch zweckmäßige Maßnahmen der Staats- und Gemeindeführer gemildert werden könnte. Am Montag begab sich eine von circa 900 Arbeitslosen gewählte Deputation nach dem Stortingengebäude und ihr Wortführer, Steinarbeiter P. A. Olsen, verlas vor den Präsidenten des Storthings, des Vogthings, und des Odelsthings eine von den Arbeitslosen beschlossene Petition, in der verlangt wird, daß die Arbeiten an der Bahnstation in Kristiania, sowie die Bahnbauarbeiten im Lande beschleunigt werden, daß Zuschüsse zu den Arbeitslosenoffenen der Arbeiter gewährt werden und die Errichtung neuer Arbeitslosenklassen befördert werde, und daß es den Arbeitern leichter gemacht werde, Arbeiter-Landwirtschafts- und Wohnungsdarlehen zu erhalten. Außerdem wird der Storting ersucht, die öffentliche Arbeitsvermittlung zu fördern. Der Storthingspräsident Berner erkundigte sich in einer längeren Unterredung mit dem Wortführer der Deputation, ob denn die Lage schlimmer sei als früher, worauf Karl Olsen er-

widerte, es werde Jahr für Jahr schlimmer mit der Arbeitslosigkeit. Berner erklärte, daß die Petition der Arbeitslosen als Storthingsdokument gedruckt werde und daß das Storting sich in der ersten Sitzung dieser Woche damit befassen werde. Er zweifle nicht daran, daß die Abgeordneten die Angelegenheit gründlich erwägen würden.

In der vorigen Woche ist die Deputation der Arbeitslosen bereits bei dem Ausschuh der Gemeindevertretung von Kristiania vorstellig geworden. Auch hier zeigt man sich in Worten sehr entgegenkommend und versprach, die Frage so bald wie möglich und mit der Sympathie und dem Mitgefühl, das sie verdient, zu erwägen.

Zeitgemäße Firmenänderung. Die Lübecker Schuhmacher-Zunft hat am letzten Dienstag beschlossen, sich in einen Vergütungsverein umzuwandeln. Die Lübecker Schuhmachermeister scheinen den Wert der Zunftspielerelie eben erkannt zu haben.

## Versammlungen.

Die Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter hielten am Montag in der „Königsbahn“ eine gut besuchte Generalversammlung ab. Jaed teilte im Vorstandsbericht u. a. mit, daß die vor der Aussperrung ausgebrochenen oder mit der Aussperrung im Zusammenhang stehenden Differenzen nunmehr fast sämtlich zugunsten der Arbeiter erledigt seien. Die meisten Maschinenarbeiter haben mit einer Lohnzulage die Arbeit wieder aufgenommen. Bezüglich des Arbeitsnachweises bemerkte der Redner, daß derselbe nach wie vor gut floriert. Hierauf gab Jimpel den Massenbericht vom vierten Quartal v. J. Mit Einschluß des alten Bestandes belief sich die Einnahme auf 36 555,15 M., der eine Ausgabe von 11 275,70 M. gegenübersteht, darunter 8588 M. für Krankenunterstützung. Es verbleibt somit ein Bestand von 25 279,45 M. Am Schlusse des Quartals gehörten dem Verbands 1454 Mitglieder an. Ueber die Tätigkeit der Kontrollkommission berichtete West. Demnach haben im letzten Halbjahr 141 Verhaftungen stattgefunden, die eine befriedigende Beteiligung aufwiesen. Gaedike teilte namens der Rechtschutzkommission mit, daß in einer Reihe von Unfällen die erforderlichen Rechtsmittel zur Wahrung der Rechte der Verletzten ergriffen seien. In den beiden gemeldeten Streikpostenprojekten ist Freisprechung erfolgt. Die alsdann vorgenommene Vorstandswahl hatte nachstehendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Pankow, 2. Vorsitzender Hofmann, 2. Kassierer Mittag, 2. Schriftführer Ruzner, Revisoren Pega und Kottmann, Gewerkschaftskommissions-Delegierte Wolff und Steinborn, Obmann der Kontrollkommission West. — Beschlossen wurde sodann, die bisherigen außerordentlichen Beiträge von der vierten Januarwoche an nicht mehr zu erheben, sondern nur noch den statutenmäßigen Beitrag von 75 Pf. pro Woche zu leisten. — Aus der Organisation mußten wegen Disziplinverstößen resp. Streikbruchs die bisherigen Mitglieder Klügge, Kleemann, Sattler, Michael und Brandtsch ausgeschlossen werden. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, nach Kräften für die materielle Unterstützung der streikenden Bergleute im Ruhrgebiet tätig zu sein.

Der Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter (Kilole Berlin) hielt am Donnerstag eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Keller gab den Bericht des Vorstandes, wonach im verflorenen Geschäftsjahre 3 Generalversammlungen, 5 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Vorträge wurden in 6 Versammlungen gehalten, ferner wurden 18 Vorstandssitzungen und 5 Vertrauenspersonen-Sitzungen abgehalten. Desgleichen waren die Arbeiten der einzelnen Sektionen sehr gut. Hierauf gab der Kassierer Cze die Jahresberichte. Die Einnahmen betragen 6094,80 M. Die Ausgaben waren infolge der seit dem 1. Juli 1904 eingeführten Änderungen und der in großem Umfang betriebenen Agitation fast gleich hoch. Es wurden an Krankenunterstützung 975,16 M., an Gemahregeltes-Unterstützung 615 M. gezahlt. Dann gab Hergt den Bericht vom Arbeitsnachweis, worin er besonders erwähnte, daß der Nachweis fast von allen Kollegen und auch fast von allen Fabrikanten benutzt wurde. Der Bibliothekar erstattete ebenfalls einen Bericht, wonach auch die Bibliothek sehr gut benutzt wurde. Darauf erfolgten die Vorstandswahlen. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Keller, zum 2. Vorsitzenden Fr. Brauer, zum 1. Kassierer Cze, zum 2. Kassierer Worch, zum 1. Schriftführer Schöngens, zum 2. Schriftführer Fr. Raack. Als Revisoren wurden Fr. Weich, Fr. Dahnhold, Fr. Rosenkengel gewählt, zu Revisoren Scherwin, Paetsch und Jennerjahn, und zum Arbeitsvermittler Hergt. Inier Verschiedenem beschloß die Versammlung einen Antrag an den Zentralvorstand, den Bergarbeitern 100 M. aus der Verbandskasse zu übermitteln. Einige Unterstützungsanträge wurden abgelehnt. Vom Kassierer wurde zum Schluß noch bemerkt, daß seit dem 1. Januar 1905 circa 70 Aufnahmen stattgefunden haben.

Freidenau. In der öffentlichen Vollversammlung, welche am Dienstag im Gesellschaftshaus stattfand, sprach Reichstags-Abgeordneter Dr. David über den Klassenkampf im Ruhrrevier. Ein Diskussionsredner, welcher die Freuden des Bergmannes auch genossen hatte, bestätigte die Ausführungen des Referenten. Sodann wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammelten den Bergarbeitern ihre Sympathie ausdrückten. Ein Antrag auf Ueberweisung des Ertrages der Zellerammlung wurde ebenfalls angenommen. Mit einem Hoch auf die streikenden Bergarbeiter schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kummelsburg. Die Volkversammlung, in welcher Genosse Grenz über den Klassenkampf im Ruhrgebiet sprach, war von Männern und Frauen stark besucht. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem sprach noch Genossin David über „Die Notwendigkeit der Genossenschaften“. Dieses Referat fand ebenfalls reichen Beifall. Nach beiden Referaten erfolgte eine kurze Diskussion. Der Ertrag der Zellerammlung wurde den streikenden Bergarbeitern überwiesen. Zur Ehre der kämpfenden russischen Arbeiter erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Reinickendorf-West. In sehr gut besuchter Versammlung sprach Reichstags-Abgeordneter Genosse Stadthagen. Redner ging zunächst auf die Ursachen des Riesenstreiks ein. Um den Uebermut der Kohlenbarone zu brechen, müßten die Fesseln in das Eigentum des Reiches übergeführt werden. Nur dann dürften die Forderungen der Arbeiter wenigstens teilweise erfüllt werden. Nunmehr ging Redner auf die Zustände in Rußland ein und schilderte in flammenden Worten den Freiheitskampf der dortigen Arbeiter. Im Anschluß daran verlas er die gestern mitgeteilte Resolution mit einem Rußland betreffenden Zusatz. Sie wurde einstimmig angenommen. Zu Ehren der unter den Kugeln und Säbeln der russischen Soldateska gefallenen Freiheitskämpfer erhoben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen.

Lichtenberg. Die Volkversammlung, die sich mit dem Ausstand der Bergarbeiter beschäftigte, war von circa 1000 Männern und Frauen besucht und hörte mit fesselndem Interesse die Ausführungen der Referentin Jher sowie der Diskussionredner Debold, Grauer und Fr. Gemeinhard an. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Die gleiche Versammlung hörte die Berichtserstattung vom Preuentage. Auch für diesen Teil war Genossin Jher Berichtserstatterin. Eine Diskussion wurde darüber nicht beliebt. Vor Erledigung vorstehender Punkte beschloß die Versammlung die Begründung eines Vereins für die Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse Lichtenbergs. Genossin W. J. G. m. n. erstattete über die Vorarbeiten Bericht. Zur Vorsitzenden des neuen Vereins wurde Frau Brühl, als Kassiererin Frau Lange und als Schriftführerin Fr. Gemeinhard gewählt.



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der polnisch-sozialdemokratische Wahlverein teilt uns mit, daß am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“...

Lokales.

Das Aergernis des Staatsanwalts.

Ein Stück preussisches Mittelalter gefährlicher Art trat gestern in einem politischen Preßprozeß ans Licht. Wegen Gotteslästerung und Religionsbeischimpfung hatte sich der Maler Hans Ruegg vor der 10. Strafkammer des Landgerichts 1 zu verantworten.

Aus den neunziger Jahren ist der berühmte Verlegenheitsgendarmerie in Erinnerung, der bei den großen Unfugprozessen, welche gegen Versammlungsleiter wegen eines Hochs auf die revolutionäre Sozialdemokratie angestrengt wurden...

Seltene Solibariät.

Ein Parteigenosse schreibt und: In einer Versammlung des Dirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins, die zugunsten der ausländischen Bergarbeiter einberufen war, glaubte ein Parteigenosse auf einer Liste für die Bergarbeiter sammeln zu sollen.

Eine Art Notan vor der Milchzentrale

war dem Justizminister Dr. Schönstedt vor einiger Zeit zugemutet worden. Die Milchzentrale führt gegen Untergewerkschaften, die sich aufgelöst haben, weil ihnen der Atemausgang eine Reihe Zivilprozesse.

nach dem Instanzenzug endgültigen prozessualen Niederlage zu beruhigen. Er schrieb an den Minister Schönstedt und forderte von diesem, daß er schleunigst gegen die zuständigen Richter des Kammergerichts, die das Urteil gefällt hatten...

Auf die Eingabe vom 14. November habe ich den Bericht des Kammergerichtspräsidenten erfordert. Soweit die Behandlung der Sache in der Berufungsinstanz einer Nachprüfung im Aufsichtsweg unterliegt...

Wie nun die Nachprüfung im Aufsichtsweg besorgt worden ist, wie der Justizminister dem Zivilgericht gegenüber das Erforderliche veranlaßt hat, darüber zerbrechen liberale Blätter, so die „Vossische Zeitung“...

Zur Kohlenfrage meldet der Magistrats-Verkehrsleiter: Die Preise für Kohlen, Koks, besonders für Schmelzkoks, der sehr gesucht wird, sind trotz des eingetretenen Tauwetters weiter gestiegen. Die hiesigen maßgebenden Firmen erhalten jetzt täglich 30 bis 50 Anfragen nach Kohlen und Koks von Abnehmern...

Berliner Schulanlagen. In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde unter dem Vorsitz des Stadtschulinspektors Dr. Hirsfeldner der von einer Kommission unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Gerstenberg ausgearbeitete sogenannte Stoffverteilungsplan für die achtklassige Gemeindefschule beraten.

Für die Berliner Ferienkolonien hat ein unbekannter Bürger zur Erinnerung an seine verstorbene Frau 10 000 M. gestiftet.

Die Influenza scheint in diesem Winter in Berlin wieder mehr Opfer fordern zu sollen als in dem vorjährigen. Nachdem sie schon im Dezember stärker vor sich zu greifen begonnen und eine größere Zahl von Sterbefällen herbeigeführt hatte...

Der Umbau der Eisenbahnbrücke über die Spree zwischen Treptow und Straus wird rasch gefördert. Für die ältere, stromabwärts gelegene Hälfte, auf die der Umbau sich erstreckt, ist das Bauwerk der Widerlager beider Ufer verstärkt worden.

Ein Sohn des Kaisers ist bedenklich erkrankt. Wie offiziell gemeldet wird, haben Oberstabsarzt Wiedemann und Stadtsarzt Wemuth bei dem Prinzen Eitel Friedrich eine beginnende Lungenerkrankung festgestellt.

Wochenkarten auf städtischen Straßenbahnen. Die Verwaltung der städtischen Straßenbahnen teilt uns mit: Um auf den Straßenbahnen auch denjenigen Fahrgästen entgegenzukommen, welche bisher von der Lösung ganzer Monatskarten Abstand nahmen...

je vier Fahrten an je sechs aufeinander folgenden Wochen-Bezirgen auf allen Linien, welche der öffentlichen Benutzung dienen, soweit in letzteren Plätze frei sind. Der Preis einer Wochenkarte beträgt 1,75 M., so daß jede Fahrt mit solcher Karte auf 7,4 Pf. zu stehen kommt.

Rediger und Kirchendiener. Uns wird geschrieben: Am 18. d. Mts. war vor dem königlichen Konsistorium die Hauptverhandlung in dem im Anschluß an die Rathische Begelegenheit gegen den Küster Schröder von der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche eröffneten Disziplinarverfahren.

Ein anderer Unternehmer. Verschafte worden ist der 41 Jahre alte Schuhfabrikant Siegmund Lichtenstein aus Charlottenburg. Er hatte früher eine Fabrik in Düsseldorf und stand dort Ende des Jahres 1903 unter der Anklage des betrügerischen Bankrotts. Er ging aber frei aus, weil man ihm eine strafbare Handlung nicht nachweisen konnte.

Der Witterungsumschlag

hat mannigfache Verlethensstörungen im Gefolge gehabt. Das Städtische Straßeneinigungsamt wurde trotz der vorgeschriebenen Stunden zum Sandstreuen requiriert, um Unfällen vorzubeugen. Troddem waren solche recht zahlreich zu verzeichnen.

Wie hilflos die Autos dem Straßenstaub gegenüberstehen, konnte man abends in der Potsdamerstraße beobachten. Eine Automobilfahrerin kam dort im Kreise herum. Der Motor säumte, die Räder drehten sich in rasender Geschwindigkeit...

Ueber verschiedene Unglücksfälle auf dem Eise wird noch gemeldet: In dem Mühlensee fanden vorgestern nachmittags der neun Jahre alte Paul und die sieben Jahre alte Hedwig Fischer, Kinder des Arbeiters E., ihren Tod. Während der Vater bei der Eisernarbeit beschäftigt war, spielten die Kinder in der Nähe auf dem Eise und brachen ein.

Ueber die rote Lat einiger Schlittschuhläufer wird folgendes gemeldet: Am die Schlittschuhläufer vor Lebensgefahr zu schützen, sind auf der jetzt stark besuchten Eisfläche der Oberhavel die als unsicher bekannten Stellen gesperrt und ihr Betreten polizeilich verboten worden. Zur Durchführung dieser Maßregel sind auf dem Eise täglich Polizeibeamte im Dienst, die das Publikum warnen und solche Personen, welche zuwiderhandeln, zum Verlassen der bebauten Stellen auffordern.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 26. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr:

**Oberhaus.** Niemi, der Letzte der Tribunen. (Anfang 7 Uhr.)  
**Neues königl. Opern-Theater.** Geschlossen.

**Deutsches.** Das Nachtmahl der Arabier. Die große Leidenschaft.

**Berliner.** ... so ist Dir! Lessing. Das gereifte Benedig. Wehen. Don Juan.

**National.** Die Jüdin.  
**Zentral.** Die Geisha.

**Neues.** Die lustigen Weiber von Windsor.

Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Familie Schierke.

**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

**Kleines.** Salome.

**Reichens.** Herkulespfeile.

**Lustspielhaus.** Der Familientag.

**Trianon.** Die glückliche Gilberte. (Heureuse.)

**Deutsch-Amerikanisches.** New York. Reiter Thiele.

**Kasino.** In Vertretung.

**Metropol.** Die Herren von Maxim.

**Selle Alliance.** Rumpelstilzchen.

**Carl Weiß.** Geld und Name.

**Apollo.** Berliner Luft. Spezialitäten.

**Vasage-Theater.** Bernadot. Willi Prager. Anf. 5 Uhr.

**Herrnschreib-Theater.** Prinz Leby in Albed.

**Palast.** Ein Weltwunder. Spezialitäten.

**Wintergarten.** Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.

**Urania.** Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.

**Kleines Theater.** Abends 8 Uhr: **Salome.**

Freitag: Die Reuermächten. Samstag: Abschiedsopfer.

Sonntag: Die Reuermächten. Dienstag: Abschiedsopfer.

Sonntag nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise: Familienidyll. Liebesträume. Sorensenismus.

Abds. 8 Uhr: Die Reuermächten. Samstag: Abschiedsopfer.

**Neues Theater.** Anfang 7 1/2 Uhr:

Die lustigen Weiber v. Windsor.

Freitag, Sonnabend, Sonntag: Der Graf von Charolais.

**National-Theater.** Weinbergsweg 19.

Donnerstag, den 26. Januar 1905: zum 1. Male:

**Die Jüdin.** Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 27., 8. 1. M.: Gute Nacht, Herr Pantalon. Die Hand. Die schöne Galathee.

**Zentral-Theater.** Anfang 7 1/2 Uhr, zum 1015. Male:

**Die Geisha.** Operette in 3 Akten v. Edwin Jones. (Musik: W. A. Mozart.)

Morgen: Der Eigenerbaron. Sonnabend: Die Jurkeirat.

**Luisen-Theater.** Abends 8 Uhr:

**Mutter Thiele.** Gastsp. d. Schauspielhaus-Ensembles.

Freitag: Die wilde Rose. Sonnabend: Gajemanns Tochter.

**Trianon-Theater.** Heute und folgende Tage:

Die glückliche Gilberte

Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm.: Das erste Gebot.

**Kasino-Theater.** Lohringstr. 37 (Hofenthauser Tor.)

Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr. Konzerte.

Nur noch bis Montag: In Vertretung.

Dienstag: Premieren-Abend. Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

**Lustspielhaus.** Abends 8 Uhr:

**Der Familientag.** Abends 8 Uhr: Der Familientag.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Das böse Prinzchen.

**W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Hill. Brunnstr. 16.

Extra-Glück-Vorstellung! **II. Klassiker-Abend!**

**Emilia Galotti.** Trauersp. i. 5 Akten v. G. E. Lessing.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Familie Schierke.**  
Schwan in 3 Akten v. G. Kadelburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Lager.**  
In 1 Akt von Friedrich Schiller.  
**Die Piccolomini.**  
In 5 Akten von Friedrich Schiller.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**

## Freie Volksbühne

Sonntag, 29. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:

**Metropol-Theater.** **Berliner Theater.**

3. Abteilung: **Madame Bonivard.** 5. Abteilung: **Die Räuber.**

## IV. Kunstabend

im Rathaus.

Montag, den 30. Januar, abds. 8 Uhr:

**Grillparzer-Schubert.**

Eintrittskarten (a 30 Pf.) sind in den bekannten acht Zahlstellen zu haben. 228/4

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.

Vollständig neu ausgestattet!

Täglich:

Gr. internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.

Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

**Urania.** Taubenstr. 48/49.

8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.

Hörsaal: Prof. Dr. Müller: Stärke und Mehlarzen.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**

Friedrichstr. 105.

Der geheimnisvolle Hexentisch!!

das Mirakel des 20. Jahrhunderts.

**Apollo-Theater.** 218 Friedrichstr. 218.

Täglich: **Berliner Luft**

von Paul Lincke und das hochinteressante Januar-Spezialitäten-Programm

mit **Golemanns Hundemeute.**

! Unerreichter Dressur-Akt!

Sonntag, 29. Jan., nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:

**Venus auf Erden** und Spezialitäten.

**Metropol-Theater.** Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungsgasse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.

Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom

Direktor Richard Schultz.

**Henry Bender.** **Josef Giampietro.**

**Josef Josephi.** **Anton Grünfeld.**

**Frid Frid.** **Fritzi Massary.**

Das Fest des Lichts. (Ballett.)

Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTERGARTEN**

Neues Programm

**Tortajada,** span. Tänzerin und Sängerin.

**O. K. Sato,** komischer Jongleur.

**The Nightstons,** Kraft-Gladiatoren.

**Johnstone,** Kunst-Radfahrer.

Das Mädchen mit dem goldenen Haar.

**Pas de Fleurs,** Blumentanz.

**Otto Reutter.**

De Bière, Zauberer.

**Johnson u. Dean,** Mulatten-Gigerl.

**Alexia,** Pariser Tänzerin.

**The Potters,** Luft-Gymnastiker.

Der Biograph.

## Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.

Anf. nachm. Vorstellung 5, Sonntag 3 Uhr.

**Arturo Bernardi,** der berühmte italienische Verwandlungskünstler.

**Littke Carlsen**

**Willy Prager**

14 kritisierte Nummern.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.** Köpenickerstr. 67/68.

Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp:

**NEW-YORK**

Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise

**Ueber'n grossen Teich.**

**Residenz-Theater.**

Dir.: **Richard Alexander.**

Heute und folgende Tage 8 Uhr:

**Herkulespfeile.**

Schwan in 3 Akten von Paul Villard und R. Hennequin. Deutsch von R. Schönan.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Gattenbestler.

**Carl Weiß-Theater.**

Gr. Frankfurterstr. 132.

**Geld und Name.**

Anfang 8 Uhr.

Morgen: Die selbe Vorstellung.

Sonabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Tornadoschen.**

Sonntag nachm. 3 Uhr (Parkett 60 Pf.): **Maria Stuart.**

**Stadt-Theater Moabit.**

Wilmersdorf 47/49.

Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:

**Onkel Bräsig.**

Lebensbild in 5 Akten v. Karl Bezgel und Wegener.

Anf. 8 Uhr. Entree 30, numm. Pl. 50 Pf.

Vorzugsarten zu halben Kassenspreisen haben Giltigkeit.

Sonntag, 29.: **Antel Bräsig.**

**Skala-Theater.**

Einienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).

Sensationelles Programm!

**Die Dame von Maxim.**

Poste mit Gesang in einem Akt, sowie

30 internation. Spezialitäten.

Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: Konzert.

## Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.

Heute 8 Uhr:

**Tanzkränzchen.**

Montag u. Freitag:

**Nordd. Sänger.**

# Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.  
Gegr. 1879. — Chormeister: Alexander Weinbaum. — M. d. A.-S.-B.  
Sonntag, 29. Januar, mittags 12 Uhr,  
in der „Neuen Welt“, Hasenheide Nr. 108-114:

## MATINEE

zum Besten der

## streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Mitwirkende:

Frau **Paula Weinbaum** (Alt). Herr **Alfred Wittenberg** (Violin-Virtuose). Herr **Alexander Weinbaum** (Klavier).

Eintritt 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., Garderobe 10 Pf.

Billetts sind zu haben in der Musikalienhandlung von Kaun, Grüner Weg 17; in den Zigarrengeschäften von Horsch, Gewerkschaftshaus, Gottfried Schulz, Kottbuser Tor, Paul Ihm, Wrangelstr. 58, Emil Schulz, Mittenwalderstr. 2; F. Guttschmidt, Kottbuser Damm 8, Nikolas Nachfolger, Skalitzerstr. 107; in d. Tabakarbeiter-Genossenschaft, Kopenhagenerstr. 2; in den Restaurants Neue Welt, Arminhallen, Kommandantenstr. 20, Augustin („Vorwärts“), Lindenstraße 69; Tolksdorf, Görlitzerstr. 58; E. G. e. g. u. s., Schöneberg, Belzigerstr. 5, Hof IV, u. in den mit Plakaten belegten Handlungen.

## Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 26. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr:

Elite-Abend. Gala-Programm.

U. a.:

Die beliebte jugendliche Schulleiterin Fräul. **Dora Schumann.**

Berliner Taximeter, höchstkom. Parodie Geschw. **Hodgini.** — **Talop u. Manolo.** **Marno fröros.**

Orig.-**Jan Clermont** **Romischer Klowm** **Dressur-Akt.**

Sämtl. Spezialitäten u. Dir. **Albert Schumanns** neue u. moderne Dressuren.

Um 9 1/2 Uhr: **Ein Senat.** **Schlager I. Manges:** Die große Schumannsche Kunstleistungs-Pantomime

**Eine Nordlandreise.**

Im Strahl der Winternachtssternne. Komisch-phantastische Pantomime in 7 prachtvollen Bildern.

Entworfen und auf das glänzendste inszeniert vom Dir. **Alb. Schumann.**

## Zirkus Busch.

**Grosser Sports-Abend.**

Die beiden Phänomene **Sisters Amalia-Léonora.**

**Katharina II.**

Die Löwenbraut **Miss Claire Heliot**

und die vorzähl. Programmnummeren.

**Sanssouci.**

Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn. Sonnt., Mont., Donnerst.:

**Hoffmanns**

**Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.**

Jed. Dienstag u. Mittwoch **Theater-Abend.**

Dienstag, zum 2. Male: **Kean oder Genie und Leidenschaft.**

**Reichshallen-Theater.**

**Stettiner Sänger.**

Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

**Baujtelle**

N., finanziert, mit geringer Anzahl. zu verl. Offerten unter R. C. 4695 an **Rudolf Mosse, Berlin, Potsdamerstraße 33.** 69/11\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

**Wald- und Landparzellen**

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Puchert, Tabendorf bei Zossen.** 19225\*

## Otto Pritzkows

**Abnormitäten - Ausstellung**

Münzstr. 16. Täglich Vorstellung

**Die Riesin Jiona**

485 Pfd. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

**Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.**</





**Hasenbeide 103-114. Neue Welt. Arnold Scholz.**  
 Vom 1. bis inkl. 12. Februar 1905:  
**Großes bayrisches Bockbierfest**  
 nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen.  
 veranstaltet vom ober-  
 bayrischen Festwirt **Georg Ehrngruber**  
 mit seiner 30 Mann starken Kapelle 1875 L.  
**D'Oberlandler** (in Nationalkostüm).  
**Großer Bock-Jubel und Trubel!**  
 Absingen der neuesten und fidelsten Bocklieder.  
 Ausschank von vorzüglichem **Bergschloss-Bock.**  
 Verabreichung von vorzügl. Original Nürnberger Rostbratwürstchen.  
 Bedienung von 30 feschen bayrischen Mad'ln (in Nationalkostüm).  
**Anfang:** Wochentags 7 Uhr. **Entree:** Wochentags 30 Pf.  
 Sonntags 4. Sonntags 50.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, Sprinzen-Str. 62/1.  
**Haut- und Harnleiden.**  
 E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Der Ausstoß unseres  
**Bockbieres**  
 beginnt 1915 L.  
**Donnerstag, 26. Januar cr.**  
**Münchener Brauhaus Akt.-Ges.**  
 Berlin und Oranienburg.

**Krug zum grünen Kranze Alexander-Platz (Grand Hotel) i. K.**  
 Allabendlich: **Großer Bockbier-Trubel**  
**Carl Südekes humoristisches Ensemble.**  
 Entree frei.  
 3 Säle sind Sonntags bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben.

**Masken - Garderobe**  
 von 1871 L.  
**Carl Ernst,**  
 Köpferstr. 126, 1 Tr.  
**Größte Auswahl!**  
 Billigste Preise!  
 Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.  
**Ganze**  
 Werkstätten-Einrichtung, als: gebräuhete Drehbänke, Schraubebänke, Kranmissionen, Kleinstschleifen, Treibriemen etc. etc. kauft und verkauft preiswert.  
 1877 L.  
 Rengert, Admiralstraße 18 e.

**Rheumatismus**  
 Gicht, Gliederreißer, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. verschwinden nach kurzer Zeit durch äußerlichen Gebrauch von **„Electricum“** (Elektrisches Stiefelmoos). Einfaches und unschädliches Naturprodukt von starker und durchgreifender, sofort schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. 1785 L.  
 Fl. Mk. 1.- u. 2.-, franko 2.50.  
**Otto Reichel,** BERLIN 42, Eisenbahnstr. 4.

**Für die Ball-Saison.**  
**Fertige Ball-Kleider, reich garniert,**  
 in Alpaka und Voile, die Robe 42.-, 35.-, 25.-, 20.- und **15 M.**  
**Fertige Ball-Blusen in sehr grosser Mannigfaltigkeit,**  
 in Seide, weiss u. modernen Lichtfarben, die Bluse 25, 22, 15, 10, 7.75, 5.50 u. **3.95**  
 in Voile 10.50, 7.75 und **6.00** in Alpaka 7.50, 5.75 und **4.25**  
**Ball-Handschuhe. \* Ball-Hemden. \* Unter-Tailen.**  
**Weisse Stickerei-Röcke. \* Weisse Spitzen-Röcke. \* Ball-Strümpfe.**

**Brunnenstr. 198.** **Julius Haack** **Rosenthaler Tor.**

**Kleine Anzeigen.**  
 Jedes Wort: **5 Pfennig.** Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.  
 Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
**Räumungsverkauf** verfallener Wänder, Ausnahmestage. Pfandleihenhaus Weidenweg 19. 139\*  
**Bekanntmachung.** Heute und folgende Ausnahmestage werden im Pfandleihenhaus Weidenweg 19 Betten, Winterpaletots, Gardinen, Kunstlederwäse, Möbelstücke, Tischdecken, Regulatoren, Freischwinger, Steppdecken zu Spottpreisen verkauft. Brautleuten wird hiermit günstige Gelegenheiten gegeben. 138\*  
**Spottpreise!** Betten, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Winterpaletots, Remonten, Bilder, Spiegel, Möbel, Operngläser, Pfandgarnituren. Leihhaus Grünerweg 113 und Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 15255\*  
**Betten, Stand 11, zweifach** 16 Mark, Gubenerstraße 3, Pfandleihenhaus. 137\*  
**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
**Herrenanzüge, Paletots, zurückgelehrt, hochbornschne, 18.00-35.00.** Dentisches Verandhaus, Jägerstraße 6, I. Treppe. 2468\*  
**Wohndrucke, Prachtexemplare, spottbillig.** Schönhauser Allee 72b, vorn III Hof. 81/11\*  
**Räumungshalber** schwarze Kleiderstoffe spottbillig. Charlottenburg, Goeckelstraße 76. Kein Laden. 15735\*  
**Gardinen, Stores, Tischdecken, Inventurpreise.** Reste enorm billig. Gardinen - Verandhaus Krausenstraße 35, Dönhofsplatz. 15735\*  
**Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik.** Blumenstraße 35b. 3019\*  
**Möbelfabrik** liefert geschmackvolle Wohnanordnungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung. Hornrad, Tischlermeister, Dresdenstraße 124. 2048\*  
**Kinderwagen, Kinderbetten,** gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Schneider, Fürstentumstraße 172.  
**Hochbornschne Herrenhosen** aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Sälen. 2488\*  
**Räumungshalber** ohne Anzahlung, vergütet noch bis 10.00, wer Teilzahlung Räumungshalber kauft oder nachweilt. Woche 1.00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Berghart, Jordanstraße 50.

**Ringschiffchen, Bobbin, Schneebänder, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00.** Postkarte genügt. Köpferstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Brenzlauerstraße 59/60.  
**Teppiche mit Farbentzern** Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
**Räumungshalber** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1.00. Gebraucht 10.00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochdamm 4, Ecke Neue Bahnhofsstraße. 1140\*  
**Malzstrahlbier, blutbildend, für Blutarmer, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Geschmacksfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3.50** erhaltene. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidend. Post-Stationer Müller, Bernauerstraße 119. 19025\*  
**Steppdecken** billigt. Großes Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
**Schranklokal** Familienverhältnisse halber billig zu verkaufen. Näheres bei Reich, Turnstraße 29. 1483\*  
**Federbetten, Stand 20 Mark, 5 Zimmer** Möbel Aufgabe halber billig Dresdenstraße 38, vorn II Hof. 111\*  
**Möbelverkauf** in meiner Möbel-fabrik Köpferstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelehrt und vertrieben gewesene Möbel, die wie neu sind. Kleiderständer, Vertiko 27.00, Ausziehisch 18, Nachschreibstühle mit Federmatratze und Reißfäden 36, Tischchen 50, Bänke 70, Nachschreibstühle 20, Nachschreib 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 69/16\*  
**Ruhbaumöbel, gediegen, neu, auch einzeln.** Tischchen 45.00, Bänke 45.00, Vertiko 20.00, Tisch, Stühle, Bilder, Küchenmöbel. Brautleuten Gelegenheit. Köpferstraße 126a, I. Restaurant. 16266\*  
**Winterpaletots, Anzüge, Hüfen, Betten, Bettwäsche, Teppiche** etc. spottbillig Pfandleihenhaus Köpferstraße 7. \*  
**Versorgungshalber** Kleiderständer 20.00, gutes Bänke 45.00, Tischchen 45.00, Vertiko 20.00, Tisch, Stühle, Bilder, Küchenmöbel. Brautleuten Gelegenheit. Köpferstraße 126a, I. Restaurant. 16266\*  
**Räumungshalber** ohne Anzahlung, vergütet noch bis 10.00, wer Teilzahlung Räumungshalber kauft oder nachweilt. Woche 1.00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Berghart, Jordanstraße 50.  
**Handwerker, Wiederverkäufer, Partie** Postkarten, Zigaretten, Rappenpapier, 100 Rappen 3 Mark, Eisenarbeiten, Schmiederei, Bäcker, gebranntes Weizenbrot. Köpferstraße 22, nahe Ringstraße. 16266\*  
**Inventur** - Extraliste spottbillig. Artikel gratis. Teppichhaus Emil Lejebvre, Oranienstraße 158. 2688\*  
**Restaurations, Destillation, Verleihen** etc. zu verkaufen. Reichen, Büchlingstraße 5. 16266

**Verschiedenes.**  
**Buchführung.** Stenographie Schreibmaschine, Sprachen. Salomon, Karlsruherstraße 25. 2158\*  
**Patentanwalt** Dammann, Oranienstraße 57, Marktplatz. Rat in Patentangelegenheiten. 16006\*  
**Rechtsbureau** (Alexander-Platz). Anzeigefrage annehmen! Gerichtsbescheid, Gefängnisbescheid, Interventionen, Strafsachen! Eingabengesuche! Raterteilung. 130/11\*  
**Rechtsbureau** (Andreasplatz). Grünweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbescheid, erfolgreiche Raterteilung. Eingabengesuche. 130/12\*  
**Rechtsbureau** (Brunnenstraße). Vierzig. 6.50 Materielteilung. Langjähriger Projektionsbescheid, Gefängnisbescheid, Strafsachen, Interventionen, Eingabengesuche. 130/11\*  
**Rechtsbureau** (Steuerberatung). Steuerberatung, Schenkungserlaubnis, Willkürsachen, Gefängnisbescheid, Strafsachen, Unfallbescheid, Verleihen, Alimentenklagen, Fürsorge - Erziehungssachen. Besch, Brunnenstraße 97. Langjährig erprobter Rechtsanwalt. (Vid abends neun.) 1104\*  
**Aufpolierung!** Sofa 5.00, Matratze 4.00, auch außerdem. Danke. Bachmann, Blumenstraße 35b. 3029\*  
**Pfandleihen.** Bringenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1998\*  
**Handwerker - Verleihen.** Küche die Parteigenossen und Kollegen auf mein Handwerker - Verleiheninstitut aufmerksam. Albin Krenke, Al. Frankfurterstraße 3/4. 2358\*  
**Verleihen** und alle anderen Bücher kauft, beleih. Antiquariat, Köpferstraße 56 I. Amt I 8831.

**Wachhant** Theodor Vogel, Köpferstr. Grünauerstraße, Leibwache 0,10, drei und vier Handlanger 0,10. Abholung Montags. 15685\*  
**Jahresgebühren, Gold- und Silberarbeiten, Wäse, alle Uhren, Staniolpapier** kauft Schneider, Brunnenstraße 137, Eingang Bernauerstraße, Goldschmelze. 15806\*  
**Platinabfall** kauft Juweller, Lindenstraße 103. 15755\*  
**Vereinigung** 25, 40, 60, 80, 100 Personen, Pianino, zwei Regelmäßig, vergibt Ladeweg, Alte Jakobstraße 83. 2478\*  
**Wäsche** wird sauber gewaschen, im Berlin getrocknet. Laten, Leibwache 0,10. Abholung Sonnabends. Emil Pantrath, Köpferstr., Wäsegeheimestraße 40. 16175\*  
**Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Diamant, Kette, Gold, Staubgold, Brillanten, Staniolabfälle, alte Treppen** kauft Goldschmelze Brod, Brangelstraße 4. Telefonanruf IV, 6938.  
**Taal** mit Theaterbühne per Zufall Sonnabend, 4. März, frei geworden. Kleines und großes Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. Preis, Schulstraße 29.  
**Mauern.** Zimmerer erteilt normiert, nachmittags Besuchenunterricht. Ebdow, Architekt, Richtenbergerstraße 7. 69/11

**Möbliert** ein- und zweizimmerig, Herren, Witwe Müller, Ritterstraße 2. 6256  
**Teilnehmer** zu möbliertem Zimmer bei Lehmann, Bappel-Allee 18, vorn I.  
**Schlafstellen.**  
**Teilnehmer** zur möblierten Schlafstelle Just Jacoby, Kolbergstraße 26.  
**Schlafstelle** Ballstraße 21/22, Quergebäude, Euth. 15715  
**Schlafstelle** bei Schmidt, Berlinerstraße 42, Quergebäude links I.  
**Schlafstelle** für Herren, separat. Asholz, Ritterstraße 124, Hof III.  
**Möblierte** Schlafstelle zu vermieten. Kreppner, Koppenstraße 81, vorn IV. 141  
**Mietsgesuche.**  
**Zwei Herren** suchen einfach möbliertes Zimmer, separat, Eingang, nahe Lindenstraße. Preisofferten unter „Zimmer“ Postamt 48. 16196  
**Bessere** Schlafstelle oder einfach möbliertes Zimmer suchen zwei junge Leute, Nähe Bahnhof Oranienstraße. Seh. 550 Postamt 36. 16375

**Metallschleifer** verlangt Schloßerei Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 16346  
**Zieler, tüchtiger, für Gips- und Metall-Formplatten** sofort gesucht. Hugo Hartung, Gießerei, Wäsestraße 16/17. 1484\*  
**Zuarbeiterin** auf Blusen verlangt Koch, Griebenstraße 18 IV. 162  
**Frauen** finden durch Teilungsaustreten dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9-12 Uhr Schützenstraße 24/25, parterre rechts. 69/19  
**Frauen** finden durch Teilungsaustreten dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9-12 Uhr Köpferstraße 56/57, vorn I. Treppe. 69/18  
**Eine Arbeiterin,** welche bei der Präparation von Schwabedeln schon beschäftigt war, findet dauernde Beschäftigung. Gustav Demmler, Postenstraße 31. 16146  
**Im Arbeitsmarkt durch** besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.  
**Junger Mann** (19 Jahre), theoretisch ausgebildet u. seit 5 Jahren in der Landwirtschaft praktisch tätig, mit guten Zeugnissen, sucht Stelle als **2. Verwalter** oder als **Stütze des Prinzipals** bei bestehenden Anstellungen. Grundbedingung: wohlwollender Familienanschluss. - Günstige Angebote unter **R. 6** an die Exped. d. Bl. 15885\*  
**Tüchtige Mechaniker** für unsere elektrotechnische Abteilung gesucht. Meldungen abends 6-7 Uhr. **Auer-Gesellschaft,** Alle Zafodstr. 139.  
**Nahmenmacher!** Die Firma Gost u. Co., Kurfürstenstraße 146, ist für Nahmenmacher, Tischler, Glaser, Vergolder und Polierer wegen Differenzen gebrüht. 77/14. **Die Crüderwalder.**  
**Achtung!** **Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!** In der Glasfabrik von Rösener befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter gesperrt. **Die Zehnerkommission.**  
**Stockarbeiter!** Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/16\* **Zugzug ist fernzuhalten!** Die Ortsverwaltung.